

Wiener Landtag

4. Sitzung vom 25. März 1988

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|--|---------------|---|---------|
| 1. Beurlaubte Abgeordnete sowie entschuldigter Landeshauptmann-Stellvertreter und entschuldigte Abgeordnete | (S. 3) | Berichterstatter: Amtsf. StR. Sallaberger | (S. 22) |
| 2. Fragestunde | (S. 3) | Abstimmung (S. 22) | |
| 3. Mitteilung des Einlaufes | (S. 15) | | |
| 4. Pr.Z. 868, P. 1: Wahl eines Mitgliedes und zweier Ersatzmitglieder des Bundesrates | (S. 15) | | |
| 5. Pr.Z. 797, P. 2: Vorlage des Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1967 und das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966 geändert werden (29. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 und 9. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966)
(Beilage Nr. 3)
Berichterstatter: Amtsf. StR. Sallaberger
Abstimmung (S. 17) | (S. 17) | 10. Pr.Z. 109/LF: Dringliche Anfrage des Abg. Dr. Hirnschall, betreffend die drohenden Auswirkungen der von den Regierungsparteien vereinbarten Steuerreform des Bundes auf die Stadt Wien
Begründung des Antrages auf dringliche Behandlung der Anfrage durch Abg. Dr. Hirnschall (S. 22)
Verlesung der Anfrage durch Schriftführer Abg. Rosemarie Wallner (S. 23)
Begründung der Anfrage durch den Fragesteller (S. 24)
Redner: Die Abgen. Freitag (S. 26) und Ingrid Kariotis (S. 27) und StR. Dr. Busek (S. 29) sowie die Abgen. Dr. Swoboda (S. 34) und Dr. Ferdinand Maier (S. 35)
Beantwortung der Anfrage durch LhptmSt. Mayr (S. 37) | |
| 6. Pr.Z. 663, P. 3: Vorlage des Gesetzes, mit dem die Wiener Abgabenordnung geändert wird
(Beilage Nr. 7)
Berichterstatter: LhptmSt. Mayr
Abstimmung (S. 17) | (S. 17) | | |
| 7. Pr.Z. 818, P. 4: Vorlage des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1966 geändert wird (14. Novelle zur Dienstordnung 1966)
(Beilage Nr. 5)
Berichterstatter: Amtsf. StR. Sallaberger
Redner: StR. Ing. Engelmayer (S. 18) und Abg. Ing. Rolf Huber (S. 20), Abstimmung (S. 21) | (S. 17 u. 21) | 11. Pr.Z. 110/LF: Dringliche Anfrage der Abgen. Dr. Ferdinand Maier und Mag. Dipl.-Ing. Regler, betreffend die skandalösen Vorkommnisse, die in letzter Zeit im Bereich des Landes Wien zutage getreten sind beziehungsweise die Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten, um derartiges in Zukunft auszuschließen
Verlesung der Anfrage durch Schriftführer Abg. Nettig (S. 44)
Begründung der Dringlichkeit durch Abg. Dr. Ferdinand Maier (S. 46)
Redner: Die Abgen. Dr. Ferdinand Maier (S. 46), Mag. Kabas (S. 50), Ing. Mandahus (S. 52) und Wimmer (S. 55), Amtsf. StR. Dr. Ursula Pasterk (S. 58), die Abgen. Prinz (S. 59), Mag. Dipl.-Ing. Regler (S. 60) und Prochaska (S. 63), StR. Maria Hampel-Fuchs (S. 65) und Abg. Mag. Kauer (S. 67)
Beantwortung der Anfrage durch Lhptm. Dr. Zilk (S. 69) | |
| 8. Pr.Z. 795, P. 5: Vorlage des Gesetzes, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1979 geändert wird (13. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979)
(Beilage Nr. 4)
Berichterstatter: Amtsf. StR. Sallaberger
Abstimmung (S. 22) | (S. 22) | | |
| 9. Pr.Z. 838, P. 6: Vorlage des Gesetzes über Stiftungen und Fonds (Wiener Landesstiftungs- und Fondsgesetz)
(Beilage Nr. 2) | | | |

Vorsitzende: Erster Präsident Ing. Hofmann,
Zweiter Präsident Gertrude Stiehl und
Dritter Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan.

(Beginn um 9 Uhr.)

Präsident Ing. Hofmann: Die 4. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Beurlaubt sind die Abgen. Pfannenstiel, Erika Stubenvoll und Mag. Zima.

Entschuldigt sind Frau Landeshauptmann-Stellvertreter Ingrid Smejkal sowie die Abgen. Dolores Bauer, Peter Mayr, Josefa Tomsik und Gaal.

Wir kommen zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsident Ing. Hofmann die folgenden Anfragen zur Beantwortung aufgerufen:

1. Anfrage (PrZ 75/LM/88): Abg. Ing. Mandahus an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal:

Wann wird endlich ein entsprechender Entwurf einer Bauordnungsnovelle vorliegen, die eine Verwaltungsvereinfachung bringt, wie dies die ÖVP in einer Anfrage bereits vor rund einem Jahr urgiert hat?

2. Anfrage (PrZ 70/LM/88): Abg. Dr. Hirnschall an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal:

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die Vorstellungen Wiens betreffend eine multifunktionale Nutzung der Roßauer Kaserne bei den zuständigen Bundesministerien durchzusetzen?

3. Anfrage (PrZ 61/LM/88): Abg. Sramek an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:

Wie groß war das Förderungsvolumen im Jahre 1987 im Bereich der Wohnbauförderung sowie der Wohnhaussanierung?

4. Anfrage (PrZ 62/LM/88): Abg. Haas an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:

Wann ist mit der Verlängerung der Mietzinsbildungsbefugnisse, die in der Regierungserklärung in einem Konnex mit der Verlängerung der Wohnbauförderung vorgesehen ist, zu rechnen?

5. Anfrage (PrZ 77/LM/88): Abg. Dr. Hawlik an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport:

Wann wird dem Wiener Landtag ein neues Abfallwirtschaftsgesetz für Wien zur Begutachtung vorgelegt werden?

6. Anfrage (PrZ 28/LM/88): Abg. Mag. Kabas an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt, Freizeit und Sport:

Welche Schritte werden Sie in Abstimmung mit dem Land Niederösterreich unternehmen, um zur Schaffung eines Nationalparks im Wienerwald zu gelangen?

7. Anfrage (PrZ 19/LM/88): Abg. Fürst an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Verkehr und Energie:

Warum wurde, trotz einer diesbezüglichen Vereinbarung nach Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien im November 1986, noch immer nicht mit der Errichtung des Park-and-ride-Platzes bei der S-Bahn-Station Leopoldau begonnen?

8. Anfrage (PrZ 57/LM/88): Abg. Stockinger an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal:

Ergeben sich Ihrer Meinung nach bei der Anwendung der Bauordnung in der derzeit gültigen Fassung Probleme, die eine Überarbeitung beziehungsweise Novellierung zweckmäßig erscheinen lassen?

9. Anfrage (PrZ 58/LM/88): Abg. Hanke an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Hat die Novellierung des Wiener Fremdenverkehrsförderungsgesetzes mit Wirksamkeit 1. Jänner 1987 im Jahre 1987 die daran geknüpften Erwartungen erfüllt?)

Präsident Ing. Hofmann: Herr Abg. Mandahus hat an den Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal die 1. Anfrage gestellt. Ich ersuche um Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Anfrage betreffend die Bauordnung darf ich Ihnen wie folgt antworten:

Die Geschäftsgruppe, der ich als Amtsführender Stadtrat vorstehe, ist für die Ausarbeitung von Gesetzen und Novellen das Baurecht betreffend nicht zuständig. Aber ich gebe zu, daß gerade all die Geschäftsgruppen, die in meinem Bereich sind, in erster Linie von einer solchen Bauordnung betroffen sind. Grundsätzlich darf ich auch sagen, daß Sie sich in der Anfrage darauf beziehen, was seinerzeit schon hier im Landtag diskutiert worden ist und auf die Anfrage, die Sie diesbezüglich an Frau Stadtrat Seidl gerichtet haben. Sie wissen auch, daß wir in der vorhergehenden Legislaturperiode zwei Novellen zur Bauordnung beschlossen haben. Grundsätzlich stimme ich mit dem überein, was Frau Stadtrat Seidl damals schon gesagt hat, nämlich daß eine grundlegende Umgestaltung der Bauordnung sicherlich etwas ist, das wahrscheinlich lange Zeit in Anspruch nimmt. Ich bekenne mich aber grundsätzlich dazu, daß es eine Reihe von Fragen gibt, genauso wie Frau Stadtrat Schirmer das bereits auch in ihrem Ausschuß getan hat, so daß wir uns über Fragen der Bauordnung unterhalten sollten und daß vor allem aus allen Bereichen Überlegungen miteinzubringen sind, um dann entscheiden zu können, ob eine Novelle zur derzeitigen Bauordnung ausreicht oder ob grundsätzlich ein neues Baurecht in unserer Stadt erstellt werden soll.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Ing. Mandahus: Herr Stadtrat, ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß ich diese Aktion initiiert habe und daß ich mich von Haus aus bemüht habe, im Gespräch mit vielen Beamten und Abteilungsleitern ein Gremium zusammenzustellen, das seine Ideen einbringen soll.

Es war ein großer Arbeitskreis und ich möchte nur einige nennen, die dabei waren: Der zukünftige Baudirektor Bechyna, als damaliger Chef der Baupolizei, Herr Senatsrat Dr. Schiller von der Rechtsabteilung, Mitglieder der Kammer, der Zivilingenieure, der Bauinnung. Es war das Gremium, das ständig mit Bauangelegenheiten zu tun hat. Das heißt, die Voraussetzung war von Haus aus gegeben, daß eben jene Leute, die mit dieser Materie ständig beschäftigt sind, auch ihre Wünsche koordinieren und auf Deckungsgleichheit untersuchen.

Dieses Gremium hat 18 halbtägige Sitzungen abgehalten und es ist eine gemeinsame Willenskundgebung geworden, daß nämlich 111 Punkte der Bauordnung, das wurde dann genau nach Dringlichkeit in Gruppen geteilt, veränderungswürdig und wünschenswert wären. Da sind keine politischen Themen dabei, soweit ich es beurteilen kann. Und wenn Sie mir sagen, daß schon etwas davon passiert ist, dann möchte ich das in Zahlen fassen. Ich darf Ihnen sagen, daß von diesen 111 Punkten bis jetzt 3 Punkte erledigt wurden und das in der Zeit vom 20. Juni 1985 bis heute. Am 20. Juni 1985 hat dieser Arbeitskreis ein Paket an die Rechtsabteilung übergeben mit der Bitte, diese Wünsche so zu bearbeiten, daß sie den Fraktionen vorgelegt werden können. Das Tempo ist natürlich in Anbetracht des tragischen Abganges der Frau Stadtrat Seidl nicht besonders groß gewesen, das wissen wir. Aber ich glaube, jetzt ist es an der Zeit und daher richte ich an Sie die Frage: Sind Sie bereit, Herr Stadtrat, innerhalb der nächsten vier Wochen mit diesem Gremium ein Gespräch abzuwickeln, einen Termin anzuberaumen, um die weitere zügige Vorgangsweise in dieser Angelegenheit zu garantieren und sicherzustellen?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Herr Abgeordneter! Ob es zu einer Novelle der Bauordnung oder zu einer neuen Bauordnung kommt, kann ich nicht beurteilen, weil ich für die Ausarbeitung einer neuen Bauordnung nicht ressortzuständig bin. Ich darf aber von mir aus sagen, daß ich grundsätzlich Interesse daran habe, die Bauordnung zu überarbeiten. Ob es innerhalb dieser vier Wochen zu einem Gespräch kommt, weiß ich nicht.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte. Herr Abgeordneter, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß die Zusatzfrage eine Frage und nicht ein Debattenbeitrag ist. Ich bitte Sie, sich danach zu richten.

Abg. Ing. Mandahus: Ja. Ich mußte einiges aufklären, weil scheinbar vieles nicht bekannt ist.

Es wurde in der Anfragebeantwortung vom 3. Juli 1987 von Frau Stadtrat Seidl bereits zugesichert - ich sage es wörtlich - diese Anregung auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen. Ich darf daher an Sie die Frage

richten, ob Sie bereit sind, die Zusage in dieser Form zu übernehmen und diese Anregungen in kürzester Frist auf ihre Realisierbarkeit von den zuständigen Fachleuten überprüfen zu lassen.

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Ich bitte Sie, diese Frage an die ressortzuständige Frau Stadtrat Schirmer zu richten.

Präsident Ing. Hofmann: Wir haben damit die 1. Anfrage abgeschlossen.

Wir kommen zur 2. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Dr. Hirnschall an den Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal gerichtet. Ich ersuche um Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Zur Frage Roßauer Kaserne, Herr Abgeordneter, haben wir ja schon einige Debatten hier im Landtag und Gemeinderat geführt. Ich bestätige Ihnen, daß natürlich durch die letzten Pressemeldungen bezüglich der Entwicklung der Roßauer Kaserne wieder neuer Sprengstoff zutage getreten ist, der aufzeigt, wie schwierig es ist, mit dem Eigentümer eines so großen Gebäudes, noch dazu wenn es der Bund ist, zu Rande zu kommen.

Ich darf hier in Erinnerung rufen, was von seiten der Stadt bei diesem konkreten Projekt getan worden ist oder auch aus dem Bereich meiner Geschäftsgruppe veranlaßt worden ist. Wir haben, als diese Revitalisierung oder Umgestaltung der Roßauer Kaserne zur Diskussion stand, dem Bund mitgeteilt, welche Vorstellungen wir für die künftige Nutzung dieses Gebäudes haben. Grundsätzlich, und das war das Wichtigste, ging es der Stadt darum, daß die Roßauer Kaserne geöffnet wird, das heißt, daß sie durchlässig wird und daß sie nicht als riesiger Baukörper, als Barriere zwischen dem 1. und dem 9. Bezirk bleibt. Das heißt natürlich auch, daß eine solche Öffnung dieses Baukörpers gewisse Nutzungen, wie sie jetzt etwa wieder zur Diskussion stehen, wahrscheinlich ausschließt. Ich glaube und hoffe daher, daß es dabei bleibt, denn wie sollte ich sonst die Vorgangsweise des Bundes in diesem Zusammenhang verstehen.

Zwischen der Stadt Wien und dem Bund ist vereinbart worden, einen Wettbewerb durchzuführen und in diesen Wettbewerb eine Reihe von sehr wesentlichen Herren miteinzubinden. Ich denke hier vor allem an die Architekten Hiesmayr, Holzbauer und Peichl, die ja absolut für eine multifunktionale Nutzung dieses Gebäudes eintreten. Sie sind über unseren Vorschlag in diesen von Bundesminister Graf beauftragten Architektenkreis miteinbezogen worden und ich habe eigentlich noch immer die Zuversicht, daß das, was Bundesminister Graf dort über die Bundesgebäudeverwaltung in Gang gesetzt hat, auch in Wirklichkeit letztendlich zur Entscheidung beitragen wird, daß es jene Öffnung des Gebäudes geben wird, die wir uns vorstellen und daß es nicht zu dem kommt, was Bundesminister Lichal in den letzten Tagen verlauten hat lassen, daß dort zur Gänze das Bundesministerium für Landesverteidigung einziehen soll.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Dr. Hirnschall: Ich gehe mit Ihnen konform, daß man nach diesem seinerzeitigen Einlenken des Wirtschaftsministers, der Berufung dieser namhaften Architekten in einem Wettbewerb über die künftige Nutzung, annehmen konnte, daß es hier zu einer Lösung kommt, die von der Stadt Wien mitgetragen werden kann. Wenn jetzt vor wenigen Tagen Bundesminister Lichal eine Erklärung abgegeben hat, die in der Diktion darauf schließen ließ, daß er in Übereinstimmung mit Minister Graf eine ausschließliche Nutzung durch das Bundesheer als gegeben erachtet, dann stellt sich natürlich die Frage, was dieser ganze Wettbewerb soll, der vor einigen Wochen in Gang gesetzt wurde. Ich möchte Sie also fragen, Herr Stadtrat, und das war überhaupt der Sinn meiner grundlegenden Frage: Haben Sie zwischenzeitlich schon ein Gespräch mit dem zuständigen Minister gesucht und ihn auf diesen Widerspruch hingewiesen?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Ein solches Gespräch hat es mittlerweile gegeben und Bundesminister Graf hat mir neuerlich versichert, daß es bei seiner Anfragebeantwortung im Parlament, und zwar ist das eine Anfragebeantwortung, die er am 15. März 1988 gegeben hat, wonach eine multifunktionale Nutzung der Roßauer Kaserne das erstrebenswerte Ziel von ihm ist, bleibt.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Hirnschall: Herr Stadtrat, ich glaube, daß es vielleicht auch an der Zeit wäre oder sicherlich zweckdienlich wäre, dem Bund gelegentlich das große Entgegenkommen der Stadt Wien auf anderen Gebieten in Erinnerung zu rufen. Ich darf hier etwa auf die Überlassung des AKH-Geländes praktisch ohne weitere Bedingungen hinweisen. Ich würde daher vorschlagen, daß man unter Hinweis auf diese wirklich beachtliche Konzession, die Wien hier macht, vom Bund entsprechendes Verständnis gerade bei der Gestaltung und bei der Nutzung der Rossauer Kaserne erwarten kann.

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Grundsätzlich bin ich mit Ihnen ja völlig einer Meinung und es ist auch mein Bestreben, mit dem Bund zu einer Regelung zu kommen, die ein solches Pingpongspiel in Zukunft ausschließt, weil ich glaube, daß es nicht vernünftig ist, wenn zwei Gebietskörperschaften, hier auf der einen Seite der Bund und auf der anderen Seite das Land Wien, unter Umständen sogar in Pressekampagnen ausweichen und über die Zeitung dem anderen Partner etwas sagen lassen.

Ich habe Grund zur Annahme, daß die Gespräche mit dem Bund in dieser Frage weitergehen. Den ersten Ansatz dazu gibt es ja in einer Vereinbarung, die noch aus dem Jahre 1985 mit der damaligen Koalitionsregierung stammt, wo es erste Ansätze gab, daß in Zukunft ein Mitspracherecht nach beiden Seiten hin bei solchen Bauwerken eingeräumt wird, daß es doch zu einer vernünftigen Regelung kommt. Auch beim alten AKH werden wir wahrscheinlich doch noch mit hineinnehmen, daß eine Schenkung nur dann auch in letzter Konsequenz gültig bleibt, wenn die Nutzung, so wie sie vorgesehen ist, nämlich für universitäre Zwecke, eingehalten wird, daß ein Rückkaufsrecht drinnen ist und daß die Stadt vor allem bei der Gestaltungsfrage ein Mitspracherecht hat.

Präsident Ing. Hofmann: Ich danke, Herrn Stadtrat.

Wir kommen zur Beantwortung der 3. Frage, die von Herrn Abg. Sramek an den Herrn Stadtrat für Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet wurde. Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Edlinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie fragen mich, wie groß das Förderungsvolumen im Bereich der Wohnbauförderung sowie der Wohnhaussanierung im Jahr 1987 war. Ich möchte Ihnen dazu mitteilen, daß wir im Jahre 1987 3.756 Mietwohnungen, 36 Geschäftslokale, 397 Eigenheime, drei Heime mit einer Dienstwohnung sowie 318 Ledigenwohnungen in einem Gesamtbetrag von 3,4 Milliarden Schilling gefördert haben. Weiters wurden für die Errichtung von 900 Eigentumswohnungen und 10 Geschäftslokalen Zuschüsse zu Baukosten im Betrag von 1 Milliarde 397 Millionen Schilling zugesichert. Es wurden somit im Rahmen der Wohnbauförderung 1987 insgesamt 5.429 Wohneinheiten im weitesten Sinne des Wortes, nämlich Wohnungen, Lokale und Ledigenräume, gefördert.

Im Rahmen der Wohnhaussanierung betrug das geförderte Bauvolumen im Jahre 1987 2,3 Milliarden Schilling. Dazu waren die entsprechenden Annuitätenzuschüsse in einer Höhe von etwa 240 Millionen Schilling notwendig. Insgesamt konnten 1987 459 Bauvorhaben die Zusicherung erhalten.

Präsident Ing. Hofmann: Herr Abgeordneter, wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr.

Abg. Sramek: Herr Stadtrat, wie stellen Sie sich nach nunmehr erfolgter Verlängerung der Wohnbauförderung sowie der Wohnhaussanierung den Förderungsumfang im Jahr 1988 vor?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Edlinger: Eine bindende Zusage über den gesamten Förderungsumfang des Jahres 1988 kann erst nach endgültiger Abklärung über die Neugestaltung der Wohnbauförderung beziehungsweise Wohnhaussanierung gemacht werden. Als vorläufiger Richtwert wird allerdings von einem voraussichtlichen Neubauvolumen in der Größe von knapp über 4.000 Wohneinheiten sowie einem Sanierungsvolumen inklusive der kleinen Wohnungsverbesserung von etwa 3 Milliarden Schilling ausgegangen. Diese Größenordnungen erscheinen unter Zugrundelegung der vorläufigen Förderungsmodelle im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung finanzierbar. Änderungen in der Praxis der Wohnhaussanierung sind allerdings notwendig, um auch die gewünschte städtebauliche Entwicklung zu unterstützen. Diesbezügliche Vorschläge werden derzeit sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch

innerhalb des Stadterneuerungsfonds diskutiert und kurzfristig zu realisieren sein, um die entsprechende Sicherheit bei den Sanierungswilligen aufrechtzuerhalten.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Abg. Sramek: Was versprechen Sie sich, Herr Stadtrat, von der Veränderung der Zusammensetzung des Kuratoriums des Stadterneuerungsfonds?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Edlinger: Dem neuen Kuratorium, sehr geehrter Herr Abgeordneter, das gestern zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, gehören neben verantwortlichen Mitgliedern des Wiener Stadtsenates und Vertretern der drei im Gemeinderat vertretenen Parteien auch Vertreter verschiedenster Interessengruppen an. So entsenden die Handelskammer, die Arbeiterkammer, die Baumeisterinnung, die Architektenkammer, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Gemeinnützigen und die Immobilienmakler jeweils ein Mitglied und ein Ersatzmitglied in das Kuratorium. Außerdem gehört diesem Gremium eine Reihe versierter Beamter der Stadt Wien an. Ich glaube und hoffe, daß es das gemeinsame Bemühen dieses Gremiums sein müßte, die von allen anerkannte Priorität im Bereich der Stadterneuerung in allen Organisationen, in denen sie tätig sind, den entsprechenden Stellenwert einzuräumen. Ich war der Ansicht, daß durch diese Umstrukturierung des Stadterneuerungsfonds die Stadterneuerung noch stärker als bisher von fachlicher Qualifikation getragen ist und daß tagespolitische Querelen faktisch nicht erforderlich sind, denn diese tagespolitische Auseinandersetzung, wo die eine Partei möglicherweise interessiert ist, auf Kosten der Inhalte in polemischer Art und Weise tagespolitische Pluspositionen zu erreichen, dient der Stadterneuerung nicht.

Ich habe es daher gestern als äußerst negativ empfunden, daß ein Vertreter einer politischen Partei in einigen Abstimmungen als einziger gegenüber allen anderen Kuratoriumsmitgliedern, also nicht nur der beiden anderen politischen Parteien, sondern auch der Interessenvertretungen, in der Minderheit geblieben ist. Ich bedauere nicht die Tatsache, daß er in der Minderheit geblieben ist. Ich habe das erwartet, weil all die Vorschläge, die vom Vertreter der Freiheitlichen Partei im Kuratorium eingebracht wurden, bar jeder fachlichen Qualifikation waren, was ich auch persönlich sehr bedauere. Es handelte sich bei der Haltung, die von Herrn Stadtrat Dr. Pawkowicz eingenommen worden ist, um eine parteipolitische Aktivität. Am bedauerlichsten finde ich, daß er die Medienvertreter falsch, meiner Ansicht nach vorsätzlich falsch, weil ich nicht glaube, daß er den wahren Sachverhalt nicht abzuschätzen imstande ist, informiert hat.

Die Freiheitliche Partei setzt damit nahtlos in ihrer Strategie, die sie bisher eingeschlagen hat, fort, nämlich keine konstruktiven Beiträge zur Stadterneuerung zu liefern. Es ist mir trotz intensivstem Bemühen in eineinhalb Jahren Tätigkeit nicht möglich gewesen, auch nur einen konkreten vernünftigen Vorschlag seitens der Freiheitlichen Partei zu diesem sehr wesentlichen Thema zu bekommen. (Abg. Dr. Hirnschall: Das ist aber schon ein starkes Stück, hier zu polemisieren in der Fragestunde, bei der Frage einer anderen Fraktion!) Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, daß ich diese Entwicklung bedauere. Ich hoffe, daß sich die Freiheitliche Partei endlich konstruktiv zur Stadterneuerung bekennt (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Mag. Kabas: Wir sind in einer Fragestunde! - StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Sie mißbrauchen die Fragestunde!) und hoffe darüber hinaus, daß ich mit dieser meiner Hoffnung die Freiheitliche Partei nicht überschätze. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Ing. Hofmann: Wir kommen zur Beantwortung der 4. Anfrage, die von Herrn Abg. Franz Haas an den Herrn Stadtrat für Wohnbau und Stadterneuerung gestellt wurde. Ich bitte um Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Edlinger: Herr Abgeordneter! Sie fragen, wann mit der Verlängerung der Mietzinsbildungsbefugnisse, die in der Regierungserklärung in einem Konnex mit der Verlängerung der Wohnbauförderung vorgesehen ist, zu rechnen ist.

Die Verlängerung der Mietzinsbildungsbefugnisse ist, wie Sie in Ihrer Frage richtig feststellen, in einem Konnex mit der Verlängerung der Wohnbauförderung zu sehen, weil diese vor allem im Neubau-

bereich zur Entwicklung und Realisierung neuer Förderungssysteme von exorbitanter Bedeutung ist. Dies wurde auch bei einer Enquete, zu der der Bundesminister für Justiz am 11. Jänner 1988 eingeladen hatte, von Vertretern des Landes Wien festgestellt. Bei dieser Enquete wurde außerdem eine Reihe von Forderungen an das Mietrechtsgesetz gestellt, die die bekannten politischen Positionen der Parteien und Interessenvertretungen widerspiegeln. Sie sind inhaltlich weit auseinanderklaffend, so daß ich nicht glaube, daß es kurzfristig zu einer umfassenden Novelle des Mietrechtsgesetzes kommen wird.

Vizebürgermeister Mayr und ich haben daher als Vertreter des Landes Wien die Notwendigkeit der Verlängerung der Mietzinsbildungsbefugnisse im Neubaubereich nochmals an die Bundesregierung herangetragen und vorgeschlagen, diesen Bereich vorweg zu verlängern, weil eine umfassende materielle Novellierung meiner Ansicht nach nicht abgewartet werden kann. Wir hoffen daher, daß dieser Punkt des Regierungsprogramms noch in der ersten Hälfte dieses Jahres in unserem Sinn geregelt wird.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Haas: Werter Herr Stadtrat! Welche Konsequenzen hätte es, würde dieser Bereich der Mietzinsbefugnisse später verlängert werden?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat!

Amtsführender Stadtrat Edlinger: Ich möchte in Erinnerung bringen, daß durch die zehnprozentige Kürzung der Wohnbauförderungsmittel 1987, der alle Bundesländer auch zugestimmt haben, selbstverständlich Einbußen im Bereich der Wohnbauförderung zu erwarten sind und daß es durch die Steuerreform notwendig wird, neue Förderungsformen zu entwickeln. Diese neuen Förderungsmodelle können nicht realisiert werden, wenn wir diese Mietzinsbildungsbefugnisse nicht bekommen, was zu einer drastischen Reduzierung des Neubauvolumens ab 1989 führen würde. Der § 46 im Wohnbauförderungsgesetz 1984, der die Hauptmietzinsbildung für geförderte Wohnbauten festlegt, ist von der Verlängerung der Wohnbauförderung nicht betroffen, da er nach den Bestimmungen des Artikel 10 Bundes-Verfassungsgesetz unmittelbar anzuwendendes Bundesrecht darstellt. Nach den Bestimmungen des § 45 des Wohnbauförderungsgesetzes 1984 setzt sich der Hauptmietzins gemäß den Ziffern 1 und 2 aus der Amortisation, das ist Tilgung, sowie Verzinsung jener Eigenmittel und Fremdmittel zusammen, die für das Bauvorhaben aufgewendet wurden. Jene Wohnungen, die künftighin nach einem Sondermodell finanziert werden sollten, sollen nun weder mit Eigenmitteln noch mit Fremdmitteln, sondern mit einer Art Gewinnvorteilscheinen finanziert werden. Steuerrechtlich gesehen ist die Ausschüttung der Dividende als Aktiensteuer anzusehen.

Für diese Art einer Finanzierung sieht nun der § 46 im Wohnbauförderungsgesetz keine Mietzinsbildung und somit keinerlei Amortisationsmöglichkeit vor. Dies hätte zur Folge, daß sich die Mietzinsbildung nicht nach den von uns gewollten Förderungsmaßnahmen, sondern aller Voraussicht nach nach den Bestimmungen der MRG richtet. Dies bedeutet wiederum, daß derartige Einnahmen der Hauptmietzinsreserve zugeführt werden müssen und es bliebe daher keine Möglichkeit, eine Amortisation der Finanzierungskosten für derartige zusätzliche Förderungsmodalitäten zu entwickeln.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. Haas: Werter Herr Stadtrat! Welche weiteren Forderungen hätten Sie als Wiener Wohnbaustadtrat bei einer eventuellen Novellierung des Mietrechtsgesetzes?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Edlinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte dazu feststellen, daß es natürlich eine Reihe von für Mieter sehr wichtige Bestimmungen gibt, die einer Überarbeitung bedürfen. Aber es geht dabei auch darum, vorhandene Rechte im Zusammenhang etwa mit dem Mieterschutz und den Mietzinsregelungen, die von manchen als hinderlich betrachtet werden, aufrechtzuerhalten. Ich möchte daher diese meine Vorstellungen hier nicht präzisieren, aber doch meinen, daß ich als wesentliche Neuerung und Erweiterung jene Gedanken des Regierungsprogrammes unterstütze, in denen von der demokratischen Mitwirkung der Mieter die Rede ist. Ich halte das für einen ganz wichtigen Bereich der demokratischen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Ich halte die gesetzliche Verankerung der Mietermitbestimmung für eine essentielle Zielvorstellung, für deren Realisierung ich mich mit

ganzer Kraft einsetzen werde.

Präsident Ing. Hofmann: Ich danke Herr Stadtrat.

Wir kommen damit zur Beantwortung der 5. Anfrage, die von Herrn Abg. Dr. Johannes Hawlik an den Amtsführenden Stadtrat für Umwelt, Freizeit und Sport gestellt wurde. Ich bitte um Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Herr Abgeordneter! Zunächst zur möglichst konkreten Beantwortung, wann dem Wiener Landtag ein Abfallwirtschaftsgesetz, Landesgesetz, zur Begutachtung vorgelegt werden wird. Wir sind zur Zeit ganz intensiv dabei, einen derartigen Vorschlag auszuarbeiten und ich gehe nach meinem persönlichen Zeitplan davon aus, daß wir im Herbst dieses Jahres einen derartigen Gesetzesvorschlag zur Begutachtung aussenden und vorlegen können.

Inhaltlich wird sich dieses Landesgesetz an mehrere Überlegungen anschließen:

Erstens an die Überlegungen des Abfallbewirtschaftungskonzeptes für Wien von seinen Grundsätzen und seinen Prinzipiensetzungen her. Dies bedeutet, daß in diesem Landesgesetz natürlich primär die Fragen der Abfallvermeidung, aber auch die Fragen der Abfalltrennung mit ihrer Eröffnung, mit den verschiedenen Verwertungen der Stoffströme, sei es Recycling, Wiederverwendung und Wiederverwertung einschließlich Kompostierung, enthalten sein werden.

Zweitens werden wir uns natürlich auch an den in Diskussion befindlichen oder bereits bestehenden Landesgesetzen anderer Bundesländer orientieren. Ihnen ist sicherlich die Diskussion bekannt, die in der Steiermark um ein Landesgesetz geführt wird. Es gibt von den beiden großen Fraktionen im Steirischen Landtag zwei Vorschläge, die nun gegeneinander abgewogen werden. In Niederösterreich gibt es bereits ein beschlossenes Landesgesetz, dessen Wirkung allerdings erst im Jahre 1990 in Kraft tritt. Ich verhehle nicht, daß mir an dem niederösterreichischen Landesgesetz besonders die Möglichkeit gefällt, hier in den Bereich von Produktverboten eintreten zu können, was natürlich dem zuständigen Landesrat ein Instrument in die Hand gibt, das zu einer wesentlichen Dynamisierung dieser Diskussion führt. Gleichzeitig wissen wir aber auch, daß dieses Gesetz von Verfassungsjuristen nicht unerheblich in Zweifel gezogen wird. Vor dieser Problemsituation steht aber nicht nur der Niederösterreichische Landtag allein, sondern natürlich wir alle.

Drittens werden wir diese Überlegungen über ein Landesgesetz zur Abfallbewirtschaftung natürlich in Adäquanz mit den entsprechenden Überlegungen zu bringen haben, die es auf Bundesebene gibt. Es gibt auf Bundesebene zur Zeit die Tendenz, zunächst in Einzelbereichen einzelne Bundesgesetze, die Teilbereiche der Abfallbewirtschaftung betreffen, zur Diskussion vorzulegen. Ein Abfallvermeidungsgesetz wurde vorgelegt und mit einer ganzen Reihe sehr kontroversieller Kritiken versehen. Ein Batterie-recyclinggesetz ist als Vorschlag eingebracht worden und wird zur Zeit diskutiert. Ich glaube, daß das ein besonders vernünftiger Vorschlag für ein Detailgesetz ist, weil es auch die Möglichkeit eröffnet, hier zu einer Verwertung eines Teilbereichs des Abfalls zu kommen, der in dem Moment, wo er Abfall wird, natürlich als Sonderabfall zu bezeichnen ist. Außerdem ist auch angekündigt worden - ich hatte heute vor einer Woche die Gelegenheit, mit der Frau Bundesminister unter anderem auch diese Frage zu besprechen -, daß ein Bundesabfallwirtschaftsgesetz vorgelegt werden wird, das alle Aspekte einer Abfallbewirtschaftung umfaßt.

Wir sind darüber hinaus auch in der Situation, daß einzelne verfassungsrechtliche Bestimmungen in diesem Zusammenhang zu ändern sind. Auch die sind im Prinzip vorgelegt, wobei es natürlich Diskussionen darüber gibt, weil zusätzlich zur Bundeskompetenz des Sonderabfalls auch von Bundeseite angedeutet beziehungsweise vorgeschlagen wurde, die Abfallkompetenz generell auf die Bundesebene zu übertragen. Das ist sicherlich eine Sache, die noch zu diskutieren ist.

Im Hintergrund dieser Aspekte, die ich hier genannt habe, arbeiten wir ganz intensiv daran, auch ein Landesgesetz zur Abfallbewirtschaftung zu erstellen und noch im Herbst zur Diskussion oder zur Begutachtung vorzulegen.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Dr. Hawlik: Herr Stadtrat! Im Prinzip ist es unter anderem Ziel einer Abfallbewirtschaftung, Müllvolumen zu sparen, Giftvolumen in den Mülldeponien hintanzuhalten, aber auch Wertstoffe wieder-

zuverwerten, also Altstoffe wiederzuverwerten, und sie wieder einem Kreislauf zuzuführen. Nun hat die Gemeinde Wien vor einem Jahr schon verlauten lassen, daß im Jahre 88 die getrennte Müllsammlung flächendeckend durchgeführt wird. Das heißt, ein Teil dieses Abfallwirtschaftsgesetzes ist eigentlich vorweggenommen. Meine Frage ist: Gibt es für diese getrennte Müllsammlung genügend Grundlagen im Hinblick darauf, was mit den Wertstoffen passiert, gibt es Verträge mit der Industrie, die diese Wertstoffe zu einem annehmbaren Preis abnimmt, gibt es Analysen über die Müllströme, die es in Wien gibt, und aufgrund dieser Grundlagen de facto auch genügend Material, daß man sagt, wir richten die Entsorgungseinrichtungen daraufhin aus?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Herr Abgeordneter! Es ist ja gar keine Frage, daß im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Vorlage eines Landesabfallbewirtschaftungsgesetzes natürlich primär die inhaltlichen Fragen zu diskutieren sind, und ich teile auch die Zielsetzung, die in der Fragestellung angedeutet wurde, zu einer ökologischen Kreislaufwirtschaft zu kommen.

Die Analysen über die einzelnen Stoffströme liegen vor, sie sind allerdings auch aus meiner Sicht gesehen weiter zu detaillieren. Dies ist etwas, womit ich mich auch persönlich momentan in ganz intensiver Arbeit befinde. Diese Analysen sind natürlich nicht abstrakt zu sehen oder für sich allein zu nehmen, sondern sie bilden einen Bestandteil dessen, was man jetzt im zweiten Teil als eine Mülltrennung, als eine Voraussetzung für ihre Verwertung ansehen kann. Ich kann feststellen, daß sich die Situation etwa im Bereich des Altpapiers aber auch des Altglases doch deutlich gegenüber der Situation im Jahr 1986 oder auch 1987 verbessert hat. Der Altpapiermarkt, und das ist natürlich eine sehr wesentliche Frage im Zusammenhang mit der Verwertung der eingesammelten Altstoffe, hat sich wieder deutlich verbessert und die Gespräche mit der Industrie sind sehr weit fortgeschritten, so daß wir davon ausgehen können, daß das eingesammelte Altpapier nun tatsächlich diesem Recycling- und Wiederverwertungsprozeß zugeführt werden kann.

Ähnliches gilt für Glas, auch wenn hier nicht zu verhehlen ist, daß es noch eine Reihe von Problemen gibt, die im Gefolge der Einsammlung entstanden sind. Unzweifelhaft sind derartige Zwischenlager von Altglas auch mit Lärm verbunden. Hier haben wir im Hinblick auf den Lagerplatz und im Hinblick auf die größtmögliche Minimierung dieser Lärmemissionen noch einiges zu tun. Ich gehe allerdings davon aus, daß wir in absehbarer Zeit auch dieses Problem gelöst haben werden. Der Absatzmarkt für Altglas bereitet uns heute entschieden weniger Sorge als noch vor einem Jahr.

Um das auch konkret zu beantworten: Verträge direkt sind mir momentan nicht bekannt. Aber wenn wir die materiellen Voraussetzungen auch mit der Industrie über die Marktstabilisierung in dem Bereich erarbeitet haben, dann wird es sicherlich auch auf Vertragsbasis geregelt werden und geregelt werden müssen.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Hawlik: Herr Stadtrat! Hat die Gemeinde Wien in diesem Zusammenhang vor, einen eigenen Rechtsträger zu gründen, um das Müllmanagement, wenn ich das so nennen darf, auch entsprechend abwickeln zu können?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Herr Abgeordneter! Die Frage eines eigenen Rechtsträgers ist für mich zunächst einmal eine sekundäre. Wir werden das inhaltliche Problem lösen und dann werden wir uns das anschauen. Allerdings verhehle ich nicht, daß ich den Eindruck habe, daß es zur Zeit in Österreich in der Frage schon eine ganze Menge verschiedenster Rechtsträger gibt, deren materielle und qualitative Arbeit natürlich auch höchst unterschiedlich zu bewerten ist. Die Frage stellt sich daher für mich im Gefolge: Gründen wir einen eigenen Rechtsträger, der sich mit diesen Dingen beschäftigt oder versuchen wir etwa über den Abfallwirtschaftsverbund Wien-Niederösterreich oder über eine ähnliche Rechtsträgereinrichtung, dies auch von der Seite her zu beachten. Ich selbst neige dazu, den bestehenden Rechtsträger des Abfallverbundes Wien-Niederösterreich dafür zu nutzen.

Präsident Ing. Hofmann: Wir kommen zur Beantwortung der 6. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg.

Mag. Hilmar Kabas an den Herrn Stadtrat für Umwelt, Freizeit und Sport gerichtet. Ich ersuche um Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Herr Abgeordneter! Sie haben an mich die Frage gestellt: "Welche Schritte werden Sie in Abstimmung mit dem Land Niederösterreich unternehmen, um zur Schaffung eines Nationalparks im Wienerwald zu gelangen?"

Im Sinne einer größtmöglichen Klarheit aus der Sprache der Politiker müßte ich jetzt eigentlich ganz offen sagen: Nichts. Ich will es aber nicht dabei bewenden lassen. Ich möchte begründen, warum ich von der Idee eines Nationalparks Wienerwald nicht so besonders viel halte.

Ersten müssen wir davon ausgehen, daß die IOCN, also die Internationale Vereinigung zum Naturschutz, natürlich bestimmte Qualitätskriterien an die Errichtung eines Nationalparks stellt, die etwa bedeuten: Hinreichenden gesetzlichen Schutz gegen die Nutzung dieser natürlichen Ressourcen, eine gewisse Mindestgröße mit ausschließlicher Naturschutzwidmung - dies ist beispielsweise die Frage, die es immer wieder im Hinblick auf die Kernzonen-Randzonendiskussion im Zusammenhang mit Nationalparks gibt - und natürlich auch die Frage des Nachweises über den effektiven Schutz einschließlich Pflege des Gebietes.

Zweitens haben wir auch in der Vergangenheit schon eine Reihe von Diskussionen über die Frage des Schutzes des Wienerwaldes gehabt und es hat eine Reihe von Vorschlägen dazu gegeben, die von der Unterverfassungsschutzstellung des Wienerwaldes bis hin zum Vorschlag Ihrer Fraktion, ihn zum Bannwald zu erklären, gereicht haben. Die bisherigen materiellen Leistungen in dem Bereich sind unsere Beschlußfassung über die Grünlanddeklaration in Rechnungstragung der Wienerwalddeklaration.

Was wir nun in Folge dieser Wienerwalddeklaration auch zwischen Wien und Niederösterreich vorhaben, ist, in absehbarer Zeit eine Leistungsbilanz über all das zu erstellen, was im Zusammenhang mit dem Schutz des Wienerwaldes geschehen ist. Wir haben hier auf Wiener Seite im besonderen auch eine sehr deutliche Abgrenzung des Wienerwaldes vorgelegt, sie ist parzellenscharf, so daß hier deutlich gemacht werden kann, was wir auf Wiener Seite - bekanntlich sind es nur 6 Prozent des Wienerwaldes, die auf Wiener Landesgebiet liegen - machen können. Ganz offen gesagt bin ich schon der Auffassung, daß Deklarationen, gesetzliche Schutzbestimmungen und ähnliches zum Schutz des Waldes ein durchaus taugliches Instrumentarium sind. Im Prinzip wissen wir aber natürlich auch, daß der effektivste Schutz des Waldes die Reduzierung der Luftschadstoffemissionen ist. Daher richtet sich mein großes Augenmerk natürlich auch darauf. Ich bin der Auffassung, daß das bei einer Folgekonferenz, die zwischen Wien und Niederösterreich vereinbart werden soll, im Hinblick auf die Wienerwalddeklaration, die Frage des Waldzustandskatasters, im besonderen des Wienerwaldes, und die daraus resultierenden Maßnahmen im besonderen auch im Hinblick auf die Luftschadstoffminimierung, die in den letzten fünf Jahren erreicht werden konnte - und Wien hat ja durchaus seine Leistungen in dem Bereich erbracht -, im Vordergrund stehen sollen. Zusätzlich würde ich auch meinen, daß die Frage der Zersiedelung im Wienerwaldgebiet natürlich eine ebenso bedeutende Rolle spielt. Der Wienerwald ist sozusagen meine Heimat, ich kenne ihn daher sehr gut und ich weiß, was sich im Laufe meines eigenen Beobachtungszeitraumes in dem Bereich verändert hat. Ich habe größtes Interesse daran, daß es zu einem effektiven Schutz des Wienerwaldes kommt.

Präsident Ing. Hofmann: Herr Abgeordneter, eine Zusatzfrage? - Bitte sehr.

Abg. Mag. Kabas: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich möchte Ihnen nur in Erinnerung rufen, daß am 3. November in der "Rathaus-Korrespondenz" die Überschrift erschienen ist: "Wien ist gesprächsbereit für Nationalpark Wienerwald." Allerdings war das Ihr Vorgänger, der sich dazu bekannt hat, daß man zumindest Überlegungen anstellen soll, ob es nicht zu einem Nationalpark Wienerwald kommen soll. Sie haben jetzt eindeutig erklärt, daß Sie nichts davon halten. Ich möchte nur am Rande bemerken, daß in Österreich überhaupt ein bißchen ein gestörtes Verhältnis zu Nationalparks gegeben ist, weil man bisher ja noch keinen wirklich echten Nationalpark in Österreich zusammengebracht hat.

Weil Sie selbst ja angeschnitten haben, daß die Rettung des Wienerwaldes ohne Niederösterreich natürlich nicht möglich ist, möchte ich Sie fragen, ob Sie bei Ihrem ersten Treffen mit dem Landeshaupt-

mann-Stellvertreter Pröll am 18. März 1988 auch über diese Problematik bereits gesprochen haben.

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Zunächst einmal, damit es nicht zu irgendwelchen Fehlinterpretationen kommt: Ich habe hier nicht abgesprochen, daß ich gesprächsbereit bin. Sie haben mich gefragt und ich habe meine persönliche Position dazu erläutert. Selbstverständlich bin ich bereit, etwa im Naturschutzbeirat auch diese Frage zu besprechen. Das ist gar keine Frage. Ich gehe natürlich davon aus, daß ich meine persönlichen Positionen in der Fragestunde nach bestem Wissen und Gewissen darlege, ich gehe aber nicht davon aus, daß das jetzt das Nonplusultra ist. Wenn sachliche Argumente, die etwa im Naturschutzbeirat vorgebracht werden, das Gegenteil beweisen und meine Auffassungen falsifizieren, so wird mir sicherlich kein Stein aus der Krone fallen, meine Positionen zu verändern. Ich bin das aus meiner vorherigen Berufssituation völlig gewohnt. Als Naturwissenschaftler muß man sich diesen Diskussionen und Argumenten selbstverständlich stellen.

Zweitens. Ich habe auch kein gestörtes Verhältnis zu Nationalparks. Meine Position etwa zum Nationalpark Hohe Tauern, daß ich ihn unterstützte und daß ich die Tiroler Positionen, egal von welcher Partei sie vertreten werden, nicht besonders goutiere, ist hinlänglich bekannt. Ich unterstütze selbstverständlich auch die Idee des Nationalparks Ost und da kann man jetzt nicht sagen: "Na für Tirol kann er leicht sein, weil das ist weit weg für einen Wiener Umweltstadtrat."

Beim Wienerwald sehe ich die Dinge aber etwas anders, aufgrund der realen Situation dort und der Entwicklungen, die über lange Zeit hinweg gegangen sind. Ich habe bei diesem Treffen mit dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll selbstverständlich auch über die Frage des Wienerwaldes gesprochen. Wir haben in etwa aufgelistet, um das in aller Kürze wiederzugeben, wie heute in Verfolgung der Wienerwalddeklaration der Iststand ist und haben vereinbart, daß wir zu einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt eine Folgekonferenz, wenn man so will, abhalten werden, die unter den von mir vorhin genannten Prämissen stehen wird. Das Waldzustandsinventar wird vorzulegen und zu diskutieren sein, die Maßnahmen, die getroffen wurden, und was alles in Verfolgung dieser gemeinsamen Wienerwalddeklaration zu machen sein wird. Zur Vorbereitung dieses Treffens wird auch ein entsprechendes bilaterales Beamtenkomitee eingesetzt werden, das die organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen dazu treffen wird?

Präsident Ing. Hofmann: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte sehr.

Abg. Mag. Kabas: Herr Stadtrat! Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie gesprächsbereit sind. Ich glaube, daß es sicher notwendig ist, daß wir trotz Ihrer Bedenken doch darüber sprechen, ob wir nicht zu einem solchen Nationalpark Wienerwald kommen, weil damit ja automatisch auch gewisse Schutzmöglichkeiten enthalten wären. Wenn man davon ausgeht, daß tatsächlich 70 Prozent der Bäume des Wienerwaldes bereits Schädigungen aufweisen, dann, glaube ich, ist es wirklich hoch an der Zeit. Sie haben gesagt, es wird sich aus diesem ersten Gespräch mit Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll sicher ein weiterer Termin ergeben. Ich glaube, daß es wirklich hoch an der Zeit ist. Ich möchte Sie fragen, ob Sie von Ihrer Seite aus diese Kooperation mit Niederösterreich in dem Sinn forcieren werden, daß Sie danach trachten, daß diese Kooperation auch möglichst schnell konkret wird.

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Dr. Häupl: Selbstverständlich versuche ich immer, die Kooperationen möglichst konkret zu machen. Ich treffe mich gerne mit Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll, aber daß wir uns zu einem Pläuschchen treffen, dazu haben wir beide zu wenig Zeit. Ich versuche das natürlich sehr konkret zu machen. Sie werden wahrscheinlich darauf abzielen, daß hier ein Termin genannt wird. Den bestimme ich nicht allein und ich gehe natürlich auch davon aus, daß es kein übergroßes Geheimnis ist, daß im Oktober dieses Jahres in Niederösterreich Landtagswahlen sind und daher die Frage einer Terminfindung im Vorfeld von Landtagswahlen immer eine große Schwierigkeit bedeutet. Aber selbstverständlich bin ich der Auffassung, daß wir hier möglichst rasch zu einem gemeinsamen Termin zu kommen haben. Allerdings sage ich auch noch dazu: Durch Konferenzen und durch Gesetze allein stirbt kein Baum weniger. Mein Interesse geht in erster Linie in die Richtung, daß wir zu einer Verbesse-

rung des Waldzustandes kommen und die Bemühungen laufen zu diesem Interesse natürlich parallel.

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat herzlichen Dank.

Wir kommen zur Beantwortung der 7. Anfrage. Herr Abg. Anton Fürst hat sie an den Herrn Stadtrat für Verkehr und Energie gestellt. Ich bitte um Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Hatzl: Herr Abgeordneter! Ihre Frage, warum es noch nicht zu einem Beginn der Errichtung dieses Platzes gekommen ist, darf ich insofern beantworten, als der von Ihnen zitierte Vertrag ein Grundsatzvertrag ist, aber der Detailvertrag über die weiteren Kosten vor allem im Erhaltungsbereich und über die verschiedensten Details bis zur Stunde noch nicht abgeschlossen ist. Daher konnte nicht begonnen werden.

Präsident Ing. Hofmann: Bitte um die Zusatzfrage.

Abg. Fürst: Zitierter Schienenstaatsvertrag wurde ja vor der Nationalratswahl 1986 offensichtlich mit dem Ziel abgeschlossen, den Eindruck zu erwecken, daß diese Park-and-ride-Parkplätze an den Schnellbahnstationen Leopoldau und Strebersdorf möglichst rasch zur Verfügung stehen würden. Inzwischen sind fast eineinhalb Jahre vergangen. Wann ist damit zu rechnen, daß diese Schnellbahnstationen durch Park-and-ride-Parkplätze ergänzt werden?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Hatzl: Es gibt auf Bundesseite bei den Vertrags- und Verhandlungspartnern die Auffassung, daß die künftige Betreuung, Nutzung und Erhaltung hundertprozentig durch die Stadt Wien zu tragen ist. Das ist nicht unsere Auffassung, weil wir meinen, daß der gleiche Schlüssel auch für die Folgekosten verwendet werden müßte. Ich meine dennoch, nachdem dieser Vertrag ja nicht unter dem Gesichtspunkt der Nationalratswahl, sondern unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, die ja unbestritten ist, in diesem Bereich geschaffen und abgeschlossen wurde, daß das Jahr 1988 jenes Jahr sein müßte, das diesen Detailvertrag unter Dach und Fach bringt.

Präsident Ing. Hofmann: Wünschen Sie eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Fürst: Herr Stadtrat! Zur Attraktivität von Park-and-ride-Parkplätzen gehört ja natürlich auch die kundengerechte Gestaltung des S-Bahn-Verkehrs und damit zusammenhängende andere Probleme. Ich möchte als Beispiele die vor allem in Floridsdorf notwendigen und sinnvollen zusätzlichen Zu- und Abgänge von Schnellbahnstationen erwähnen oder die Koordination der Betriebszeiten anderer Verkehrsmittel, nämlich der der Stadt Wien, an die Betriebszeiten der Schnellbahn, die Situierung der Bahnsteige bis zur Anpassung der Öffnungszeiten der Bahnhofstoiletten an die Betriebszeiten der Schnellbahn. Sind Sie, Herr Stadtrat, bereit, sich bei den Bundesbahnen dafür einzusetzen, daß auch auf diesem Gebiet endlich etwas weitergeht?

Präsident Ing. Hofmann: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsführender Stadtrat Hatzl: Ja.

Präsident Ing. Hofmann: Wir kommen damit zur Beantwortung der 8. Anfrage. Herr Abg. Stockinger hat sie an den Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal gestellt. Ich ersuche um Beantwortung.

Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Sie haben mich in Ihrer Anfrage gefragt, ob ich der Meinung bin, daß in der Frage der Bauordnung Fragen auftauchen, die für eine Novellierung anstehen und die dort zugeordnet werden sollen.

Ich habe heute schon bei der Anfrage des Herrn Abg. Mandahus darauf hingewiesen, daß ich der Meinung bin, daß man durchaus - ich unterstreiche das noch einmal, was hier schon gesagt worden ist - all das, was eigentlich bisher erarbeitet worden ist, in diesem Zusammenhang wieder aufnehmen sollte, aber daß man darüber hinaus durchaus auch in einer neuen Runde von Expertengesprächen noch einmal überlegen sollte, ob mit einer Novelle das Auslangen gefunden werden kann oder ob überhaupt eine grundsätzliche Überarbeitung der Bauordnung notwendig wäre.

Die Bauordnung selbst, also die heute vorhandene und als Rechtsinstrumentarium zu handhabende Ordnung, stammt aus dem Jahr 1929 und ist die älteste Bauordnung Österreichs überhaupt. Sie

hat seit damals insgesamt dreißig Novellen erfahren, darunter die wesentlichsten Punkte, etwa 1964 die Schaffung des Betriebsbaugebietes, 1972 die Schaffung von Schutzzonen und 1976 die große Bauordnungsnovelle. Man sieht also hier schon, daß vor allem in den letzten zwanzig Jahren enorm viel daran gearbeitet worden ist und daß man immer wieder versucht hat, auf den letzten Stand zu kommen. Das vor allem auch deshalb, weil ein solches Rechtsinstrumentarium natürlich zum Teil immer wieder restriktiv wirkt, aber weil auf der anderen Seite auch innerhalb der Stadt zahlreiche neue Gesetze geschaffen worden sind, die mit der Bauordnung im Zusammenhang zu sehen sind. Zum Beispiel das Kleingartengesetz, ein Gesetz, das es noch nicht so lange gibt. Oder das Gesetz über Kanalanlagen, Kanaleinmündungsgebühren, das Garagengesetz, das Ölf Feuerungsgesetz, das Aufzugsgesetz, das Naturschutzgesetz, das Baumschutzgesetz, alles Gesetze, die im Zusammenhang mit der Bauordnung zu sehen sind.

Auf der anderen Seite, und da werden die Fachleute mit mir übereinstimmen, bringt ein solches Gesetz, eine solche gewachsene Bauordnung, die es seit 1929 gibt, mit sich, daß in der Frage des Baurechts in unserer Stadt eigentlich sehr wenig Rechtsunsicherheit besteht und das ist, glaube ich, etwas ganz Wichtiges.

Ich gebe all jenen recht, vor allem auch unseren zuständigen Fachleuten in den Abteilungen, die sagen, wir müssen uns sehr gut überlegen, nicht dauernd mit Novellen eine Unsicherheit hineinzubringen. Ich glaube, daß es daher vernünftiger wäre, eine große Überarbeitung der anstehenden Probleme, all das, was Kollege Mandahus heute auch schon angedeutet hat, vorzunehmen. Etwa ein zweistufiges Verfahren, sicherlich ein Punkt, der gelöst werden muß. Oder die Frage, inwieweit es denn überhaupt möglich ist, in Zukunft eine Beschleunigung in diesem Verfahren zu erreichen. Oder die nächste Frage, die erst in der letzten Zeit aufgetaucht ist, dadurch, daß wir uns viel stärker dem Altbaubestand zuwenden, also in der Frage der Stadterneuerung. Wir haben in der Bauordnung ein sehr ausgeprägtes Rechtsinstrumentarium, was den Neubau betrifft, aber es schaut schon wieder wesentlich schlechter aus, was den Altbau betrifft.

Ich denke hier zum Beispiel nur an die generellen Richtlinien bei Fragen von Um- und Zubauten im Altbaubestand. Es ist sicherlich ein Punkt, der in vielen Bereichen wichtig und entscheidend ist. Oder die ganze Frage der Überprüfung der Widmungskategorien. Das ist auch ein Punkt, der für uns in Zukunft sicherlich entscheidend sein wird. Ich glaube, daß der Begriff Wohngebiet heute zu eng gefaßt ist, während auf der anderen Seite der Begriff gemischtes Baugebiet zu großzügig ausgedrückt ist, um nur ein Beispiel zu nennen. Und, wie schon gesagt, auch die Beschleunigung und die Verwaltungsvereinfachung in diesem Zusammenhang sind sicherlich ganz, ganz wesentliche Punkte.

Es gäbe noch viele Punkte, die man hier anziehen könnte. Diese Punkte waren ja auch im letzten zuständigen Planungsausschuß ein Grund für eine Debatte darüber. Wir haben darüber diskutiert und waren der Meinung, man sollte eigentlich beim zuständigen Stadtrat, das ist Frau Christine Schirmer, vorstellig werden, damit in Zukunft an diese generelle Überarbeitung herangegangen werden kann, damit wir hier weiterkommen.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Stockinger: Herr Stadtrat, mir ist bekannt, daß in der Geschäftsgruppe von Frau Stadtrat Schirmer gerade dieser Frage besonderes Augenmerk zugewendet wird, wobei es sehr umfangreiche Vorstellungen und Vorarbeiten der Frau Stadtrat Seidl gibt. Ich möchte Sie konkret fragen, Herr Stadtrat: Was gedenken Sie in Zusammenarbeit mit Frau Stadtrat Schirmer zu unternehmen, damit diese Probleme, die Sie angedeutet haben, der interessierten Öffentlichkeit bewußt werden und daß es auch zu einer Neufassung der Bauordnung beziehungsweise zumindest zu einer Novellierung der dringendsten Probleme kommt?

Präsident Ing. Hofmann: Bitte.

Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Wir werden sicherlich weitere Gespräche in diesem Zusammenhang führen, aber, wie gesagt, es ist heute auch schon angedeutet worden, man kann auf die vorhandenen Unterlagen zurückgreifen. Im letzten Ausschuß für Planung hat Herr Klubobmann Swoboda einen Vorschlag zu diesem Thema gemacht, und zwar im Bereich Stadtplanung eine Enquete durchzuführen,

um einmal aufzuarbeiten, welche Wünsche wir im Zusammenhang mit einer solchen Novelle oder einer generellen Neufassung denn überhaupt an die Rechtsabteilung haben, wobei ich eher zur Ansicht neige, daß eine generelle Neufassung vielleicht noch günstiger, noch vernünftiger wäre. Aber das kommt sicherlich erst bei der Arbeit heraus. Wir haben dort über Anregung des Klubobmannes Swoboda gemeint, eine Enquete zu diesem Thema durchzuführen, um alle betroffenen Stellen entsprechend einbinden zu können.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine zweite Zusatzfrage gestellt? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zur Beantwortung der 9. Anfrage. Sie wurde von Herrn Abg. Erik Hanke an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik gestellt. Ich bitte um Beantwortung.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage: "Hat die Novellierung des Wiener Fremdenverkehrsgesetzes mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1987 im Jahre 1987 die daran geknüpften Erwartungen erfüllt", darf ich folgendermaßen beantworten:

Das Hauptziel der Novellierung des Wiener Fremdenverkehrsförderungsgesetzes war die Erschließung zusätzlicher Mittel für die Fremdenverkehrsförderung. Die Lösung erfolgte in der Form, daß vom bisherigen Staffeltarif für die Ortstaxe abgegangen wurde und die Ortstaxe mit einem fixen Prozentsatz von 2,8 Prozent der Bemessungsgrundlage, das ist das Beherbergungsentgelt, festgesetzt wurde. Die Einführung dieses Steuersatzes hat im Jahre 1987 eine Steigerung des Ortstaxeaufkommens um zirka 37 Prozent, in absoluten Zahlen gesehen eine Erhöhung von 16 Millionen Schilling, bewirkt.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Hanke: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ist damit Ihrer Meinung nach das Ziel erreicht worden?

Präsident Ing. Hofmann: Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr: Wir haben in diese Erhöhung der Ortstaxe an sich eine höhere Erwartung gesetzt. Wir waren der Meinung, der Ertrag der Ortstaxe müßte höher als die tatsächlich eingetretene Erhöhung des Steueraufkommens sein. Aus dieser Sicht gesehen wurde das Ziel nicht zur Gänze erreicht.

Präsident Ing. Hofmann: Wird eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

Abg. Hanke: Darf ich noch die Frage stellen, warum dieses Ziel nicht erreicht wurde?

Präsident Ing. Hofmann: Bitte.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr: Das Jahr 1987 hat uns bekanntlich einen Einbruch in der Fremdenverkehrsentwicklung gebracht. Wir wissen noch nicht genau, ob das Zurückbleiben des geschätzten Ertrages darauf zurückzuführen ist, daß es zahlenmäßig eher keine Steigerung des Fremdenverkehrs gegeben hat oder ob eine zweite Komponente noch deutlicher wirksam geworden ist, daß nämlich die Fremdenverkehrswirtschaft durch Senkung von Übernachtungspreisen dieser Entwicklung entgegensteuern wollte. Das ist noch offen. Das wird erst später feststellbar sein, wenn wir die statistischen Ergebnisse genau durchleuchtet haben.

Präsident Ing. Hofmann: Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Mit der Beantwortung der 9. Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Herr Abg. Dr. Erwin Hirschnall hat eine an den Amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik, Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, gerichtete Anfrage, betreffend die drohenden Auswirkungen der von den Regierungsparteien vereinbarten Steuerreform des Bundes auf die Stadt Wien, eingebracht und gemäß § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung beantragt, daß die Anfrage vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand statfinde. Die Begründung dieses Antrages und die Abstimmung werden vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen.

Die Abgen. Dr. Ferdinand Maier und Mag. Dipl.-Ing. Roderich Regler haben eine an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Frage, betreffend die skandalösen Vorkommnisse, die in letzter Zeit im Bereich des Landes Wien zutage getreten sind beziehungsweise die Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten, um derartiges in Hinkunft auszuschließen, eingebracht. Gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurde

die mündliche Begründung dieser Anfrage durch die Fragesteller und die Durchführung einer Debatte über den Gegenstand verlangt. Da dieses Verlangen von der gemäß § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung festgesetzten Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet ist, haben die mündliche Begründung und die Debatte über den Gegenstand vor Schluß der öffentlichen Sitzung zu erfolgen.

Die Abgen. Dr. Günther Goller und Johannes Prochaska haben einen Initiativantrag, betreffend die Novellierung des Wiener Prostitutionsgesetzes, eingebracht. Ich weise ihn dem Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zu.

Herr Abg. Dr. Erwin Hirnschall hat einen Antrag, betreffend die regelmäßige Durchführung einer Projektskontrolle durch das Kontrollamt bei Projekten der Gemeinde Wien, die die Auftragssumme von 150 Millionen Schilling überschreiten, eingebracht. Ich weise ihn dem Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zu.

Die Abgen. Dr. Erwin Hirnschall und Mag. Hilmar Kabas haben einen Antrag, betreffend die Schaffung der rechtlichen Voraussetzung zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, eingebracht. Ich weise ihn dem Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zu.

Herr Abg. Dr. Erwin Hirnschall hat einen Antrag, betreffend eine effiziente Überwachung der gemeinnützigen Wohnbauträger im Lande Wien, eingebracht. Ich weise ihn dem Amtsführenden Stadtrat für Wohnbau und Stadterneuerung zu.

Von den Bezirksvertretungen des 15. und 20. Bezirkes wurde gemäß § 104 der Wiener Stadtverfassung je ein Antrag an den Landtag gerichtet:

Die Bezirksvertretung für den 15. Bezirk hat einen Antrag, betreffend die Novellierung der Gemeinderatswahlordnung der Stadt Wien, eingebracht. Ich weise diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zu.

Die Bezirksvertretung Brigittenau hat einen Antrag, betreffend Einwendungen gemäß § 7 der Atomrechtlichen Vorverfahrensordnung gegen die Teilgenehmigung für die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Amtsführenden Stadtrat für Umwelt, Freizeit und Sport zu.

Wir kommen nun zur Postnummer 1 der Tagesordnung. Sie betrifft die Wahl eines Mitgliedes und zweier Ersatzmänner des Bundesrates. Bevor wir zur Erledigung dieses Tagesordnungspunktes kommen, schlage ich vor, diese Wahl durch Heben der Hand vorzunehmen. Gestatten Sie mir, dazu zu bemerken, daß gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung hierfür ein Beschluß mit Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Ich ersuche daher jene Damen und Herren, die meinem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist mit Stimmeneinhelligkeit erfolgt. Ich werde so vorgehen.

Herr Bundesrat Mag. Dr. Ernst Eugen Veselsky und die Ersatzmänner Herbert Dinhof und Dr. Elisabeth Hlavac haben mit Wirksamkeit vom 8. April 1988 auf ihre Mandatsausübung verzichtet. Somit sind ein Mitglied und zwei Ersatzmänner des Bundesrates neu zu wählen. Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt als neues Mitglied Frau Dr. Elisabeth Hlavac und als Ersatzmänner den Abg. Herbert Dinhof und Herrn Josef Rauchenberger zur Wahl vor. Ich ersuche jene Damen und Herren des Landtages, die Dr. Hlavac als Mitglied und Herrn Abg. Dinhof und Herrn Rauchenberger als Ersatzmänner des Bundesrates mit Wirksamkeit vom 8. April 1988 wählen wollen, die Hand zu erheben. - Ich danke, das ist stimmeneinheitlich angenommen.

Nun ist noch die Reihung des soeben gewählten Mitgliedes und der Ersatzmänner vorzunehmen, wobei die Stellen eins bis sechs, neun und elf unberührt bleiben. Die Mitglieder sollen nach dem Vorschlag der Sozialistischen Partei wie folgt gereiht werden: Herr Albrecht Konecny an die siebente Stelle, Frau Dr. Irmtraud Karlsson an die achte Stelle, Frau Elisabeth Haselbach an die zehnte Stelle, Frau Dr. Elisabeth Hlavac an die zwölfte Stelle.

Für die Ersatzmänner der von der Sozialistischen Partei zu nominierenden und vom Wiener Landtag gewählten Mitglieder des Bundesrates soll folgende Reihung festgelegt werden: Herr Abg. Herbert Dinhof an die siebente Stelle, Herr Rauchenberger an die achte Stelle, Frau Mag. Eva Salomon an die zehnte Stelle, Frau Abg. Elisabeth Dittrich an die zwölfte Stelle.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtages, die auch der Reihung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, dem ist stimmeneinhellig so zugestimmt.

Wir kommen nun zur Behandlung der Postnummer 2. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1967 und das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966 geändert wird. 29. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 und 9. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966. Der Berichterstatter dazu ist Herr Amtsführender Stadtrat Sallaberger. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Post 2 betrifft die Besoldungsordnung, die 29. Novelle dazu. Das ist in Wirklichkeit das Ergebnis der Gehaltsverhandlungen, die sich in dieser Form niederschlagen. Sie wissen alle, daß in der Besoldungsregelung 1988 die neuen Gehälter mit 1. Jänner 1988 festgesetzt worden sind, daß aber die wirkliche Realisierung erst mit 1. Juli 1988 zum Tragen kommt. Gleichzeitig ist in dieser Besoldungsregelung die Erhöhung des Pensionsbeitrages von 9 auf 9,5 Prozent enthalten. Die gesamte Novelle verursacht Kosten in der Höhe von rund 260 Millionen Schilling. Ich bitte Sie, diesem Gesetz die Zustimmung zu geben.

Präsident Ing. Hofmann: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einhellig beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Es erfolgt kein Widerspruch. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, auch in zweiter Lesung ist dieses Gesetz einhellig beschlossen.

Wir kommen nun zur Verhandlung des Tagesordnungspunktes 3. Er betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem die Wiener Abgabenordnung geändert werden soll. Berichterstatter dazu ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr. Ich bitte um Berichterstattung.

Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt hier eine Änderung der Wiener Landesabgabenordnung vor, die auf ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 11. Dezember 1986 zurückgeht. Um eine mögliche Auswirkung auf die Wiener Abgabenordnung zu verhindern, ist in der gleichen Regelung wie in den Bundesabgabenordnungen eine neue Regelung vorgesehen. Ich darf den Antrag stellen, der Wiener Landtag wolle beschließen: Der Entwurf des Gesetzes betreffend die Änderung der Wiener Abgabenordnung, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 21/62, in der Fassung 12/64, 4/74, 12/78 und 3/83 sowie in der Kundmachung der Landesgesetzblätter für Wien 2/63, 19/80, 31/86 und 12/87, wird zum Beschluß erhoben.

Präsident Ing. Hofmann: Es liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor. Ich komme daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Die Vorlage ist somit in erster Lesung einhellig genehmigt.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Es erfolgt kein Widerspruch. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier ist eine einhellige Zustimmung gegeben.

Wir kommen damit zur Behandlung der Post 4. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1966 geändert wird, 14. Novelle zur Dienstordnung 1966. Herr Amtsführender Stadtrat, ich ersuche um Ihre Einleitung.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die 14. Novelle zur Dienstordnung hat in ihrem Kernstück vor allem die Neuregelung des Disziplinarrechtes. Das geltende Disziplinarrecht läßt sich bis auf das Jahr 1919 zurückverfolgen und hat zahlreiche Bestimmungen enthalten, die in Wirklichkeit mehr als reformbedürftig waren. Das Disziplinarrecht hat in der letzten Zeit zusätzliche Bedeutung bekommen beziehungsweise ist es mit zusätzlichen Schwierigkeiten versehen gewesen, weil die im Landtag vertretenen Parteienvertreter der Meinung

waren, daß sie die Disziplinargewalt als politische Vertreter eigentlich nicht mehr ausüben wollen. Die Österreichische Volkspartei hat ihre Vertreter zurückgezogen. Weil sich auch die sozialistische Fraktion hier angeschlossen hat, wurde eine Neuregelung notwendig.

Gleichzeitig sind in dieser Überarbeitung einige wesentliche Punkte verändert worden. Zum Beispiel ist die sogenannte Doppelbestrafung weggefallen; die unterschiedlichen Verjährungsbestimmungen sind nun ordentlich geregelt und es gibt nicht mehr die großen Unterschiede; vor allem wurde auch die Unterscheidung in Ordnungs- und Disziplinarstrafen beseitigt. Das alles ist mit der Gewerkschaft sehr ausführlich diskutiert worden und ich glaube daher, daß gerade das neue Disziplinarrecht zweifellos auch die Möglichkeit schafft, daß wir hier in Zukunft doch rascher und vielleicht auch überschaubarer vorgehen können.

Ich bin insofern auch sehr froh, daß heute die Dienstordnungsnovelle dem Landtag zugeführt werden konnte, weil durch die Anhäufung der Disziplinarfälle in den letzten Monaten fast eine Rechtsunsicherheit für die betroffenen Mitarbeiter unserer Stadt eingetreten ist. Ich bin froh, daß die Disziplinarssenate, sofern es heute eine positive Beschlußfassung zu dieser Novelle zur Dienstordnung gibt, dann bald mit ihrer Tätigkeit beginnen können. Ich bitte Sie daher in diesem Sinne, der heutigen 14. Novelle zur Dienstordnung Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Ing. **Hofmann:** Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Ing. Engelmayer. Ich erteile es ihm.

Stadtrat Ing. **Engelmayer:** Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie der Herr Berichterstatter jetzt bereits ausgeführt hat, betrifft die wesentlichste Änderung der Dienstordnung das Disziplinarrecht. Man könnte es auch das Dienststrafrecht nennen. Nur mit diesem Teil der Dienstordnungsänderung möchte ich mich jetzt kurz beschäftigen.

Die ÖVP hat seit vielen Jahren immer wieder Kritik am bestehenden Recht geübt und sehr viele Anträge für eine zeitgemäße Novellierung des Disziplinarrechts im Landtag gestellt. Nachdem nun unsere konstruktive Kritik und eigentlich der Inhalt aller unserer Anträge in dieser Novelle Berücksichtigung gefunden haben, wird meine Fraktion dieser Gesetzesvorlage die Zustimmung geben. Besser wäre es natürlich, wenn wir dieses Gesetz überhaupt nicht bräuchten. Aber es liegt ja wohl nicht nur im Interesse des Magistrats als Dienstgeber, sondern, glaube ich, auch im Interesse der Dienstnehmer, der vielen korrekten und dienstbewußten Beamten und Bediensteten der Stadt Wien, vor schwarzen Schafen in den eigenen Reihen geschützt zu werden. Und die gibt es halt leider immer wieder, wie wir aus der Praxis der Disziplinarkommission wissen und wie wir leider auch immer wieder aus dem Kreise der Bürger und der Bevölkerung so manche Klage über nicht immer kundenfreundliche Behandlung durch einzelne Beamte hören, die dann letztlich auf ein Beamtenimage schließen lassen, das durchaus verbesserungswürdig erscheint. Aber das möchte ich ausdrücklich sagen: Die große Mehrzahl der Beamten und Magistratsbediensteten ist sicher besser als der Ruf, der ihnen vorausgeht, ein Ruf, der oft nur von wenigen Beamten bestimmt wird, die mit ihrem schlechten Beispiel in Wirklichkeit Außenseiter sind.

Ein Dienststrafrecht, wie wir es heute beschließen, ist allerdings kaum geeignet, diese rufschädigenden Außenseiter zu maßregeln oder zu bessern. Ich glaube, es ist Sache der Dienstaufsicht, der Vorgesetzten, Sache der Einschulung, der Ausbildung und Weiterbildung und nicht zuletzt auch Sache der Dienstvorschriften und der Verwaltungsorganisation, daß die Bediensteten auch in die Lage versetzt werden, den Konsumenten öffentlicher Dienstleistungen eine kunden- und bürgerfreundliche Verwaltung anbieten zu können. Das Disziplinarrecht, das wir heute in dieser neuen Form beschließen, das grobe Dienstpflichtverletzungen unter Strafe stellt und das das Verfahren dazu regelt, hat eine gewisse abschreckende und präventive Wirkung, kann aber die eigentlichen Führungsaufgaben der Vorgesetzten nicht ersetzen. In vielen Fällen von Dienstpflichtverletzungen, die da vor den Disziplinarssenat kommen, zeigt sich oft auch eine gewisse Führungsschwäche und auch eine gewisse mangelnde Dienstaufsicht der Vorgesetzten.

Ich glaube daher, besser als zu strafen wäre vorzubeugen. Ich denke da zum Beispiel an die nicht seltenen Alkoholdelikte, die mir in der Tätigkeit in der Disziplinarkommission immer wieder vorgekom-

men sind, aber auch an die häufigen Alkoholdelikte, die nicht in Disziplinarkommission kommen, die wir aber aus der Praxis am Arbeitsplatz kennen. Und das ist ja kein Spezifikum des öffentlichen Dienstes allein. Ein erschreckendes Detail aus der Tätigkeit der Disziplinarkommission: Jeder dritte Fall, der vor den Senat kommt, steht im Zusammenhang mit Alkohol und Trunkenheit. Noch beunruhigender ist in diesem Zusammenhang, daß die Mehrzahl der Alkoholdelikte im Bereich der Verkehrsbetriebe vorkommt und festgestellt werden muß. Ich bin überzeugt, daß die weitaus überwiegende Zahl der Bediensteten der Verkehrsbetriebe das Alkoholverbot strikt beachtet und einhält. Daß die Zahl dieser Disziplinarfälle gerade im Bereich der Verkehrsbetriebe dennoch so hoch ist, liegt sicherlich daran, daß es dort eigene Kontrollorgane, eigene Zivilstreifen, die mit Alkotestgeräten ausgestattet sind, gibt, die halt die Einhaltung des Alkoholverbotes sehr streng prüfen.

Wenn der Herr Landeshauptmann unlängst bei einer Feier der Dienstjubilare eine Initiative gegen das Rauchen in den Diensträumen angekündigt hat, so bin ich der Meinung, es sollte im Sinne von echten Prioritäten zunächst gegen die viel problematischere Unsitte des Alkohols am Arbeitsplatz etwas getan werden. Dagegen sollte der Herr Landeshauptmann zuerst auftreten. Ich werde mich vielleicht hier nicht beliebt machen, aber wir wissen doch - und die Ärzte unter uns werden mir das sicherlich aus der Erfahrung bestätigen -, daß der Alkoholismus als Krankheit seine Ursachen und seinen Ursprung oft in einer völlig mißverstandenen Toleranz auch und vor allem am Arbeitsplatz hat.

Aber warum sage ich das hier im Zusammenhang mit der Novelle des Disziplinarstrafrechts? Weil gerade dieses Beispiel zeigt, wie grau die Theorie und die Zone zwischen Duldung und Strafbarkeit beziehungsweise Strafverfolgung im Dienstrecht ist. Ich sage das hier, weil die Ankündigung des Herrn Landeshauptmannes, den Rauchern vor den Trinkern den Kampf anzusagen, auf der gleichen Ebene liegt wie sein Vorschlag mit der nächtlichen Geschwindigkeitsbeschränkung, der die Stadtraser ja nur ein Lächeln kostet, weil sie sich ja schon jetzt nicht an die Beschränkungen halten. Ich glaube also, daß die Prioritäten hier nicht richtig gesetzt werden und jedenfalls für viele nicht ganz einsichtig sind.

Meine Damen und Herren, das zu beschließende Disziplinarrecht sieht vor, daß Politiker künftig nicht mehr die richterliche Funktion als Senatsvorsitzende ausüben. Das ist gut so, denn die Politik hat im Rechtsprechungsverfahren einfach nichts zu suchen. Bedauerlich ist nur, daß wir nach jahrelangen fruchtlosen Anträgen, die die ÖVP hier gestellt hat, diese Reform erst durch unseren demonstrativen Rücktritt aus allen Funktionen in der Disziplinarkommission erzwingen mußten und erst mit diesem Schritt die Reform überhaupt in Gang bringen konnten.

Positiv anmerken möchte ich, daß die Vorlage die von uns immer wieder verlangte feste Geschäftseinteilung der Senate vorsieht und damit künftig die mehr oder weniger willkürliche Zuteilung von Disziplinarfällen an die Senate durch die Magistratsdirektion ausgeschlossen wird, so daß künftig nicht einmal der Verdacht einer Manipulation der Senate auftauchen kann. Und schließlich wird auch, das hat der Herr Berichterstatter schon gesagt, mit dem Absehen von einer Doppelbestrafung oder Mehrfachbestrafung bei bereits erfolgter gerichtlicher oder verwaltungsrechtlicher Bestrafung für ein und dasselbe Delikt den wiederholten Anträgen der ÖVP hier im Landtag entsprochen.

Wenn nun der Landtag heute dieses Disziplinarrecht mit der Novelle zur Dienstordnung beschließt und in der Folge jetzt die große Welle, wie schon Herr Stadtrat Sallaberger gesagt hat, von aufgestaunten Disziplinarverfahren nach dem neuen Recht abgewickelt wird, dann sollten die für das Personal verantwortlichen Stellen jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ich glaube, Herr Stadtrat Sallaberger, es wäre zweckmäßig und zielführend, und das möchte ich hier vorschlagen, die langjährige Statistik der nicht wenigen Disziplinarfälle einer Auswertung zu unterziehen und gemeinsam mit Experten, zum Beispiel mit Psychologen, nach den Ursachen bestimmter Häufungen zu forschen und aus den Erkenntnissen Maßnahmen zu entwickeln, wie bestimmte Ursachen, bestimmte Häufungen und damit auch die Gesamtzahl der Disziplinarfälle vermindert werden könnte, denn in der praktischen Anwendung des Disziplinarrechts sollte dieses ja kein Strafrecht mit Vergeltungscharakter sein, sondern ein Ordnungsinstrument, das zur Verminderung von Unzukömmlichkeiten und Verfehlungen eingesetzt werden sollte. Nicht die Strafe, sondern die Prävention sollte hier im Vordergrund stehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Gertrude Stiehl: Danke schön. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Ing. Rolf Huber. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Rolf Huber: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Hoher Landtag! Ich weiß nicht, wie weit Herr Stadtrat Engelmayer hier Mineralwasser gepredigt hat und mitunter auch Alkohol trinkt. Auf jeden Fall ist mir bekannt, daß hier im Buffet sehr wohl Alkohol ausgeschenkt wird und auch die eine oder andere Bestellung eines Abgeordneten nach Alkohol getätigt wird. (Abg. Daller: Das ist doch Unsinn! Ich würde mir schon überlegen, was ich sage!)

Ich möchte darauf hinweisen, daß das Delikt Alkohol bei den Verkehrsbetrieben deswegen so eine Häufigkeit hat, weil der Alkoholkonsum für den Betreiber und Fahrer eines Triebwagens oder eines Autobusses halt einen ganz anderen Stellenwert hat als etwa für einen Bediensteten im Kanzleidienst oder im Straßendienst und daß das die einzige Begründung ist, warum es hier zu solch einer Vermehrung kommt. Sonst ist das Verhalten der Beamten, wie Sie gesagt haben, besser als ihr Ruf. Es wäre sicherlich eine Frage, die sich die Österreichische Volkspartei einmal stellen sollte, was sie dazu beitragen kann, um den Ruf der Beamten zu verbessern, indem sie eben im Sinne dieses Disziplinarrechts versucht, alle Verfehlungen sehr wohl aufzuzeigen und zu beseitigen, aber nicht eine Skandalisierung des Beamtenstandes vornimmt. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, wo Sie hier eine sehr ungute Rolle gespielt haben. (Abg. Dr. Goller: Das sind doch minderwertige Feststellungen, die Sie da machen!)

Jedenfalls ist das derzeitige Disziplinarrecht der Beamten, auf das hat der Herr Stadtrat schon hingewiesen, eines, das über viele Jahre entstanden und gewachsen ist. Die Forderung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten nach Änderung und diese langen Verhandlungen, die nun zum Abschluß gekommen sind, ergeben heute die sehr erfreuliche Situation, daß wir dieses neue Recht beschließen dürfen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang, weil ja nun nicht mehr Politiker Vorsitzende der Disziplinarkommissionen sind, den Verdacht der Manipulation durch Politiker zurückweisen. Sowohl die Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei, also auch Herr Ing. Engelmayer, als er als Vorsitzender tätig war, als auch die Vorsitzenden der Sozialistischen Partei haben dieses Amt in einer sehr ehrlichen, in einer sehr korrekten Art und Weise durchgeführt und haben versucht, dem Disziplinarrecht zum Recht zu verhelfen, und zwar in einer Form, daß das Ansehen der Stadt Wien gewahrt bleibt und daß auch die berechtigten Forderungen der Kollegen nach einer fairen Verhandlung berücksichtigt wurden. In diesem Sinne möchte ich allen Vorsitzenden der Disziplinarkommissionen herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Grund des Zögerns der Gewerkschafter, dieser Änderung zuzustimmen, hat keinen Grund in der Richtung, daß wir meinen, daß Politiker das weiterhin durchführen müßten - ich glaube, daß diese Regelung eine gute Regelung ist -, es war nur sicherzustellen, daß hier eine gewisse Kontinuität gegeben ist und daß das Disziplinarrecht ein Recht ist, daß sowohl von der Dienstgeber- als auch von der Dienstnehmerseite getragen werden kann. Ich glaube, daß das mit dieser Novelle erfüllt wird.

Die neuen Inhalte des Disziplinarrechts wurden schon erwähnt. Mir scheint der Wegfall der Doppelbestrafung ebenfalls der wichtigste Punkt, daß nunmehr eine Bestrafung, die strafrechtlich verfolgt wird, nicht noch durch das Disziplinarrecht verschärft wird. Auch die Änderung des Strafausmaßes ist eine ganz wichtige Sache. Ich darf erinnern, daß früher die Strafen wie Ausschließung von der Vorrückung oder Minderung der Bezüge beziehungsweise Versetzung in niedrigere Gehaltsstufen nicht nur diese Strafe an sich bewirkt haben, sondern nicht abschätzbare Auswirkungen auf die Vorrückung gehabt haben und damit oft wesentlich größere finanzielle Strafen in der weiteren Folge bewirkt haben (Abg. Dr. Goller: Das ist eine Strafe!), die eigentlich von der Disziplinarkommission gar nicht beabsichtigt waren. Die neuen Disziplinarstrafen, es sind dies der Verweis, die Geldbuße, die Geldstrafe, die Versetzung in den Ruhestand und die Entlassung, haben diesen Nachteil nicht in sich. Das heißt, die Strafen sind in ihrem Ausmaß so gestaltet, daß sie abschätzbar sind und daß sie auch auf die Vorrückung keine Auswirkung haben. Ein wichtiger neuer Punkt scheint mir die Möglichkeit einer Selbstanzeige zu sein und die Vereinheitlichung der Verjährungsbestimmungen.

Das Disziplinarrecht ist kein allgemeines Strafrecht, sondern vielmehr ein Sonderrecht, ein Bestandteil des Dienstrechtes. Es werden daher auch die neuen Disziplinarkommissionen ausschließlich

die Frage zu prüfen haben, ob das Vertrauen des Dienstgebers durch Dienstpflichtverletzungen beeinträchtigt wurde, und keine weiteren Auswirkungen und keine weiteren Fragen in strafrechtlicher Hinsicht zu stellen haben, außer jener, ob ein Vergehen strafrechtlich zu ahnden ist und daher einer Anzeige zuzuführen ist. In diesem Sinne glaube ich, daß die Veränderung zu bejahen ist und aus diesem Grund wird unsere Fraktion auch die Zustimmung erteilen.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß die Novelle der Dienstordnung auch noch eine Vereinfachung der Gewährung des Karenzurlaubes vorsieht, also im wesentlichen eine Verwaltungsvereinfachung darstellt, und die Anwendung der Bezeichnung Beamtin bei den Frauen. Schon dieser letzte Punkt ist Grund genug, dieser Novelle zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlungen für geschlossen und erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Sallaberger: Frau Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zur Debatte noch zwei Dinge anführen, weil sie mir wichtig erscheinen.

Erstens. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir uns alle vor Augen halten, daß das Disziplinarrecht sicherlich etwas ist, was wesentlich weiter geht im Vergleich etwa zu jenen Grundsätzen, die es in der Privatindustrie gibt. Es wird in der Privatwirtschaft sicherlich viele Fälle geben, die gar nicht so geahndet werden, wie etwa nach diesem Disziplinarrecht. Das heißt, hier legen sich die Personalvertretung, die Gewerkschaft und der Dienstgeber rechtliche Normen auf, weil man einfach sagt, der Beamtenstand hat eine ganz besondere Vorbildfunktion. Das war der eine ganz entscheidende Punkt.

Zweitens, meine Damen und Herren, müssen wir uns auch vor Augen halten, daß wir im Jahreschnitt ungefähr 50 bis maximal 100 Disziplinarfälle haben. Umgelegt auf die Gehaltsempfänger ist das etwa ein Promille aller Beschäftigten, also ein unglaublich niedriger Prozentsatz. Seien wir froh darüber. Aber es gibt eines, und das möchte ich nicht abstreiten: Es gibt eine Schlagseite in diesem Zusammenhang insofern, als es bestimmte Bereiche gibt, wo es eben zu besonderen Vorkommnissen kommt. Ich stehe nicht an, daß wir dort alles tun sollten, damit wir präventiv wirken können, damit es nicht zu solchen Situationen kommt. Es ist sicherlich klar, daß zum Beispiel in Alkoholfragen überall dort, wo Mitarbeiter im täglichen Verkehr eine sehr große Verantwortung, auch für uns, für die Stadt auf sich nehmen, viel härter durchgegriffen werden und daß dort nach dem Rechten gesehen werden muß. Wir müssen nur auch zur Kenntnis nehmen, daß die Mitarbeiter dort mitunter extrem belastet sind und daß hier eben besondere Vorkehrungen zu treffen sind.

Aber, Herr Stadtrat Engelmayer, wenn Sie schon von präventiver Arbeit von seiten der führenden Stellen der Stadt geredet haben und gemeint haben, wir sollten vor allem hier präventiv wirken, so sehe ich eigentlich auch das, was der Herr Bürgermeister im Zusammenhang mit dem Rauchen gemeint hat, als eine präventive Maßnahme, eine Anregung, ein Ersuchen, die Mitarbeiter der Stadt mögen auf die Nichtraucher Rücksicht nehmen. Genauso könnte, wenn wir es regeln wollen, auch in der Frage des Alkohols vorgegangen werden. Auch das Tempo 30 in der Nacht, das ja mit dem Geschäftsstück nichts zu tun hat, sehe ich als Anregung in Richtung präventiver Wirkung (Abg. Dr. Goller: Eine Fülle der Anregungen des Herrn Landeshauptmannes!), und es steht überhaupt nicht im Widerspruch zu dem, was Herr Stadtrat Engelmayer in diesem Zusammenhang angedeutet hat. Es wäre schön, wenn die Wienerinnen und Wiener im Interesse derer, die bei Nacht schlafen, Rücksicht nähmen und ein bißchen langsamer fahren, weil man ja dadurch, weil der Verkehr in der Nacht flüssiger ist, möglicherweise in genau der selben Zeit wie am Tag zum Ziel kommt. Auch diese präventive Wirkung ist sicherlich nichts Schlechtes.

Im übrigen bitte ich Sie, meinem gestellten Antrag die Zustimmung zu geben.

Präsident Gertrude Stiehl: Danke schön. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Gemäß § 26 der Geschäftsordnung treffe ich die Feststellung, daß die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß laut den entsprechenden Verfassungsbestimmungen eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke schön, das Gesetz ist

somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Postnummer 5 betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem die Vertragsbedienstetenordnung 1979 geändert wird, also die 13. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979. Berichterstatter hiezu ist Amtsführender Stadtrat Günther Sallaberger. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat **Sallaberger**: Die 13. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung hat das selbe zum Inhalt wie die Postnummer 2. Es geht auch hier um die Anhebung der Bezüge, die mit 1. Juli 1988 entsprechend in Kraft treten sollen. Ich bitte auch hier um Zustimmung.

Präsident Gertrude **Stiehl**: Danke schön. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, auch das war einstimmig. Das Gesetz ist somit in erster Lesung beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, das Gesetz ist auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Punkt Nummer 6 betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes über Stiftungen und Fonds, Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz. Berichterstatter hiezu ist wieder Amtsführender Stadtrat Günther Sallaberger. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat **Sallaberger**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz ist im Zusammenhang mit der gesetzlichen Neuregelung der Stiftungen und Fonds auf Bundesebene sinnvoll und notwendig geworden. Dieses Gesetz soll einen Überblick über die Fonds und Stiftungen verschaffen, die es in unserer Stadt gibt. Ich hoffe, daß damit auch in Zukunft die Vollziehung leichter ist und bitte Sie daher, diesem Gesetz Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Gertrude **Stiehl**: Danke schön. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, auch hier ist die Einstimmigkeit gegeben und damit die zweite Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zum Antrag des Abg. Dr. Erwin Hirschall, daß seine an den Amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik, Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, gerichtete Anfrage, betreffend die drohenden Auswirkungen der von den Regierungsparteien vereinbarten Steuerreform des Bundes auf die Stadt Wien, mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde. Zur Begründung dieses Antrages erteile ich Herrn Abg. Dr. Erwin Hirschall das Wort, wobei ich bemerke, daß seine Redezeit gemäß § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung mit fünf Minuten begrenzt ist. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, mit Ihren Ausführungen zu beginnen.

Abg. Dr. **Hirschall**: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Die Chefunterhändler der Regierungskoalition über die Steuerreform haben die kühne Behauptung aufgestellt, daß es bei dieser Reform 90 Prozent Gewinner und 10 Prozent Verlierer geben wird. Wir sind da etwas skeptisch, rein aus logischen und sicher auch aus mathematischen Gründen. Diese Rechnung kann sich niemals ausgehen, aber das wird sich ja spätestens nächstes Jahr dann herausstellen.

Eine Gruppe von Verlierern hat sich nach dem Inhalt des Steuerpapiers jedenfalls schon klar abge-

zeichnet. Das sind die österreichischen Bundesländer und die Gemeinden. Offensichtlich in der letzten Phase der hektischen Verhandlungen, als es darum gegangen ist, die riesigen Budgetlöcher unter anderem durch die Wiedereinführung der Sparzinsensteuer zu stopfen, ist man dann bei den Unterhändlern auch auf die bequeme Idee verfallen, die Lasten vom Bundesbudget in Richtung Länder und Gemeinden abzuschieben. Die Landeshauptleute und auch die Landesfinanzreferenten sind samt dem Gemeinde- und Städtebund offensichtlich überrollt worden beziehungsweise haben die entscheidende Phase zunächst einmal verschlafen. Das ist ein Vorwurf, den ich heute auch dem Herrn Finanzstadtrat Mayr nicht ersparen kann, denn die massiven Proteste sind alle erst nach Abschluß der Verhandlungen gekommen. (LhptmSt. Mayr: Sie sind doch noch gar nicht abgeschlossen!) Von den Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien habe ich gesprochen und die sind abgeschlossen. (LhptmSt. Mayr: Die sind auch noch nicht abgeschlossen! Sie haben die heutigen Zeitungen nicht gelesen!) Das ist zumindest von Lacina und von Mock verkündet worden. Und wenn es so war, daß die Verhandlungsführer innerhalb der Koalitionsparteien ihre eigenen Ländervertreter nicht informiert haben, sie dumm haben sterben lassen, dann ist das zunächst einmal sicher eine ziemliche Unverfrorenheit, aber es ist leider auch der Ausdruck des Stellenwerts, den man dort den Ländern und Gemeinden einräumt.

Wir glauben, daß über all das im Wiener Landtag geredet werden muß, daß wir einen Anspruch haben, konkret zu erfahren, welche ziffernmäßigen Nachteile sich für Wien aus der derzeitigen Basis der rechtlichen Situation des Finanzausgleichs, der Abgabenteilung und aus dem Steuerpapier ergeben. Wir können uns dabei nicht mit der allgemein gehaltenen Erklärung des Finanzministers von vorgestern abspesen lassen, man werde beim Finanzausgleich schon trachten, daß die Relationen, wie sie derzeit sind, erhalten bleiben. Es hat vor einigen Tagen nämlich auch durchaus andere Erklärungen des Herrn Finanzministers gegeben. Er hat zum Beispiel der Tageszeitung "Die Presse" gesagt, daß der Bund seine Ansprüche beim Finanzausgleich mit großer Festigkeit vertreten wird, weil - und das war seine Begründung - die Länder in den letzten Jahren ihre Verschuldungsquoten sowieso im Gegensatz zum Bund stabilisieren hätten können.

Was wir daher heute wissen wollen und auch wissen müssen, ist, wie hoch der Schaden für Wien auf der derzeitigen Rechtsgrundlage der Finanzverfassung ist, welche Auswirkungen sich vor allem im Bereich der Wohnbauförderung und Stadterneuerung abzeichnen und wie die Bundesregierung auf unseren 3-Parteien-Antrag vom 29. Februar 1988 bisher reagiert hat, mit dem der Wiener Gemeinderat einmütig gegen die beabsichtigte Änderung der Abschreibungsmöglichkeiten für Stadterneuerungsmaßnahmen protestiert hat.

Meine Damen und Herren! In der konsequenten Verfolgung dieser Wiener Interessen ist keine Zeit zu verlieren, weil ja die Regierungsvorlage bereits im Mai verabschiedet und dem Nationalrat zugeleitet werden soll. Daraus, glaube ich, ergibt sich eindeutig die Dringlichkeit unserer heutigen Initiative. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Danke schön. Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vor der Abstimmung über den Antrag die Verlesung der Anfrage zu erfolgen. Ich bitte daher die Schriftführerin um Verlesung.

Schriftführer Abg. Rosemarie Wallner: "Dringliche Anfrage des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Erwin Himschall an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik, betreffend die drohenden Auswirkungen der von den Regierungsparteien vereinbarten Steuerreform des Bundes auf die Stadt Wien.

Die von den Verhandlungsführern der beiden Regierungsparteien vereinbarte Steuerreform des Bundes, die als Regierungsvorlage in Kürze dem Nationalrat zugeleitet wird, ist so konzipiert, daß sie überwiegend zu Lasten der Länder und Gemeinden geht.

Unverständlicherweise wurde offenkundig weder mit den Ländern noch mit den Gemeinden seitens der Vertreter des Bundes ein Einvernehmen über eine gerechte Verteilung der Lasten hergestellt. Für die Stadt Wien drohen daher in den nächsten Jahren, ausgehend von den derzeitigen Grundsätzen der Abgabenteilung, Verluste in Milliardenhöhe, die sich schwerpunktmäßig im Bereich der kommunalen

Investitionen vor allem des Wohnbaus und der Stadtsanierung auswirken würden.

Es ist daher erforderlich, unverzüglich alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um im Zuge der parlamentarischen Beratungen das derzeit programmierte Ungleichgewicht bei der Aufteilung der Last zu vermeiden beziehungsweise sicherzustellen, daß durch entscheidende Veränderungen der Finanzausgleichsbestimmungen die einseitige Benachteiligung der Länder und Gemeinden vermieden wird.

Der gefertigte Landtagsabgeordnete stellt daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgende dringliche Anfrage:

Erstens. Welche Einnahmehausfälle ergeben sich nach den Grundsätzen des derzeitigen Finanzausgleichs für Wien aus der beabsichtigten Steuerreform der Regierungskoalition?

Zweitens. Welche Auswirkungen hätte das beabsichtigte Maßnahmenpaket auf die Höhe der Zuweisungen an Wohnbauförderungsmittel?

Drittens. Wurde die Wiener Landesregierung während der Verhandlungen über die Steuerreform über die für die Länder und Gemeinden zu erwartenden Nachteile informiert?

Viertens. Weshalb ist seitens der Vertreter des Landes Wien ein Protest gegen die einseitige Belastung der Länder und Gemeinden erst nach Abschluß der Verhandlungen und deshalb verspätet formuliert worden?

Fünftens. Gibt es außer der allgemein gehaltenen Aussage des Finanzministers, die Länder finanziell nicht benachteiligen zu wollen, konkrete Ansatzpunkte für eine Vereinbarung, bestimmte Aufteilungsschlüssel im Finanzausgleich so zu modifizieren, daß dadurch die drohenden Nachteile Wiens korrigiert würden?

Sechstens. Ist bei einer Erfolglosigkeit der Bemühungen die einseitige Benachteiligung der Länder und Gemeinden und damit vor allem auch Wiens zu verhindern, eine Erhöhung von Landes- beziehungsweise Gemeindeabgaben oder die Neueinführung von Abgaben beabsichtigt?

Siebtens. Welche Reaktion der zuständigen Vertreter der Bundesregierung gibt es bislang auf den vom Wiener Gemeinderat in der Sitzung vom 29. Februar 1988 einstimmig beschlossenen 3-Parteien-Antrag, durch den eine schwere Beeinträchtigung der Bemühungen um eine wirksame Stadterneuerung vermieden werden soll."

Präsident Gertrude Stiehl: Vielen Dank. Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Abgeordneten, die für die dringliche Behandlung der verlesenen Anfrage sind, die Hand zu erheben. - Danke schön, das ist einstimmig so beschlossen.

Es folgt daher die mündliche Begründung der Anfrage durch den Fragesteller und anschließend die Debatte über den Gegenstand. § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung bestimmt, daß bei dieser Begründung und der Debatte kein Redner mehr als zwanzig Minuten sprechen darf. Ich erteile nun Herrn Dr. Hirnschall das Wort zur Begründung der Anfrage.

Abg. Dr. Hirnschall: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über das Steuerreformpaket selbst wird heute sicher noch im einzelnen gesprochen werden. Ich möchte jetzt nur so viel sagen, daß die propagierten Zielsetzungen mit dem ausgehandelten Koalitionspapier sicherlich nicht erreicht werden. Die Reform sollte die bisher stark benachteiligten Familien entlasten, sie sollte vermehrte Anreize für Eigenvorsorge bieten, sie sollte leistungsfördernd sein und sie sollte vor allem im Tarif die mittleren Einkommensgruppen fühlbar entlasten. (LhptmSt. Mayr: Und der Staat finanziert das alles?) All das, meine sehr verehrten Damen und Herren, und da, glaube ich, sind wir uns vielleicht einig, Herr Finanzstadtrat, wird nicht passieren. Die Situation der Familien wird durch die Neuregelung bei den Sonderausgaben im Gegenteil eindeutig verschlechtert. Die bisherigen Möglichkeiten zur Eigenvorsorge im privaten Krankenversicherungsbereich oder etwa im Bereich der Pensionsversicherung als Altersvorsorge, immerhin ein höchst aktuelles Anliegen, werden nicht nur nicht ausgebaut, sondern sie werden empfindlich beschnitten. Dazu kommen jetzt noch die Auswirkungen der Verdopplung der Mehrwertsteuer bei den freien Berufen, die sich gerade hier im Zusammenhang mit Krankenversicherung, Pensionsversicherung, privater Pensionsversicherung bei den Ärztehonoraren entsprechend niederschlagen werden.

Was den Tarif anlangt, meine Damen und Herren, so ist es eine glatte Unwahrheit, wenn von seiten

der Koalitionsparteien unentwegt erklärt wird, daß die Tarifreform den unteren und mittleren Einkommensschichten zugute kommen wird. Die Tarifreform, wie sie jetzt gestaltet ist, wird zweifellos im untersten Einkommensbereich etwas bringen, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren, und sie wird darüber hinaus im Spitzenbereich etwas bringen. Das breite Mittelfeld wird aber zu den Verlierern gehören. Das läßt sich aus den vielen durchgerechneten Beispielen klar ablesen. Damit stimmt natürlich auch die Behauptung nicht, daß 90 Prozent der Steuerpflichtigen Gewinner der Reform sind. In einem Jahr wird das sowieso allgemeiner Wissensstand sein.

Was uns aber heute im Landtag darüber hinaus und vor allem interessiert, ist die Auswirkung des Steuerreformpapiers auf den Wiener Haushalt, auf die Wohnbauförderung und vor allem auf die ohnedies erst sehr zaghaft begonnene Stadterneuerung. Hier muß man der Regierungskoalition bescheinigen, daß sie gegenüber den Ländern und Gemeinden genauso unehrlich vorgeht, wie gegenüber dem einzelnen Steuerpflichtigen hinsichtlich der gemachten Versprechungen. Diese Unredlichkeit liegt in dem Versuch, die zu erwartenden Steuerausfälle überproportional den Ländern und Gemeinden anzulasten und die eigenen Verluste im Bundeshaushalt durch die Erhöhung ausschließlicher Bundesabgaben wie etwa der Tabaksteuer, der Versicherungssteuer oder durch die Wiedereinführung der Zinsertragssteuer zu minimieren.

Dieser Coup, meine Damen und Herren, ist für die betroffenen Gebietskörperschaften offensichtlich ziemlich überraschend eingeleitet worden. Dementsprechend heftig waren aber dann, nachdem das alles bekannt geworden ist, ohne Unterschied der Partei, die Länderproteste, die es dann gegeben hat. Diese Proteste gehen von Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll bis Bürgermeister Zilk, den wir ja bei der Messeeröffnung in seinem Protestaufschrei besonders heftig vernommen haben. Sie gehen von Ratzenböck bis Fröhnbauer, von Haslauer bis Mayer, sie gehen quer durch Österreich unter Einschluß des Gemeinde- und des Städtebundes. Alle diese Vertreter von Gemeindeebene und von Länderebene quer durch Österreich waren sich einig, daß diese ungerechte Lastenverteilung mit allen Mitteln abgewehrt werden muß. Dabei muß man, meine Damen und Herren, als Kuriosum anmerken, daß es eine einzige Stimme aus dem Länderbereich gegeben hat, die geradezu mit Genuß und Schadenfreude die finanzielle Aushöhlung der Länder- und Gemeindefinanzen kommentiert hat. Das war Herr Kollege Dr. Busek, der wieder einmal allen in den Rücken gefallen ist und den Bundesländern empfohlen hat, sie sollen nicht immer an den eigenen Säckel denken.

Meine Damen und Herren, wir glauben im Gegensatz dazu, daß die Erhaltung der Finanzkraft der Länder und Gemeinden von uns im Interesse der Bürger verteidigt werden muß. Sie ist die Voraussetzung für Wohnbauförderung und Stadterneuerung, die heuer ohnedies schon eine Kürzung um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr erfahren hat. Nach den Auswirkungen des Steuerpapiers, das hat ja der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter schon irgendwo einmal angekündigt, würde sie sich in einer Größenordnung von 1,8 bis 2 Milliarden Schilling negativ auf die Länder auswirken. Sie ist aber auch die Voraussetzung für die Fortführung einer aktiven Umweltpolitik, nachdem der Bund den Umweltfonds praktisch liquidiert hat und von dieser Seite auch für die Länder kaum mehr etwas zu erwarten ist. Die Erhaltung der Finanzkraft ist aber auch die Voraussetzung für die Durchführung vieler anderer kommunaler Investitionen, auf die der Bürger einen Anspruch hat und die auch unsere Wirtschaft braucht. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin schon kritisiert, daß der Herr Finanzstadtrat mit seinem Protest leider etwas spät gekommen ist. Ich kann auch nicht ganz glauben, daß gerade er nicht über den Draht zu den Chefunterhändlern, zu den Spitzen der Koalition verfügt, und daß es gerade ihm unmöglich gewesen sein sollte, sich sichere Information über den Gang der Verhandlungen in der Schlußphase zu verschaffen. Aber zumindest jetzt und in den allernächsten Wochen darf nichts mehr verschlafen und versäumt werden. Und da ist uns das vorgestrige Gesprächsergebnis mit dem Finanzminister, wie wir es aus den Medien entnommen haben, zu allgemein und zu wenig substantiell. Das gilt im besonderen Maß für die Zukunft der Wohnbauförderung und der Stadterneuerung. Wir haben vor einem Monat hier in diesem Haus einmütig einen Resolutionsantrag beschlossen, dessen Beachtung die Voraussetzung

für die Fortführung der Stadterneuerung ist. Dieser Beschluß ist bisher von den Bundesstellen offensichtlich glatt ignoriert worden. Was wir von der heutigen Debatte nun erwarten, ist zunächst eine nüchterne Bestandsaufnahme, was uns der Bund konkret an Kürzung von Ertragsanteilen und von Wohnbauförderungsgeldern zumutet und welche Zielsetzungen daher unsererseits für den Finanzausgleich unerlässlich sind. Dabei kann die zeitliche Abfolge nicht so ausschauen - und ich glaube, darauf müssen wir in den nächsten Monaten besonderen Wert legen, um auch die entsprechenden richtigen taktischen Ausgangspositionen für die Verhandlungen mit dem Bund zu gewinnen -, daß das Steuerpaket im Nationalrat zuerst beschlossen wird und dann die Länder und Gemeinden gewissermaßen als Bittsteller beim Finanzausgleich auftreten und versuchen, daß hier die ärgsten Härten wieder vermieden werden, sondern es muß hier parallel, Zug um Zug zu gemeinsamen Entscheidungen kommen.

Für heute, meine Damen und Herren, erwarten wir eine umfassende Beantwortung der von uns gestellten Fragen durch den Herrn Finanzreferenten und darüber hinaus, und diese Erwartung richtet sich an alle Mitglieder des Hauses, die Bereitschaft zu einem gemeinsamen Vorgehen des Landtages als Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung der Länderrechte. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Danke schön. Als nächster Redner ist Herr Abg. Robert Freitag gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Freitag: Sehr geehrte Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die dringliche Anfrage gibt uns Gelegenheit, die Steuerreform ein bißchen näher zu beleuchten. Gleich darauf bezugnehmend, ob es jetzt 90 Prozent, 92 Prozent oder 88 Prozent sind: Da stimme ich Ihnen zu, plus minus ein bis zwei Prozent, das kann niemand sagen. (Abg. Dr. Hirnschall: Es können auch 30 Prozent sein, Herr Kollege!) Aber aufgrund von hunderten durchgerechneten Beispielen, im Bereich des ÖGB haben wir uns dieser Mühe unterzogen, läßt sich darauf schließen, daß es tatsächlich eine Größenordnung von rund 90 Prozent an Arbeitnehmern sein wird, die durch die kommende Lohnsteuerreform in ihrem Einkommen durch die Senkung des linearen Steuerreformtarifs tatsächlich bessergestellt werden. Wir werden dann wahrscheinlich in einem Jahr hier die Debatte haben, wo Sie sagen werden, von Saulus zum Paulus geworden, es waren vielleicht 88,5 Prozent.

Diese geplante Steuerreform, die jetzt nicht nur einen Punkt des Arbeitsübereinkommens der Bundesregierung erledigt, wird langjährige Forderungen der Arbeitnehmer und insbesondere der sozialistischen Arbeitnehmer erfüllen. Das sollte man auch bei dem Wermutstropfen, den die Steuerreform an Auswirkung auf die Länder haben wird, nicht vergessen und nicht unberücksichtigt lassen.

Warum hat die Verhandlung darüber überhaupt so lange gedauert? Das müßte man natürlich auch sagen. Die Sozialisten haben dort mit einem Verhandlungspartner verhandelt, es war die Bundes-ÖVP, der hier wesentliche Gegenforderungen gestellt hat, die überhaupt untragbar gewesen wären und die bei Erfüllung tatsächlich dazu geführt hätten, daß man diese 90 Prozent, von denen heute gesprochen wurde, nie erreichen hätte können. Ich möchte nur einige Punkte anführen, um die es da gegangen ist.

Zum Beispiel: Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sollten voll lohnversteuert werden. Dieses Thema war ausgestanden. Heute allerdings muß ich der Zeitung entnehmen, daß es offensichtlich wieder aufgewärmt werden soll. In der Frage der sogenannten Arbeitsstiftung, die erst beschlossen wurde, und in Fragen des Krankengeldes und der Versehrtenrenten wird eine Neuauflage der Verhandlungen seitens der ÖVP gefordert. Beim Investitionsfreibetrag zum Beispiel sollte es überhaupt keine Einschränkungen geben, ebenso bei den Investitionsrücklagen; damit wären mehrere 100 Millionen Schilling, und es geht in die Milliardenbereiche, nicht für eine Senkung des Tarifs zur Verfügung gestanden.

Für viele Arbeitnehmer besonders interessant ist die Frage der Taggelder, der Diäten. Die ÖVP hat hier den Vorschlag gemacht, daß diese im Umkreis von 25 Kilometer ab Dienort überhaupt nicht einer steuerfreien Behandlung zu unterziehen gewesen wären. Überstundenzuschläge sollten überwiegend, nämlich zur Gänze, voll versteuert werden; auch hier konnte eine Korrektur angebracht werden. Wer weiß, was die Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge und die sogenannten SEG-Zulagen, einkommensmäßig bedeuten, der wird verstehen, daß wir mit der vorgeschlagenen Reduzierung auf 1.000 Schilling pro Monat ebenfalls nicht einverstanden sein konnten; jetzt werden 4.940 Schilling monatlich steuerfrei

sein.

Was die gesetzlichen Abfertigungen betrifft, so konnte ebenfalls sichergestellt werden, daß die Abfertigungen auch weiterhin in dieser begünstigten Form, wie sie heute vorliegt, versteuert werden. Der Körperschaftssteuersatz, der ursprünglich auf 28 Prozent gesenkt werden sollte, wird sich nunmehr bei 30 Prozent einpendeln, was aber immerhin eine Reduzierung von 55 auf 30 Prozent zur Folge hat.

Hätten sich die Vorstellungen des Vertragspartners durchgesetzt, wäre es nicht möglich gewesen, daß weitere 200.000 Arbeitnehmer und Pensionisten zur Gänze von der Steuerpflicht befreit werden. Es sind schon wesentliche Vorteile für die Bevölkerung, insbesondere natürlich auch für die Arbeitnehmer innerhalb der Bevölkerung, durch diese Steuerreform erkämpft, erhandelt worden.

Ein Punkt, der jetzt offenbar wieder neu aufgerollt werden soll, auch der heutigen Tagespresse zu entnehmen, sind die Beiträge zur Finanzierung der Steuerreform durch die Landwirtschaft. Hier sollte die Landwirtschaft rund 500 Millionen Schilling beitragen und heute wurde veröffentlicht, daß es hier offensichtlich eine einseitige Streichung gibt. Herr Dr. Schüssel hat verlauten lassen, die Landwirtschaft wolle diese 500 Millionen Schilling ganz einfach nicht zahlen. Ich glaube, das muß man sich gut überlegen, denn wenn man in der Begutachtung den Arbeitnehmervertretungen, ÖGB und Arbeiterkammer, dann dieses Recht klarerweise auch einräumen muß und dann von dieser Seite der Einspruch kommt, daß es da und dort, wo es auch Arbeitnehmer trifft, zu keinen Einsparungen kommen wird, dann ist die Frage der geplanten Steuerreform ja wieder so weit, wie sie noch vor einigen Monaten war.

Aber wie gesagt, es gibt hier auch Wermutstropfen; Wermutstropfen die auch in der dringlichen Anfrage der FPÖ hier zutage kommen. Der Bund hat jene Steuern erhöht oder beabsichtigt die Erhöhung jener Steuern, die ihm überwiegend alleine zukommen und plant jene zu senken, an denen die Länder und die Gemeinden Anteile haben. Die Auswirkungen auf die Budgets, auf die Erträge sind natürlich klar. Obwohl wir uns zur Notwendigkeit einer zweckmäßigen und umfassenden Steuerreform bekennen, muß auf jeden Fall sichergestellt sein, daß die Aufteilung der Belastungen in einer gerechten Art und Weise erfolgt, und zwar in einer Art und Weise, wie sie auch der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen zur Zahlung Herangezogenen entsprechen wird.

Es stehen uns also harte Verhandlungen ins Haus. Sie werden in den nächsten Wochen stattfinden. Aber wir sind optimistisch, daß Wien nicht schlecht dabei abschneiden wird. Garant dafür ist der uns allen bekannte und in diesen Sachen sehr hart agierende Finanzreferent und daher, glaube ich, können wir als Land Wien auch ruhig schlafen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Ingrid Kariotis gemeldet. Ich bitte sie, das Wort zu ergreifen.

Abg. Ingrid Kariotis: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie der Endspurt in der Zielgeraden eines Grand Prix-Rennens haben sich die journalistischen Ergüsse eines Mitarbeiters der "Arbeiterzeitung" vom 7. März 1988 gelesen: "In letzter Sekunde stimmte Sonntag, 6. März, Vizekanzler Mock am Steuergipfel der bis zuletzt umstrittenen Besteuerung der Kapitalzinsen zu. Mock hat sich damit einmal mehr als großer Umfaller profiliert." Ich wäre neugierig, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, was Sie dazu zu sagen hätten. Aber Sie sagen nichts, weil Sie dazu nichts zu sagen wissen. Nein, Sie jubeln noch (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Goller: Wieso sind Sie so ungeduldig?) zusammen mit der Sozialistischen Partei über die Erreichung des Zieles, der Stadt Wien und vor allem ihren Bürgern Geld wegzunehmen.

Mit 1. Jänner 1989 sind also die Weichen für ein moderneres, einfacheres, gerechteres und wachstumsförderndes Steuersystem gesetzt. Eine der größten Aufgaben sei erfüllt, schloß man dramatisch. Der Applaus blieb aus, obwohl die großen Sieger auf Bundesebene, Vranitzky und Mock, nun doch ein, um bei Mocks Worten zu bleiben, Gesamtpaket geliefert haben. Abgesehen davon, daß mir diese von Regierungen verschnürten Pakete die Gänsehaut bereiten, hatten wir doch wohl vor nicht allzu langer Zeit ein Paket aus dem sonnigen Mallorca erhalten. (StR. Dr. Busek: War da nicht auch die FPÖ daran beteiligt!) Bundeskanzler Vranitzky, beflügelt von den gelungenen Endverhandlungen an diesem Sonntag im März (StR. Dr. Busek: Da war noch Steger in der Regierung!), sprach sogar vom Durchblick, daß

es presste und er fand heraus (StR. Dr. Busek: Dazu schweigen Sie!), daß zwei Parteien mit unterschiedlichen politischen Positionen in einem Arbeitsübereinkommen eine Lösung gefunden haben (Abg. Dr. Goller: Wie ist das mit der Sparzinsensteuer?), ohne daß sie ihre Haltungen in einem Regierungseintopf bemühen mußten. (Abg. Dr. Hirnschall: Da ist die ÖVP umgefallen mit der Sparzinsensteuer!) Wenn Sie mich weiterreden lassen, werden Sie vielleicht die Antwort bekommen.

Wie sieht nun dieses moderne, einfachere, gerechtere, wachstumsfördernde und europareife Steuersystem wirklich aus? (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Weniger Steuern!) Welche Auswirkungen wird diese Reform, ich würde sagen Tarifreform, auf unsere Stadt haben? Die sonst so beliebten wohlklingenden Bilderbuchzukunftsvisionen, womöglich noch in der hauseigenen Zukunftswerkstätte gezimmert, sehen dann gar nicht mehr so rosa und himmelblau aus. Trübe und triste malte mit eindrucksvollen Worten Bürgermeister Zilk in seiner Eröffnungsrede bei der Wiener Messe die eventuellen zukünftigen städtebaulichen Zustände und ihre Konsequenzen. Der Herr Bürgermeister setzte weiter fort, indem er mit erhobenem Zeigefinger vor den Auswirkungen der Steuerreform auf die Wienerstadt warnte und die Fassaden der Häuser, geprellt um einen großen Betrag für die Stadterneuerung, abbröckeln und verfallen sah.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stadterneuerung ist gefährdet, ernstlich gefährdet. Jene Stadterneuerung, die so lange auf sich warten ließ, jahrelang verschleppt, mit ineffizienten Konstruktionen beglückt, war eine Geburt verbunden mit einem ungeheuer großen Zeitaufwand. Nach enormen Anlaufschwierigkeiten gab es einen Hoffnungsschimmer, daß die Aktion vielleicht doch noch ins Laufen kommt. Da wurden die Mittel für 1988 um 10 Prozent gekürzt und weitere Kürzungen werden leider zu erwarten sein und rütteln somit an der Attraktivität der Stadterneuerung im engsten Sinne und an ihrer Überlebenschance im weitesten Sinne; also eine sehr ernste Gefährdung. Mit ihr ist ein ganzer Wirtschaftszweig gefährdet, Arbeitsplätze, Herr GR. Freitag, eine sensible Bauwirtschaft und schließlich hat der Bürger der Stadt Wien die Nachteile davon zu tragen. Nahezu die Hälfte der Wiener Bevölkerung, ich sage Ihnen hiermit sicher nichts Neues, lebt in veralteten Wohnungen, die teilweise auch noch einen sehr geringen Wohnraum aufweisen. Viele Bürger haben in ihren Wohnungen noch immer keine zeitgemäßen sanitären Einrichtungen. Wenn man die in der Steuerreform vorgesehenen wesentlichen Einschränkungen der Abschreibungsmöglichkeit im Einkommensteuerrecht nun beläßt, hätte es zur Folge, daß jeglicher Anreiz zu einer privaten Investition des einzelnen Bürgers in Frage gestellt würde. In Frage gestellt wäre dann aber auch die Auftragslage der Wiener Bauwirtschaft und der damit verbundenen Arbeitsplätze, Arbeitsplätze die bisher oft eine noch drastische Winterarbeitslosigkeit zu verhindern imstande waren. Wenn dieses Bauvolumen fehlt, dann wird sich das auf die gesamte Wiener Wirtschaft massivst auswirken. Ich denke da an Elektroinstallationsfirmen, Fensterfirmen, Installateure und so weiter. Die Stadterneuerungsmilliarden fließen aber auch, laut Stadtrat Edlinger, in Investitionen zur Verbesserung der Umwelt und der Verkehrsbedingungen im Wohnumfeld. Das alles wäre dann in Frage gestellt, abgesehen davon, ob sich in einem Jahrzehnt die Umweltmusterstadt Wien dann noch so nennen darf, ohne daß es dem dann amtierenden Bürgermeister die Schamröte ins Gesicht jagt.

Herr Vizebürgermeister Mayr, Sie haben als Finanzstadtrat kläglichst versagt. Wo waren Ihr Nachdruck und Ihre Durchsetzungskraft beim rechtzeitigen Vertreten der Interessen der Stadt Wien bei den vorangegangenen Diskussionen? Rasche Verhandlungen werden gefordert, Gespräche zugesagt, vage Lösungen angekündigt. Das alles erinnert ein bißchen an das von Bürgermeister Zilk groß angekündigte Ende der Ladenöffnungsdebatte per Ende März. Man läuft Gefahr, den Schluß zu ziehen, wenn man die kleinen Dinge nicht bewältigt, wie dann die großen Brocken gelöst werden sollen.

Lassen Sie mich einen gedanklichen Sprung zu einer Wiener Familie machen: Eltern mit zwei Kindern, Vater Alleinverdiener. Auch in Hinkunft wird der Alleinerhalter einer Familie mit zwei Kindern ähnlich besteuert wie ein Junggeselle mit dem gleichen Einkommen. Die Beseitigung der Absetzbarkeit für Versicherung, Wohnraumbeschaffung und Energiesparen wird diese Familie allerdings wesentlich härter treffen. Diese vierköpfige Familie schaffte sich vor zwei Jahren eine Neubauwohnung an und konnte bisher die Darlehensrückzahlungen unter dem Titel "Wohnraumbeschaffung" innerhalb des Sonderausgabenrahmens noch zur Gänze steuerlich absetzen. (LhptmSt. Mayr: Über die ZEST haben Sie noch nichts

gehört!) Im kommenden Jahr wird aber nur noch die Hälfte steuerlich geltend gemacht werden können. Für diese Familie mit zwei Kindern, die die gesamten Möglichkeiten voll ausnützt, bedeutet es eine Verteuerung der Rückzahlungsrate um bis zu 15.000 Schilling pro Jahr. (Abg. Brunhilde Fuchs: Die haben aber ein schönes Einkommen! - LhptmSt. Mayr: Wenn die Familie das voll ausnützen kann, verfügt sie über ein schönes Einkommen!)

Noch im Wiener Familienbericht 1987 spricht man von einer Weiterführung der Qualitätsverbesserung der Wohnumwelt im Rahmen der Stadterneuerung unter Berücksichtigung familiärer Interessen. Man machte sich schriftlich Sorgen, wie die Überbelastung der finanziellen Leistungsfähigkeit einer Familie durch gestiegene Wohnungskosten vermieden werden könne. Die Betonung liegt auf vermieden. Der Herr Bürgermeister spricht im Vorwort des Familienberichtes der Stadt Wien von der Zukunft als familienfreundlicher Stadt und gipfelt in dem Schluß, daß sie nur dann human, lebenswert und lebensfroh ist. Dieser noch druckfeuchte Familienbericht 1987 mit seinen Visionen ist in vielen Aussagen Vergangenheit für die Ablage geworden.

Zurück zu unserem Beispiel: Unser Familienvater, Alleinerhalter, hat, um den wachsenden Schuldenberg zu bewältigen, vor, mehr zu arbeiten, um logischerweise mehr zu verdienen. Mit nur mehr fünf steuerfreien Überstunden pro Monat wird er für seinen Fleiß und seine Einsatzfreude bestraft. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Demzufolge ist insbesondere die Situation der Familien nicht verbessert worden. Perfekte Familienpolitik heften Sie sich, sehr verehrte Kollegen, so gerne auf Ihre roten und auch auf Ihre schwarzen Fahnen. Auch da haben Sie versagt.

Als Konsumentensprecherin bedeutet für mich die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10 auf 20 Prozent bei Ärztehonoraren, Anwaltsleistungen und Architektenleistungen eine weitere Schröpfung des Bürgers und insbesondere der Familien. Ich denke da an die Erstellung von Bauplänen zur Schaffung eines Eigenheimes, das Konsultieren eines rekommandierten Arztes ohne Kassen oder auch an die simple Rechtsberatung.

Bei der Einführung des Zinssatzes von voraussichtlich sechs Prozent bei Steuerschulden werden sich die leeren Staatskassen wahrscheinlich nicht beträchtlich füllen, weil ein Bürger, der seine Steuern nicht bezahlen kann, schon gar nicht in der Lage sein wird, die Zinsen zu berappen. Man kann die Reihe der Beispiele beliebig fortsetzen.

Im Interesse der Bürger von Wien frage ich Sie, Herr Vizebürgermeister Mayr: Welche Schritte haben Sie konkret unternommen oder gedenken Sie zu unternehmen, daß die zu erwartenden Einnahmeherausfälle nicht zu Lasten der Bürger dieser Stadt gehen? Werden Sie dann wieder den Weg des geringsten Widerstandes, der Tarifierhöhungen oder der Neueinführung von Abgaben, beschreiten oder sehen Sie eine Lösung in einem etwas verspäteten Gespräch mit dem Finanzminister? (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Danke schön. Als nächster Redner ist Herr Stadtrat Busek gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Stadtrat Dr. Busek: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Gemeinderat! (Abg. Dr. Swoboda weist auf die Landtagssitzung hin.) Landtag, Entschuldigung! Wenn wir es uns verbessern können, gerne gemeinsam.

Eine Steuerreform ist ein lohnender Gegenstand der Debatte, insbesondere für eine Oppositionspartei und es ist durchaus erlaubt, Herr Kollege Hirnschall und Frau Kollegin Kariotis, an die Vergeßlichkeit der Bürger quasi indirekt zu appellieren und nicht daran zu denken, was man selber vorher gemacht hat. (Abg. Dr. Hirnschall: An das ÖVP-Wahlversprechen haben wir appelliert.) Ich gehe dann gerne darauf ein. Gelassenheit! (Abg. Dr. Hirnschall: Vizekanzler Mock kann das jeden Tag erzählen!) Völlig richtig. Aber machen wir es gleich kürzer, Herr Kollege Hirnschall. Die Einführung der Sparbuchsteuer ist von einer Regierung getragen worden, der die FPÖ angehört hat und diese Vergeßlichkeit (Abg. Dr. Hirnschall und StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Unter unserer Mitregierung wurde sie aber auch wieder abgeschafft!) werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. (Beifall bei der ÖVP.) Herr Kollege Hirnschall, ich verstehe, daß Sie das aufregt (Abg. Ingrid Kariotis: Und Sie führen eine viel höhere wieder ein!), denn den Stellungs-

wechsel, den die FPÖ in der Frage durchgeführt hat, ist an sich beeindruckend, aber er liegt auf Ihrer Linie. Sie waren ja auch recht hurtig beim Wechsel vom Herrn Steger zum Herrn Haider, je nachdem was hier gespielt wird. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Kabas: Wo ist Steger? Reden Sie von Mock?)

Aber die eigentliche Frage, Herr Klubobmann Dr. Hirnschall, und hier kann ich auch den Kollegen von der SPÖ den Vorwurf nicht ersparen, besteht darin, was die Politik eigentlich will. Ich habe eigentlich bei keinem der Redner hier irgendeinen Satz gefunden... (Abg. Dr. Hirnschall: Was will die ÖVP?) Herr Dr. Hirnschall, Sie können sich ja wieder melden, Sie können sich ja wieder melden. Warum die Aufregung? (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Die Zeit geht Ihnen verloren!) Momentan sind Ihre Zwischenrufe schon länger als Ihre Reden zur dringlichen Anfrage. (Beifall bei der ÖVP.)

Die eigentliche Frage ist, was die Sinngebung einer Steuerreform ist. Ich habe nämlich zwei Intentionen hier von immer neuen Rednern gehört, deren Vereinigung mich durchaus interessieren würde. Zum einen sind hier unendliche Tränen geflossen, daß diese Steuerreform eigentlich gar keine Entlastung für den Bürger bringt. Kollegin Kariotis war der Meinung, daß eigentlich nur Mehrbelastungen vorliegen. Gut, nehmen wir es zur Kenntnis. Den Beweis ist Sie schuldig geblieben, aber es steht als Behauptung im Raum. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Das ist eine Reform für Millionäre! - Abg. Dr. Hirnschall: Für den Mittelstand bringt sie keine Entlastung!) Dann geht es so weiter: Ja das ist ja ganz schrecklich, jetzt kriegen Länder und Gemeinden weniger Erträge aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Also wohin ist das Geld eigentlich verschwunden? Auf der einen Seite ist der Bürger nicht entlastet worden, auf der anderen Seite fehlen aber die Einnahmen für die Bundesländer und die Gemeinden. Ja, meine Damen und Herren, eine Steuerreform, die den Bürger entlastet oder womöglich steuerfrei stellt und den Ländern und Gemeinden mehr Einnahmen bringt, die ist noch nicht erfunden und vor allem die FPÖ ist herzlichst eingeladen, aber auch der Herr Finanzstadtrat Mayr und der Herr Bürgermeister oder Landeshauptmann Zilk, uns zu erklären, wie das geht.

Ich glaube, wir sind alle gemeinsam eingeladen, meine Damen und Herren, nachzudenken, damit Politik plausibel bleibt. Nach den dramatischen Worten des Herrn Bürgermeisters Zilk bei der Eröffnung der Wiener Messe bin ich dort durch die Wiener Messe gegangen und habe mir gedacht, daß jetzt die Bürger auf mich zukommen werden (Abg. Ingrid Kariotis: Sie waren ja gar nicht dort!), die das gehört haben, und sagen werden: "Das ist ja ganz schrecklich, jetzt kriegt Wien weniger Geld." In Wirklichkeit hat sich keiner darüber aufgeregt, sondern jene, die mit mir darüber geredet haben, haben gesagt: "Was fällt eigentlich einem Politiker wie dem Bürgermeister Zilk ein? Endlich machen wir einen ersten Schritt in Richtung Steuerreform, wo der Weg der permanenten stärkeren Belastung des Bürgers verlassen wird und da muß halt auch eine Gebietskörperschaft wie Wien oder die Bundesländer oder die Gemeinden einen Teil dazu beitragen."

In Wirklichkeit ist es eine Gesamtbelastung. Politik ist unteilbar. Und am Schluß kann der Bürger immer wieder nur feststellen, daß er in den letzten Jahren und Jahrzehnten ganz ungeheuer zur Kasse gebeten wurde. (Abg. Dr. Hirnschall und StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Sie haben extra noch vor 14 Tagen eine Energiesteuer verlangt!) Vielleicht zur Erinnerung... (Abg. Dr. Hirnschall: Wie ist das mit der Energiesteuer?) Ich habe jetzt über Herrn Bürgermeister Zilk geredet. Ich weiß, daß Sie das trifft, weil Sie ihn ja gewählt haben. Daher rufen Sie auch zur Verteidigung auf. Das verstehe ich. (Abg. Dr. Hirnschall: Beantworten Sie einmal ein paar Zwischenrufe!) Aber die entscheidende Frage ist hier... (Abg. Dr. Hirnschall: Wie stehen Sie zur Energiesteuer? Das wäre auch interessant - er hat sich nämlich dagegen ausgesprochen!) Also ich würde bitten, daß die Fraktion der FPÖ in sich für die Zwischenrufe Nummern ausgibt. Konkurrierende Zwischenrufe kann man nicht verstehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, daß wir uns darüber im klaren sein müssen, daß eine Steuerreform dringend dazu da ist, das Leistungsinteresse des Bürgers wiederherzustellen. (Abg. Dr. Hirnschall: Die ÖVP nimmt ja keiner mehr ernst!) Also mit der Feststellung, auf der einen Seite entfällt Wien die Steuer und auf der anderen Seite ist die Steuerreform zu gering, wird Sie niemand ernst nehmen. Da bin ich wirklich ganz beruhigt. (Beifall bei der ÖVP.)

In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, geht es um die prinzipielle politische Frage: Wie können

wir sicherstellen, daß der Bürger überhaupt interessiert ist, Leistungen zu erbringen und sie auf eine Weise zu erbringen, daß sie auch einer Besteuerung unterzogen werden? Denn eines müssen wir auch klipp und klar sagen: Das System der Steuerbelastung, das wir bis jetzt haben, hat dazu geführt, daß sehr viele das Heil im Schwarzverdienenden gesucht haben, bis hinauf in höchste Ränge, und das hat sich ja in der letzten Zeit deutlich in Gerichtsverfahren und öffentlichen Diskussionen niedergeschlagen. Und das ist die entscheidende Frage. Wie ist es wieder interessant, Leistungen zu erbringen, nicht die ganze Zeit für den Staat und damit auch für die Stadt zu arbeiten, sondern daß einem von der eigenen Arbeit auch etwas bleibt. Und da ist die Steuerreform ein erster Schritt in die richtige Richtung. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Hirschnall: Mit der Besteuerung der Überstunden?)

Eine zweite Überlegung, meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei hier in diesem Haus: Wie plausibel ist eigentlich eine Vorgangsweise, die sich auf der einen Seite über den Zustand der Politik im klaren ist, und hier gibt es sehr viele Aussagen, und die auf der anderen Seite immer wieder verlangt, daß mehr Kosten vom Bund für die Stadt Wien übernommen werden sollen. Wir schließen uns dem gerne an, wenn es der Bund kann. Aber hier darf man wohl auch in einer offenen Diskussion einmal sagen, daß die Tendenz der vergangenen Jahre, und hier war Wien führend und es hat uns finanziell sicher nicht geschadet, dazu geführt hat, daß der Bund immer mehr Belastungen hatte. Alle unsere großen Vorhaben, die wir diskutiert haben, sind sehr stark unter dem Gesichtspunkt gestanden, was der Bund eigentlich noch dazuzahlen kann oder ob er es nicht vielleicht zur Gänze selber übernehmen kann und wir führen es dann in Wien durch. Solange das geht, solange das finanziell machbar ist, ist das sicher eine Strategie, die Berechtigung hat. Da kann man ganz ruhig dazusagen, daß das doch noch erlaubt sein wird. Aber auf der... (Abg. Dr. Hirschnall: Das haben auch Sie unentwegt gefordert!) Ja, einverstanden. Aber wenn wir feststellen müssen, daß wir im Bereich des Bundes so weit sind, daß wir uns das nicht mehr leisten können, daß das Steuersystem politisch... (LhptmSt. Mayr: Gilt das nur für Wien oder für andere auch?) Für andere auch, keine Frage. Sie wissen ganz genau, wir zahlen auch die unseren. (LhptmSt. Mayr: Für die anderen zahlen wir jetzt - das werde ich Ihnen noch beweisen!) Ich weiß, alles, was bei uns war, hat nichts gekostet, hat mehr gebracht und alles, was bei den anderen ist, hat nur gekostet und nichts gebracht. (LhptmSt. Mayr: Ist das die Vertretung Wiener Interessen?) Wissen Sie, da fällt mir dann ein, daß das das falsche Verständnis von Föderalismus ist. Der Föderalismus ist keine Einbahnstraße, sondern er geht in zwei Richtungen. (Amtsf. StR. Edlinger: Sie sind schon der einzige Landespolitiker, der das anzweifelt!) Danke, Herr Stadtrat Edlinger, daß Sie sich melden. Vielleicht fällt Ihrer Phantasie einmal ein, daß andere Bundesländer bei der Wohnbauförderung auch aus eigenen Landesmitteln etwas dazu gegeben haben. (Amtsf. StR. Edlinger: Ah, Wien nicht?) Das ist der Stadt Wien bei der Wohnbauförderung nie eingefallen. (Amtsf. StR. Edlinger: Wer sagt das?) Wir zahlen gegenwärtig... (LhptmSt. Mayr: Er hat ein schlechtes Gedächtnis! Die Slavik-Aktion liegt lange zurück!) Na schauen Sie ins Budget! Ja, das liegt lange zurück, die Slavik-Aktion liegt lange zurück. Sie heißt nicht Mayr-Aktion, das war der Vor-, Vorgänger, Herr Kollege Mayr, das liegt schon einige Zeit zurück. Ich meine, das spricht ja für Sie, daß Sie die Phantasie in Richtung auf den Bund gehabt haben, aber es geht halt nicht mehr. Wenn es dem Bund auf die Dauer nicht gut geht, wird es den Ländern deswegen um nichts besser gehen. Wir können uns sicher nicht aus dem gesamtstaatlichen Geschehen herauslösen. Das wird sich nicht ausgehen und das ist Ihnen ja auch klar. Das ist ein gewisses Rollenspiel, das ist ganz selbstverständlich. Ich habe sehr viel Sympathie dafür, wenn man es probiert. Aber wenn es nicht mehr geht und wenn in Wirklichkeit der Bürger dran ist, und das auf ganz massive Weise, haben Politiker in Bund, Land und Gemeinden in erster Linie den Bürger zu vertreten und dann ihre Gebietskörperschaften. Und darum geht es bei der Steuerreform! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf vielleicht den Kollegen von der FPÖ in Erinnerung rufen, daß in dem Arbeitsvorhaben der kleinen Koalition Sinowatz - Steger auch eine Steuerreform enthalten war und es hätte mich ungeheuer interessiert, wenn Sie uns hier erklärt hätten, wo die geblieben ist. Sie war mit freiem Auge nicht erkennbar, aber sicher auch nicht mit Lupe! Also da hätten Sie ja ungeheure Möglichkeiten gehabt, die Dinge selber durchzusetzen. Aber das muß man auch sehr deutlich sagen: Außer Mehrbelastungen ist in der

Zeit nichts gewesen. (Abg. Dr. Hirschall: Auch Sie haben bis jetzt außer Mehrbelastungen nichts gezeigt!) Und auf die Gefahr hin, daß Sie wieder Schwierigkeiten haben, die Zwischenrufe in sich zu ordnen: Das einzige, was bei Ihnen gekommen ist, ist die Sparbuchsteuer! Das hat Ihrem Obmann... (Abg. Dr. Hirschall: Sie hat Ihnen so gut gefallen, daß Sie sie sofort übernommen haben!) Also ich nehme das vorweg, damit Sie nicht den Eindruck haben, ich drücke mich vor dieser Frage. (Abg. Dr. Hirschall: Und zwar gleich mit einem höheren Prozentsatz!)

Daß wir mit der Sparbuchsteuer keine Freude haben, ist hinlänglich bekannt und daß wir dafür eingetreten sind, daß wir sie nicht bekommen, bestreite ich nicht. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß eine Koalition ein Kompromiß ist. Das war uns in dem Punkt ganz klar. (Abg. Dr. Hirschall: Eben, das haben Sie vorher nie gesehen!) Das war uns nicht angenehm, aber die Besteuerung des Sparbuches, die jetzt herausgekommen ist, liegt weit unter der, die Sie als FPÖ beschlußmäßig in der kleinen Koalition zu vertreten haben. (Abg. Dr. Hirschall: Damals waren es 5 Prozent und jetzt 10 Prozent, 5:10! - Beifall bei der FPÖ.) Dann sage ich Ihnen noch eine Überlegung, die sicher keine Begründung dafür ist, die Sparbuchsteuer jetzt einzuführen, das räume ich Ihnen gleich ein, aber es darf auch längerfristig gedacht werden. Das, was die FPÖ mit der ÖVP vereint, ist die Überzeugung, daß wir alle Bestrebungen unterstützen müssen, in die Europäische Gemeinschaft zu kommen. Die Bundesrepublik Deutschland ist dabei, eine Sparzinsensteuer einzuführen, die Niederlande und Luxemburg werden sehr bald folgen, innerhalb von zwei Jahren. Wenn wir den Weg in die EG gehen, wird das sicher auch bedeuten, diese Steuer auf uns zu nehmen. Wenn die Bundesrepublik die Sparzinsensteuer einführt und wir hätten sie nicht eingeführt, hätte es infolge des Zusammenhängens der Finanzmärkte sicher einen beachtlichen wirtschaftspolitischen Druck gegeben, sie einzuführen. Da hätte uns nichts genützt, das ist einfach realistisch. Das ist kein sehr sympathischer Zustand und gibt Auskunft über die Möglichkeiten und Souveränitäten eines kleinen Landes in größer werdenden Märkten. (Abg. Dr. Hirschall: Herr Dr. Busek, hoffentlich harmonisieren Sie dann auch die Mehrwertsteuer!) Das ist eine der Hoffnungen, die wir haben.

Aber wenn wir schon bei der Mehrwertsteuer sind: Es war eine Initiative dieser jetzigen Bundesregierung, den Luxusmehrwertsteuersatz von 32 Prozent wegzubringen. (Abg. Dr. Hirschall: Das ist genau das, was Herr Ditz wollte!) Da habe ich immer gewartet, als Sie in der Regierung waren, daß Sie das durchsetzen. Das kam aber nicht. (Abg. Mag. Kabas: Jetzt sind Sie dran!) Und da sehen Sie auch den Sinn der Herabsetzung solcher Steuern, weil es nämlich, aber das müßte Kollegin Kariotis aus ihrer eigenen beruflichen Sphäre wissen, letztlich auch dazu geführt hat, daß die Kaufkraftflucht ins Ausland bei diesen Luxusgegenständen aufgehört hat und wir jetzt die Käufe im Inland haben und damit zweifellos jene Steuererträge, die für das Budget wichtig sind und die auch wirtschaftspolitisch richtig sind. Das wird von den betroffenen Branchen überhaupt nicht bestritten, sondern im Gegenteil begrüßt. Das zeigt eigentlich, daß Steuersenkungen in bestimmten Bereichen auch Mehreinnahmen bedeuten, auch Einnahmen, die dann schließlich Ländern und Gemeinden zugute kommen. (LhptmSt. Mayr: Das wird nur behauptet!)

Es muß auch daran erinnert werden - und da gehe ich auf den Punkt ein, den Kollege Hirschall genannt hat -, daß die letzte umfassende Tarifreform 1967 war. Meine Damen und Herren, das ist schlichte 21 Jahre her. Ich kann mich nicht erinnern, daß irgend jemand von uns hier, weder die SPÖ, auch nicht Herr Finanzstadtrat Mayr, auch nicht Herr... (LhptmSt. Mayr: Das Ergebnis dieser Tarifreform war der Koren'sche Paukenschlag!) Sie haben aber nichts geändert, als Sie dann 1970 an die Regierung gekommen sind. Sie haben das Geld genommen, das muß man auch ganz deutlich sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Die Tatsache... (LhptmSt. Mayr: Das begründet die Fehlleistung vorher!) Nein, aber Sie haben sich überhaupt nicht daran gestört, die sogenannte Fehlleistung zu übernehmen und zu kassieren. (LhptmSt. Mayr: Den Paukenschlag habe ich nicht als Fehlleistung bezeichnet! Das ist bezeichnend für Ihre Argumentation, daß man das als Fehlschlag bezeichnet!) Na die von Ihnen zitierte Fehlleistung. Also ich kann mich nicht an die ungeheure Dynamik der Regierung Kreisky zur Aufhebung des Koren'schen Paukenschlages erinnern. Ich kann mich überhaupt nicht erinnern. Im Gegenteil, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, als man einen Bestandteil dieses Koren'schen Paukenschlages aufheben wollte,

nämlich die Alkohol-Sondersteuer, die war nämlich ein Bestandteil dessen, haben sich die Sozialisten dagegen gewehrt, das zu tun. Inzwischen haben Sie ungeheuer viel Bekenntnistreue zu diesem Paukenschlag entwickelt und haben ihn quasi internalisiert. Wenn man noch länger nachdenkt, war dann vielleicht diese Koren'sche Maßnahme gar noch eine sozialistische. So ähnlich kommt mir das vor. Bitte, wenigstens hier sollte man die Vergeßlichkeit nicht so hoch anstellen. Sie sind doch in anderen Fällen, was das Vergessen betrifft, viel penibler.

Aber wenn wir schon dabei sind, Herr Landeshauptmann, und auch die FPÖ ist eingeladen: Ich kann mich eigentlich nicht erinnern, daß irgendeine Fraktion, die hier vertreten ist, sich bei den Mehrerträgen bei den in Rede stehenden gemeinschaftlichen Abgaben darüber aufgeregt hat, daß wir seit 21 Jahren alle Inflationsgewinner sind (LhptmSt. Mayr: Alle zwei Jahre ist die Inflationsrate zurückgedrängt worden!), also an die Keuschheit des Landes Wien aber auch der Bundesländer zu sagen: "Durch die Tatsache, daß eine Tarifreform so lange ansteht, haben wir hier mehr Erträge, die wollen wir ja eigentlich gar nicht, das ist ungerechtfertigt, eine Tarifreform wäre eigentlich schon früher erforderlich gewesen." Das ist eine der natürlichsten Angelegenheiten, damit kalkulieren alle bei der Budgeterstellung. Nur soll man es jetzt nicht umdrehen und sagen, wenn die Entlastung des Bürgers zur Diskussion steht, daß er sozusagen mehr Möglichkeiten hat, etwas zu tun, daß man den Weg einschlagen soll. Ich habe den herrlichen Satz gefunden: "Der Bürger hat Anspruch auf Investitionen der Gemeinde." Das ist völlig richtig. Ich glaube aber, daß er vor diesem Anspruch den Anspruch auf ein leistungsgerechtes Steuersystem hat. Wir werden Investitionen nicht dann bekommen, wenn die Steuerverweigerung ein noch höheres Ausmaß erreicht hat, als es inzwischen leider ohnehin der Fall ist. Da, glaube ich, liegt ein ganz entscheidender Punkt dieser politischen Entscheidung, die hier getroffen wurde.

Nun aber zu einigen Punkten, die hier genannt wurden. Bei der Stadterneuerung bekenne ich mich zur Initiative, daß wir wieder die Zehntelabschreibung erreichen. Darum bemühen wir uns auch im Interesse dieser Stadterneuerung. (Amtsf. StR. Edlinger: Herr Kollege, von Zehntelabschreibung war nie die Rede! Das ist eine Lüge, von Zehntel war nie die Rede!) Ich möchte nur die Kollegin Kariotis darauf aufmerksam machen... (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Fünfzehntel!) Es ist ein Fünfzehntel drinnen, soweit ich die Unterlagen kenne. Aber der entscheidende Punkt ist der, den ich der Frau Abg. Kariotis entgegenhalten möchte: Altbauinvestitionen sollen als Sonderausgaben absetzbar sein. Damit hat der einzelne Bürger sehr wohl die Möglichkeit, genauso wie bei der Neubauwohnung, eine entsprechende Berücksichtigung zu finden. Es mag Ihnen entgangen sein, ich darf es Ihnen als zusätzliche Information hier geben.

Kollege Hirnschall hat dann noch zur Frage der Familienpolitik Stellung genommen. Je mehr geschieht, desto besser ist es und endlich einmal ist etwas passiert. (Abg. Dr. Hirnschall: Es ist doch ein Rückschritt, Sonderausgaben für Kinder zu halbieren! Weil Sie keine Ahnung haben, das kann man nicht hinnehmen!) Herr Kollege Hirnschall, melden Sie sich. Sie nehmen mir wertvolle Zeit weg, die Ihnen dann in der Information fehlt. (Beifall bei der ÖVP.) Der Kinderabsetzbetrag für Alleinverdiener und Alleinerhalter wird von 600 Schilling auf 1.800 Schilling erhöht. Der Alleinverdienerabsetzbetrag wird um 100 Schilling angehoben. Für jedes Kind wird ein Sonderausgabenbeitrag von 5.000 Schilling eingeführt (Abg. Dr. Hirnschall und StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Die Sonderausgaben von 10.000 auf 5.000 gesenkt!), der mit 50 Prozent wirksam wird. Der Alleinverdienerabsetzbetrag kann auch dann in Anspruch genommen werden, wenn der Ehepartner bis zu 40.000 Schilling im Jahr dazuverdient. Das waren bisher nur 10.000 Schilling. Diese Maßnahmen bewirken, daß ein Alleinverdiener mit drei Kindern erst ab einem Monatseinkommen von 12.000 überhaupt Steuern zahlen muß, bisher waren es 8.400 Schilling. (Abg. Dr. Hirnschall: Die Sonderausgaben sind doch halbiert worden! Das haben Sie vergessen! Keine Ahnung haben Sie, wie bei der Zehntelabschreibung!) Wenn das keine familienpolitische Maßnahme ist, dann weiß ich nicht, was Sie überhaupt in der Steuerreform gelesen haben. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Hirnschall: Was mich beunruhigt ist, daß Sie keine Ahnung haben!) Daß die Steuerreform überhaupt passiert und daß endlich etwas für die Leute passiert, muß Sie wahnsinnig beunruhigen. Das verstehe ich aber bei Ihnen und dem Kollegen Haider, da damit Ihre politischen Felle davonschwimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber auch für den Wirtschaftsbereich, und zwar vor allem gerade für den mittelständischen Bereich, passiert sehr viel. Der Freibetrag für Einzelunternehmen und Personengesellschaften bei der Gewerbesteuer wird von 80.000 auf 160.000 Schilling erhöht. Der zusätzliche Freibetrag für zurechnungspflichtige Dauerschuldzinsen wird von 60.000 auf 100.000 Schilling hinaufgesetzt. Der Gewerbesteuermeßbetrag wird von 5 Prozent auf 4,5 Prozent abgesenkt. Ja es gibt Berechnungen der Wiener Handelskammer, daß zwischen 70 und 80 Prozent der Unternehmen gewerbesteuerfrei sein werden. Na wenn das keine Mittelstandsmaßnahme ist, dann kenne ich keine! Die Gewerbesteuer ist damit auf Sicht zum Sterben verurteilt. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Hirnschall: Der Mittelstand wird sich dann bei Ihnen bedanken!) Das kann man, glaube ich, prognostizieren und das ist auch eine gute Angelegenheit. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Bei den Freiberuflern ist man leider um 20 Prozent hinaufgegangen!) Es gibt steuerliche Erleichterungen bei der Mitarbeiterbeteiligung, Maßnahmen, die ebenso etwas bringen, wie die Herabsetzung der Umsatzsteuer für alkoholfreie Heißgetränke wie Kaffee, Tee und andere von 20 auf 10 Prozent.

Wenn Sie das alles stört und Sie auf der anderen Seite noch beklagen, daß Wien und die Bundesländer hier weniger Geld bekommen, dann würde ich Sie nur um eines bitten: Gehen Sie hinaus und vertragen Sie uns, wie man es macht, daß Wien mehr bekommt und der Bürger weniger bezahlt. Für diese Quadratur des Zirkels schlage ich Sie für alle Nobelpreise vor. Ich werde nur leider nie die Gelegenheit dazu haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Gertrude Stiehl: Als nächster Redner ist Herr Abg. Hannes Swoboda gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abg. Dr. Swoboda: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe es nicht als meine Aufgabe und auch nicht als Aufgabe meiner Partei, hier als Schiedsrichter zwischen ÖVP und FPÖ aufzutreten. (Abg. Dr. Goller: Na sicher spielen Sie nicht Schiedsrichter zwischen Vranitzky und Zilk!) Ich weiß nicht, wieso Sie heute so nervös sind. (Abg. Dr. Petrik: Seit Vranitzky SPÖ-Obmann ist, gilt er nichts mehr für die Partei!) Ob das das Wetter ist? Aber einige Bemerkungen muß ich doch zu dem machen, was Dr. Busek hier gesagt hat, denn eines, Herr Dr. Busek, haben Sie hier nicht überzeugend darstellen können: Wieso Sie als Landespolitiker, als Politiker der Bundeshauptstadt Wien und eigentlich als einziger in ganz Österreich eine Erklärung abgeben, daß diese Stadt zuviel Geld hat und gleichzeitig immer mehr Ausgaben verlangen, mehr Ausgaben für die Stadterneuerung, mehr Ausgaben für das Gesundheitswesen, mehr Ausgaben im Planungsbereich und so weiter. Ich weiß nicht, wie Sie diese beiden Momente auf einen Nenner bringen wollen. (Abg. Mag. Dipl.-Ing. Regler: Sparen und zielführend ausgeben! - Abg. Dr. Petrik: Wenn Millionen ins Stadion fließen, dann haben wir sie nicht, das ist ganz klar!) Den ewigen Ruf nach dem Einsparen haben Sie auch noch nie konkretisiert. Und da muß ich schon etwas für meine Fraktion sagen: Meine Fraktion hat sich sehr über diese Aussage gewundert und die Sozialistische Partei steht hinter den Prinzipien dieser Steuerreform. (StR. Dr. Busek: Aber nicht hinter der Steuerreform! - Abg. Dr. Goller: Stehen Sie hinter der Steuerreform?) Ich werde auf einige Teile zu sprechen kommen, aber die Sozialistische Partei in diesem Hause verlangt ganz eindeutig und einmütig, daß die Gemeinden, die Länder und insbesondere die Stadt Wien finanziell so ausgestattet werden, daß sie ihre Aufgaben auch voll erfüllen können. (Beifall bei der SPÖ. - StR. Dr. Busek: Was machen wir mit dem Bund? Den lassen wir in Konkurs gehen? - Abg. Hufnagl: Das schaffen wir ohne Dietz sofort!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stadtrat Busek, Sie meinen die Menschen in diesem Lande arbeiten für die Stadt und für den Staat. Das halte ich für eine sehr billige Polemik, die Sie aus der Zeit der Opposition herübergerettet haben, wie Sie so manche Ihrer Eigenschaften herübergerettet haben und noch immer Opposition spielen. Die Bürger dieser Stadt und die Bürger dieses Landes arbeiten nicht für Stadt und Land und für Stadt und Staat, sondern umgekehrt. Diese Stadt und dieser Staat müssen für die Bürger arbeiten. Aber sie können nur dann für die Bürger arbeiten, wenn sie auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung haben. (Abg. Dr. Goller: Weil Sie Verschwendungspolitik machen, Skandale!) Darum ist das eine unakzeptable Haltung für uns, daß Sie auf der einen Seite - ich weiß nicht, warum Sie so nervös sind (Abg. Dr. Goller: Ich bin nicht nervös, an die Tatsachen muß man Sie erinnern!

Ein Skandal jagt den anderen und er sagt, wir sind nervös!) - verlangen, daß Stadt und Land weniger Geld haben und auf der anderen Seite hier den Möglichkeiten dieser Stadt nicht Rechnung tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch Herr Dr. Busek hat immer von der Sparbuchsteuer gesprochen. Ich glaube, wir alle sollten uns endlich einmal daran gewöhnen, eine Sprachregelung zu finden und nicht schon in die Begriffe die ganze Ideologie hineinzustecken. Es wird nicht das Sparbuch besteuert, es werden die Zinserträge versteuert. Herr Kollege Kabas (Abg. Mag. Kabas: Wir haben das schon so lange von der ÖVP gehört, das ist uns schon in Fleisch und Blut übergegangen! - Abg. Dr. Hirnschall: Das sind wir schon so gewöhnt!), Sie haben verlangt: "Hinein in die EG." Ich kann mich noch an Ihren Zwischenruf das letzte Mal erinnern. Sie sind schon dafür, daß wir einen Antrag stellen, aber dann muß man doch auch die Konsequenzen akzeptieren. Schauen Sie sich denn nicht die Nachrichten an und lesen Sie denn nicht die Zeitungen, in wie vielen Ländern es sie gibt und wie hoch dort die Zinsertragssteuer ist? Können Sie sich vorstellen, daß Österreich bei der EG ist und am Binnenmarkt teilnimmt und keine Zinsertragssteuer hat? Können Sie sich das vorstellen? (Abg. Dr. Hirnschall: Ja, weil es etliche EG-Mitglieder gibt, die noch keine Zinsertragssteuer haben! - Abg. Mag. Kabas: Die sind schon bei der EG und haben schon die Vorteile!)

Und finden Sie es gerecht, wenn zum Beispiel Frau Kariotis oder irgend jemand das Geld hat, in einen Betrieb investieren könnte und Arbeitsplatz schaffen könnte und daraus Gewinne macht, wenn er sagt: "Was interessiert mich die Beschäftigung, was interessiert mich die Volkswirtschaft, ich lege das Geld auf die Bank, kassiere dort die Zinsen und zahle dafür keine Steuer." Das finden Sie gerecht? (Abg. Mag. Kabas: Sie wissen doch, daß da ganz andere Probleme dabei sind!) Das finden Sie wirtschaftlich vernünftig? Ich glaube, Sie vertreten auch die Interessen der Unternehmer. (StR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Aber auch die Kleinbetriebe!) Ich glaube, Sie vertreten auch die Interessen der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden. Wenn Sie die vertreten, dann können Sie es doch nicht gerecht finden, daß man, wenn man das Geld auf die Bank legt, keine Steuer für die Erträge, die man dann hat, zahlen muß und wenn man investiert, dann muß man voll Steuer zahlen. (Abg. Mag. Kabas: Da sind Sie ja dagegen!) Also das ist eine eigenartige Empfindung von Gerechtigkeit und eine eigenartige Art und Weise, wie man hier soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft behandelt.

Und warum, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben vor allem in der ÖVP alle, die ein bißchen vernünftiger und längerfristig gedacht haben, ein Herr Taus, den gibt es noch, ein Herr Dietz, den gibt es jetzt nicht mehr (Abg. Dr. Hirnschall: Weil Sie umgefallen sind!), aber auch einige andere, eigentlich einer solchen Besteuerung zugestimmt? Weil Sie ein bißchen vernünftig denken. Ja muß denn unbedingt die niederösterreichische Mafia immer bestehen (StR. Dr. Busek: Herr Kollege Swoboda! An die Präsidentin gewandt: Warum erteilen Sie keinen Ordnungsruf! An Dr. Swoboda: Nehmen Sie diesen Ausdruck zurück!), der Herr Mock und der Herr Lichal, die hier immer nur hart bleiben und immer ihren Rat geben dürfen? (Die ÖVP-Fraktion verläßt daraufhin um 11.51 Uhr den Saal.) Wenn es Ihnen gefällt, nehme ich den Ausdruck zurück. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß diese beiden Herren und einige andere immer wieder diese Politik betreiben. Wenn man nicht argumentieren will, dann hört man nicht einmal mehr zu. Das ist auch eine Art der Konsequenz, die man ziehen möchte.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal kurz festhalten: Die Sozialistische Partei in diesem Haus ist der Meinung, daß diese Steuerreform auch eine gute Reform ist. Aber die Sozialistische Partei in diesem Haus kann sich nicht den billigen Argumenten anschließen, die heute auch von der Freiheitlichen Partei vorgebracht worden sind. Die Sozialistische Partei in diesem Haus wird einstimmig und einmütig all jene unterstützen, den Bürgermeister und den Finanzstadtrat, die dem Bund gegenüber auf die berechtigten Interessen dieser Stadt pochen. Da gehen wir mit, da sind wir einer Meinung und da kann man uns nicht auseinanderdividieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Gertrude Stiehl: Als nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Ferdinand Maier gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Bitte sehr. (Abg. Hufnagl: Ihre Fraktion boykottiert Sie! - Einige ÖVP-Abgeordnete betreten wieder den Saal und nehmen ihre Plätze ein.)

Abg. Dr. Ferdinand Maier: Herr Kollege, lassen Sie das meine Sorge sein. Ich bin ganz sicher, daß

wir in diesem Haus zunächst einmal eines klarstellen müssen: Ich bedauere, daß die Vorsitzende die Ausführungen des Klubobmannes Swoboda nicht in der Form korrigiert hat, wie es sich gehört hätte (Amtsf. StR. Edlinger: Die Erteilung eines Ordnungsrufes ist die freie Entscheidung des Präsidenten!), als er von einer niederösterreichischen Mafia gesprochen hat und dabei ist ein Vorsitzender dieser SPÖ in einen Skandalfall verbandelt, wo die Mafia sehr wohl vorkommt. (Amtsf. StR. Edlinger: Meinen Sie die Bundesländer-Versicherung?) Ich lade auch Sie, Herr Stadtrat Edlinger (Amtsf. StR. Edlinger: Ihre Einladung nehme ich ganz sicher nicht an; ich lasse mich nicht von jedem einladen!), und auch den Finanzstadtrat Mayr ein, heute einmal klarzustellen, was Sie wirklich von der Steuerreform halten. So geht es ja wohl nicht, daß man den Klubobmann hinausschickt, der sich in einer Form differenziert verhält, so daß man den Eindruck hat, daß er in Opposition zur eigenen Partei steht.

Präsident Gertrude Stiehl (unterbrechend): Darf ich einen Augenblick unterbrechen? Ich möchte hier feststellen, daß niemand persönlich beleidigt, diffamiert oder sonst irgendwie angegriffen worden ist. Es war also für mich kein Grund, hier zu unterbrechen. Ich bitte, die Sitzung jetzt fortzusetzen, auch wenn die Vertreter der Fraktion der ÖVP jetzt wieder ihre Plätze einnehmen. Ich bitte, das in Ruhe und Ordnung zu tun. (Abg. Dr. Goller: Das ist eine unglaubliche Vorgangsweise!) Ich bitte Sie, nun mit Ihren Ausführungen fortzufahren.

Abg. Dr. Ferdinand Mayer (fortsetzend): Frau Vorsitzende, ich habe den Eindruck, daß Sie erst mit einer gewissen Zeitverzögerung die Worte finden. Sie hätten diese Worte finden müssen als Herr Klubobmann Swoboda gesprochen hat und nicht jetzt. (LhptmSt. Mayr: Er hat sie auch sofort zurückgezogen, der Präsident hat nicht einmal Gelegenheit gehabt!) Herr Stadtrat, seien Sie mir nicht böse, die Frau Präsidentin hätte, und das ist die Pflicht eines Vorsitzenden, sich auch sofort einschalten können, damit diese Aussage, die Klubobmann Swoboda getroffen hat, einen Ordnungsruf erhalten hätte. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber lassen Sie mich jetzt ein paar inhaltliche Dinge zu dieser Debatte sagen, weil ich es einfach ungeheuerlich finde, wenn Klubobmann Swoboda herausgeht und einfach feststellt, eine Steuerreform müsse in der Form konzipiert sein, daß die Stadt Wien genügend Geld hat. Ich halte es für unverantwortlich, daß Klubobmann Swoboda Worte in diese Richtung sagt, also die eigene Partei kritisiert. Hier lassen Sie mich eine Feststellung treffen: Der Altpräsident Hahn hat immer wieder aufgezeigt, daß die Wohnbauförderungsmittel und die Rücklagen aus diesen Mitteln drei Milliarden Schilling betragen. Das ist ein Bereich, wo Geld vorhanden ist. (Amtsf. StR. Edlinger: Das hat überhaupt nie gestimmt, Sie wissen nicht, wovon Sie reden!) Herr Stadtrat, auch wenn Sie laut schreien, wird dieses Argument dadurch nicht richtiger. (Amtsf. StR. Edlinger: Sie sind ein Ahnungsloser! Zur ÖVP gewandt: Habt's kan bessern?)

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang vielleicht noch eines sagen: Ich lade auch den Herrn Landeshauptmann ein, daß er die Stellungnahme abgibt, was er von der Steuerreform erwartet und ob er nicht den Kurs gehen will, daß die Leute mehr verdienen. Ich bedauere da Ihren Bundeskanzler und auch Finanzminister Lacina, daß sie kritische Aussagen von Ihnen hören (Abg. Oblasser: Das kann doch Ihre Sorge nicht sein?), obwohl - sicher Klubobmann Swoboda hat sich ja widersprochen - die richtige Linie bei der Steuerreform gegangen wurde.

Ich verstehe schon, daß Sie natürlich ägriert sind, weil Sie die Wirtschaftspolitik in dieser Stadt in den letzten Jahren nicht mit der nötigen Effizienz betrieben haben (Lhptm. Dr. Zilk: Das haben die Wähler entschieden!), so daß Sie an einer Demonstration der Elin teilnehmen, den Leuten dort vorgaukeln, daß Sie die Sanierung dort sogar wollen und in Wirklichkeit ist der Zug schon lange abgefahren. (Beifall bei der ÖVP. - LhptmSt. Mayr: Spielen Sie sich nicht so lange, bis wir allein Wirtschaftspolitik machen!) Aber Herr Finanzstadtrat, was haben Sie denn auf unsere Leute Rücksicht zu nehmen? (LhptmSt. Mayr: Wir nehmen auf Ihre Leute Rücksicht, aber nur bis zu einem gewissen Grad!) Regen Sie sich nicht so auf, Sie können ja nachher auch noch reden. (LhptmSt. Mayr: Eine solche Chuzpe lassen wir uns von Ihnen nicht bieten!) Sie haben ja den Blick für die Verstaatlichte verloren, lieber Herr Stadtrat. (Lhptm. Dr. Zilk: Herr Maier, haben Sie Dittrich jetzt gemeint, mit Wirtschaftspolitik? Das verstehe ich sehr wohl, daß Ditt- rich nicht Politik betreibt, wie Herr Busek!) Lieber Herr Landeshauptmann, es ist Ihnen offensichtlich ent-

gangen, daß der Verstaatlichtenminister Streicher heißt und vor einiger Zeit Lacina geheißen hat. Der ist zuständig für die Verstaatlichte Industrie, die gehören Ihrer Partei an, vielleicht darf ich das als Nachhilfeunterricht nachliefern. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Lacina, lieber Herr Landeshauptmann und auch der jetzige zuständige Minister Streicher haben ein Konzept entwickelt, das ist aber lange her. Wir haben vor drei, vier Jahren darauf hingewiesen und Sie gehen jetzt her und versuchen hier aufzuzeigen... (Lhptm. Dr. Zilk: Das ist der Unterschied, wir vertreten unseren Standpunkt!) Schreien Sie nicht so, es wird ja nicht besser, Herr Landeshauptmann. Ich zeige Ihnen nur auf, daß Sie hier... (Lhptm. Dr. Zilk: Sie lachen ja selber über den Unsinn, den Sie sagen!) Nein, ich lache nicht über meine Ausführungen, sondern ich bedauere die Ausführungen des Finanzstadtrates, der hier genauso wie Herr Klubobmann Swoboda hergeht und versucht (Präsident Gertrude Stiehl gibt das Glockenzeichen.), durch Polemik, und das ist nicht mehr als Polemik, die eigenen Regierungskollegen in der Bundesregierung anzugreifen.

Präsident Gertrude Stiehl (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte herzlich, die Sitzung so fortzuführen, daß auch die Zwischenrufe hörbar sind.

Abg. Dr. Ferdinand Maier (forsetzend): Ich verstehe die Aufregung des Finanzstadtrates und auch Ihre Aufregung, weil hier aufgezeigt wird, daß Sie etwas versäumt haben. Sie sind Ihrer Pflicht nicht nachgekommen und konnten nicht rechtzeitig die Maßnahmen setzen, daß es nicht zu dieser Entwicklung gekommen wäre, wie sie jetzt leider Gottes kommen muß. Aber ich lade Sie ein, uns zu sagen, was Sie von der Steuerreform erwarten. Wollen Sie eine Steuerreform, wo der Steuerzahler entlastet wird und eine Möglichkeit hat, mehr zu verdienen als das bisher der Fall war? Ich verstehe Ihre Aufregung. (Lhptm. Dr. Zilk: Wir werden trotzdem mit der Wiener Wirtschaft und Dittrich zusammenarbeiten und das paßt Ihnen nicht! Sie werden Dittrich nicht ausschalten können, da hätten Sie die Wahl gewinnen müssen! Die Rechnung für diese Politik habt Ihr am 8. November bekommen! Die Wiener haben schon verstanden, was Sie für einen Unsinn reden! - Amtsf. StR. Edlinger: So erklären, daß sie es auch verstehen; was kann der Dittrich für solche Tschapperln!) Ihre Genossen auf Bundesebene waren es, die 1983 die Steuerreform proklamiert haben und erst die ÖVP hat es geschafft, diese Steuerreform auch tatsächlich durchzubringen. (Lhptm. Dr. Zilk: Das einzige, was Sie geschafft haben, ist, daß Sie und Ihr Vizebürgermeister die Wahlen verloren haben, und zwar gewaltig, weil die Wienerinnen und Wiener auf Ihren Schmäh nicht eingegangen sind und Ihre Unwahrheiten nicht geglaubt haben!) Das ist das, was Sie aufregt und stört. (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich abschließend noch sagen: Die ÖVP ist in die Bundesregierung gegangen, um zu sanieren. Wir müssen auf Bundesebene sanieren, damit die Länder dann wieder Geld haben. Das werden Sie, bei Ihrer Finanzpolitik und bei Ihren Aussagen für das Land Wien künftighin respektieren müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Gertrude Stiehl: Zur Besprechung der dringlichen Anfrage ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Amtsführende Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik, Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, hat sich zur mündlichen Beantwortung der Anfrage zum Wort gemeldet. Ich bitte ihn, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal zu den Zielsetzungen der Steuerreform Stellung nehmen und dann gleich meine persönliche Meinung dazu sagen, die ich mir gestatte auch dann zu haben, wenn es in der Bundespartei eine andere Meinung gibt. Das trennt mich offensichtlich von meinem Vorredner, der eine solche Haltung nicht verstehen kann.

Die Zielsetzung der Steuerreform, wie sie von Herrn Abg. Hirnschall hier skizziert wurde, nämlich den kleinen Einkommensbezieher zu helfen, auf die Inflationsentwicklung Rücksicht zu nehmen, akzeptiere ich und unterstreiche ich. Ich halte diese Zielsetzung aber für nicht vollständig, denn, meine Damen und Herren, die Tätigkeit der Gebietskörperschaften, und zwar egal ob Bund, Länder oder Gemeinden, hat für die Menschen unseres Landes durchaus eine tiefgreifende und relevante Bedeutung. Sowohl die Investitionen als auch die Sozialmaßnahmen der Gemeinden - und ich möchte hier sagen, an der Spitze

die der Gemeinde Wien - haben einen nicht unerheblichen Einfluß darauf, wie es den Menschen in unserem Lande geht, welche Nettoeinkommen ihnen zur Verfügung stehen, welche Transferleistungen geboten werden. Das kann man nicht so einfach mit einem Handstrich wegwischen.

Ich darf, meine Damen und Herren, daher auch sagen: Ich bin nicht hundertprozentig glücklich mit dieser Steuerreform. Ich muß zur Kenntnis nehmen, daß eine Koalitionsregierung zwischen SPÖ und ÖVP manche Handlungen setzt, die mich als Sozialisten nicht befriedigen, zum Beispiel, Frau Abg. Kariotis, die Frage der steuerlichen Berücksichtigung der Familienverhältnisse. Ich sage Ihnen ganz offen, auch wenn sich unsere Meinungen hier trennen, daß es für mich viel wesentlicher ist, die Familienverhältnisse durch direkte Beihilfen an den Steuerpflichtigen auszugleichen, als durch die Gewährung von steuerlichen Absetzbeträgen und Freibeträgen. Ich darf Ihnen auch sagen warum. Wenn Ihr berühmter Alleinverdiener mit zwei Kindern heute 10.000 Schilling monatlich verdient, und diese Fälle gibt es mehr als genug, dann hilft ihm kein steuerlicher Freibetrag mehr, denn er zahlt sowieso keine Lohnsteuer. Wenn er aber 100.000 Schilling verdient, dann wirkt sich der steuerliche Freibetrag mit 60 Prozent des Freibetrages in Erhöhung seines Nettoeinkommens aus. Das heißt: Der Familienvater mit 10.000 Schilling Einkommen hat überhaupt nichts von steuerlichen Absetzbeträgen, der Familienvater mit 100.000 Schilling Einkommen hat von einem steuerlichen Freibetrag von 10.000 Schilling - um nur ein Beispiel zu sagen, damit wir leichter rechnen - einen Nettoertrag von 6.200 Schilling. Und ob Sie es mir glauben oder nicht, ich bin nicht der Meinung, daß das eine gerechte Familienpolitik des Staates ist. Ich bin der Meinung, daß man denjenigen mit 10.000 Schilling wesentlich höher berücksichtigen sollte und müßte. Das kann man aber nur durch ein System von direkten Beihilfen und nicht durch ein System von Steuerabsetzbeträgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, wir nehmen zur Kenntnis, daß die österreichische Bevölkerung eine politische Situation herbeigeführt hat, in der es ganz einfach eine Koalition mit der Österreichischen Volkspartei geben muß. Das ist von vornherein weder etwas Böses noch etwas Gutes, das ist ganz einfach eine Regierungsform, in die auch die Meinung der anderen Regierungspartei fließt. Und diese andere Regierungspartei ist halt ganz einfach der Meinung, um bei meinem Beispiel zu bleiben, daß der Familienvater mit 100.000 Schilling Einkommen das Recht hat, mehr für ein Kind auszugeben, sein Kind besser zu versorgen, als der Familienvater mit dem kleinen Einkommen. Und irgendwo gibt es in so einer Regierung dann eben einen Kompromiß. (Abg. Dr. Hirnschall: In dieser Frage sind Sie umgefallen!) Aber glücklich, meine Damen und Herren, bin ich nicht.

Zweite Frage: Besteuerung von Kapitalerträgen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nehmen wir einmal die gegebene Rechtslage zur Kenntnis. Das Einkommensteuergesetz bestimmt, daß jedes Einkommen in Geld oder Geldeswert der Einkommensteuer unterliegt. Nun kann ich mir den kühnsten Argumentierer nicht vorstellen, der sagt, daß die Zinserträge eines bestimmten Vermögens, das auf einer Bank veranlagt ist, kein Einkommen wären. (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Real oder nominell?) Herr Landtagsabgeordneter Steuerberater Dr. Wöber, wie bei jedem anderen Einkommen nominell, bei jedem anderen Einkommen nominell! Ich nehme nicht an, daß Sie dafür argumentieren, daß Leute, die arbeitsloses Einkommen beziehen anders oder besser behandelt werden als Leute, die ihr Einkommen durch Arbeit erwirtschaften. (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Es gibt auch Einkommen aus Substanz!) Ich würde mich an Ihrer Stelle jetzt nicht noch tiefer hineinverstricken, denn wir alle wissen, daß es auch bei Bilanzen von Einkommen aus Arbeitserträgen durchaus Nominaleinkommen gibt, die substanzverzehrend sind. Das ist ja eine Frage, die offenbar Ihr Hauptredner, Herr Dr. Busek, nicht verstanden hat, nämlich die Zehntelabschreibung bei den Häusern. (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Jetzt haben Sie sich schwer getan!) Na überhaupt nicht, ich bleibe durchaus dabei. Ich stelle nur fest, daß die gesamte steuerliche Regelung, egal auf welchem Gebiet, von den Nominalgeldbeträgen ausgeht und in keinem Fall von Realbeträgen. (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Ganz so ist das nicht!) Das ist ganz so, Herr Landtagsabgeordneter.

Aber, meine Damen und Herren, was Sie hier tun - die gesamte rechte Hälfte ist es glücklicherweise nicht, der gesamte rechte Teil dieses Wiener Landtages, dieses Drittel (Abg. Hufnagl: Ein schwaches Drittel!) -, ist ja etwas ganz anderes. Es sind zwei Dinge, die Sie unter einen Hut bringen müssen.

Erstens. Vertreten Sie jene Leute, die Einkommen haben und dieses Einkommen den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen über die Besteuerung entziehen. Das ist die eine Sache.

Dann tun Sie aber noch etwas. (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Das ist eine Unterstellung!) Das ist gar keine Unterstellung. Sie haben es ja verteidigt. Sie tun aber noch etwas, und das möchte ich jetzt auch mit aller Deutlichkeit sagen und Ihnen ins Stammbuch schreiben: Sie benehmen sich generell unterschiedlich, ob Sie in der Regierung oder in der Opposition sitzen. (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Sie unterstellen etwas!) Ich habe nichts unterstellt. (StR. Dr. Busek: Das war wirklich eine ungeheure Unterstellung!) Ich habe überhaupt nichts (StR. Dr. Busek: Sie haben es nicht notwendig solche Unterstellungen zu treffen!) unterstellt. Sie haben sich in einem Zeitraum, in dem Sie in der Bundespolitik in Opposition gewesen sind, gegen die Besteuerung der Zinserträge ausgesprochen. Sie haben sie jetzt als Regierungspartei akzeptiert und die FPÖ hat es umgekehrt gemacht, meine Damen und Herren. Das ist ganz einfach auf den Punkt gebracht (StR. Dr. Busek: Sie wissen ganz genau, daß das alle Regierungen so machen!) die politische Tatsache. Ich schäme mich dafür, wenn man sich anders benimmt, wenn man in Opposition ist oder wenn man in der Regierung ist (Beifall bei der SPÖ.), wenn man nicht genügend Mut hat, meine Damen und Herren, sich zu objektiven Sachen genauso zu verhalten, ob man jetzt in der Regierung oder in Opposition ist. In beiden Fällen haben die Abgeordneten des Parlaments, aber auch der Landtage ja eine beschworene Pflicht zu übernehmen und keinesfalls nur die Parteiinteressen zu vertreten, was in diesen beiden Fällen sichtlich geschehen ist. Ich bin stolz darauf, meine Damen und Herren, daß wir Sozialisten hier immer, wenn auch nicht immer durchsetzbar, aber vom Grund her, die einheitliche und klare Linie vertreten haben. (Abg. Dr. Hirnschall: Zwischen 1966 und 1970 war es schon ein bißchen anders! - Amtsf. StR. Edlinger: Das war eine extrem schlechte These, diese vier Jahre, Herr Klubobmann!)

Ich möchte ganz gerne auch auf die Frage der Tarifregelung von 1967 zurückkommen, meine Damen und Herren. Ich habe den Koren'schen Paukenschlag keinesfalls als eine Fehlleistung bezeichnet. Ich habe die Tarifregelung des Jahres 1967 des Finanzministers Schmitz als eine Fehlleistung bezeichnet, denn sie hat die eigentliche und ursprüngliche Aufgabe, die Steuern halt ganz einfach haben, nämlich die Aufgaben des Staats zu finanzieren, außer acht gelassen und innerhalb von kurzer Zeit dazu geführt, daß das Gegenteil herbeigeführt werden mußte. Und wenn Sie sagen, daß dieser Koren'sche Paukenschlag nie mehr korrigiert worden ist, dann möchte ich jetzt gar nicht auf die Kraftfahrzeugsondersteuer verweisen, die abgeschafft wurde, sondern Ihnen folgendes (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Daß erhöhte Mehrwertsteuer eingeführt würde!) sagen: Es ist völlig richtig, daß durch diesen Paukenschlag vor allem der Bund in eine günstige finanzielle Situation gekommen ist. Ich stehe dazu, meine Damen und Herren, und wir als Sozialisten stehen dazu, daß diese günstige finanzielle Situation des Bundes von den Regierungen Kreiskys dazu verwendet worden ist, um zwei Dinge mit allem Nachdruck zu machen: Eine soziale Umverteilung in Österreich im großen Stil einzuleiten, die Armut in diesem Lande zu bekämpfen und zweitens (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Seitdem haben wir eine "Neue Armut"! - halten Sie sich zurück - mit großem Nachdruck (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Sie brauchen mir nicht zu sagen, daß ich mich zurückzuhalten habe!) - na ich werde Ihnen gleich sagen warum (Zwischenrufe bei der ÖVP.), es kommt sofort - eine Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, die dazu geführt hat, daß Österreich in Europa noch immer zu jenen Ländern gehört - also eine Fernfolge dieser Politik -, die die geringste Arbeitslosenrate haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe den Rat, Herr Kollege, eigentlich für Sie gut gemeint (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Den habe ich nicht gebraucht!), denn der Zwischenruf - ob Sie ihn brauchen oder nicht ist eine zweite Frage - zeigt ja, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Zeitraum gesetzt worden sind... (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Die die Verstaatlichte Industrie ruiniert haben!) Es ist wirklich... (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es ist wirklich (Abg. Neumann: Daß Sie sich so lustig machen können, Herr Finanzreferent! - Amtsf. StR. Edlinger: Ich bin sicher, daß er es nicht versteht!) erfreulich, wenn auf derartigem Niveau diskutiert wird, wenn man die... (Abg. Neumann: Das haben Sie vorgegeben!), wenn man die... (Amtsf. StR. Hatzl: Haben Sie sich schon einmal Ihre Zwischenrufe angehört?) Es ist wirklich erfreulich, wenn Zwischenrufe dieser Art gemacht werden, weil sie es dem Redner ja sehr viel leichter machen, meine Damen und Her-

ren. Man soll sich doch einmal die Mühe nehmen und von der Bethlehem Steel Corporation über Krupp bis zur VÖEST die Entwicklung der Stahlindustrie in den letzten fünfzehn Jahren miteinander zu vergleichen. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Aber keine Intertrading!) Ich fürchte, daß Sie Ihre Lektüre auf die österreichischen Zeitungen beschränken und da nur auf einen Teil der österreichischen Zeitungen, sonst würden Sie wissen, daß im Augenblick zum Beispiel in Großbritannien sechs Kaufleute wegen Waffenexportlieferungen angeklagt sind. (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Das rechtfertigt nicht die Fehler bei uns! Ich glaube, das sehen Sie ein!)

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Versuch einer sachlichen Diskussion an dieser Haltung scheitern muß. Ich bedauere das außerordentlich, aber ich kann es ja nur zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, daß hier eine Vorgangsweise gemacht wird, die man in anderen Ländern, zum Beispiel in Schweden, aber auch in Großbritannien und Frankreich, erst von uns importieren muß, daß man nämlich Interessen des Gesamtstaates hinter solchen polemischen Interessen zurückstellt. Ich fürchte, daß dieser Export jetzt relativ rasch über die Bühne gehen wird. Aber wenn Sie in den letzten Jahren schon nichts erfunden haben, diese Erfindung sei Ihnen neidlos überlassen. Aber ich würde trotzdem gerne einmal den Versuch machen, die Grundstoffindustrie, egal ob privat oder verstaatlicht, weltweit zu vergleichen und dann festzustellen, ob das wirklich das Ergebnis einer politischen Haltung der Österreichischen Bundesregierung vor allem unter Bundeskanzler Kreisky war, oder ob es vielleicht andere Ursachen gegeben hat, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Es wäre sehr interessant, hier doch einmal den Versuch zu machen, sachlich zu diskutieren. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Die Frage der Subventionen in den siebziger Jahren!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Abg. Hirnschall hat hier - und ich möchte Herrn Dr. Busek da in Schutz nehmen - einen Vorwurf gegen Dr. Busek erhoben. Er hat gemeint, Dr. Busek hätte gesagt, die Länder sollten auf das eigene Säckel schauen und sich weniger um die Steuerreform kümmern. Das stimmt nicht ganz, Herr Abgeordneter. (Abg. Dr. Hirnschall: Sie sollen nicht auf den eigenen Säckel schauen!) Er hat es ganz spezifisch auf Wien gesagt. Er hat ganz spezifisch gesagt, daß Wien ohnedies viel zu viel Geld hat und es daher durchaus vertragen kann, hier zur Kasse gebeten zu werden. (Abg. Dr. Hirnschall: Auch die Länder! Das hat mich gewundert!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Hirnschall: Auf diē Art wird er sicher nicht mehr Parteiobmann! - StR. Dr. Busek: Ihre Sorgen möchte ich haben! - Abg. Dr. Hirnschall: Die Sorgen haben wir! - StR. Dr. Busek: Sie haben große Erfahrung!) Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Hirnschall: Sie haben das nie geglaubt! - StR. Dr. Busek: Was ich geglaubt habe, überlassen Sie mir!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten doch auch hier ein wenig den Versuch machen zu objektivieren. Im Jahre 1986 hat das Land Wien sicher mehr Steueranteile bekommen als das Land Burgenland. Aber ich glaube, es gibt auch einen kleinen Unterschied in der Bevölkerungszahl. Wenn man es auf den Kopf der Bevölkerung umrechnet, dann ergibt sich folgendes Bild: Wien hat im Jahre 1986 pro Kopf der Bevölkerung als Bundesland 7.307 Schilling Steuereinnahmen gehabt, Vorarlberg 7.483 Schilling, Tirol 7.328 Schilling, Salzburg 7.522 Schilling. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe keinen Vertreter eines dieser Bundesländer gehört, der gesagt hätte, sein Land habe ohnedies zuviel. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß keines dieser von mir erwähnten Bundesländer auch nur einen Personenkilometer öffentlichen Verkehrs zu bezahlen hat, daß aber Wien mehr als vier Milliarden Schilling an Abgang der Verkehrsbetriebe zu berappen hat. Wenn sich ein Stadtrat der Stadt Wien herstellt und in einer solchen Situation davon redet, daß dieses Bundesland zuviel an Geldmitteln bekommt (Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Sie verschleudern ja das Geld!), dann stellt er entgegen seiner Verpflichtung, die er bei seiner Angelobung übernommen hat, die Interessen dieses Landes gröblich in Frage! (Abg. Neumann: Parteitag ist erst im Mai!) Das ist keine parteipolitische Frage, Herr Landtagsabgeordneter, das ist überhaupt keine parteipolitische Frage. Das ist eine Frage, ob man sich ausrechnet, bessere politische Voraussetzungen vorzufinden, wenn man die wirtschaftliche Basis des eigenen Landes bewußt zerstört. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Obmann zu werden oder nicht!) Das ist die Frage, die hier gestellt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Goller: Sieben Punkte, Herr Vizebürgermeister!) Sind Sie nervös? Ich habe Zeit. (Abg. Dr. Goller: Ich bin gar nicht nervös!) Ich habe Zeit, meine Damen und Herren, und ich habe auch die Möglichkeit, Ihnen in jedem einzelnen Punkt und in jedem einzelnen Detail zu beweisen, daß die polemischen Vorwürfe, die Sie gemacht haben, nicht den Tatsachen entsprechen, daß sie ganz einfach Ihrem Bedürfnis nach Populismus entspringen, der Tatsache, daß die ÖVP im Augenblick weder im Bund - ich sage das auch sehr deutlich - noch in Wien als staatstragende Partei zu werten ist, sondern als eine Partei, die nichts anderes versucht, als durch populistische Forderungen politische Vorteile zu erringen. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Ihnen ist die Kontrolle unangenehm!) Mir ist das überhaupt nicht unangenehm, Herr Abgeordneter. Sie irren sich in meiner Einschätzung. Mir ist das in keiner Weise unangenehm. Ich halte nämlich von den Wienern und von den Österreichern viel mehr als Sie. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Das können Sie nicht beurteilen!) Ich kann das sehr wohl beurteilen. Ich halte nämlich die Wiener und die Österreicher für durchaus in der Lage, die Unterscheidung zu treffen, wer den Menschen aufrichtig und offen sagt, um was es in diesem Lande geht und wer versucht, ihnen etwas vorzugaukeln. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Siehe Elin-Floridsdorf!)

Auf die Haltung Ihres steirischen Landeshauptmannes zurück. (Abg. Dr. Goller: Was? Er verwechselt alles!) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe... (Abg. Dr. Goller: Den Krainer?) Jetzt haben Sie den Krainer auch schon ausgeschlossen. Nicht nur den (Abg. Dr. Goller: Nur Verwechslungen!) Dietz haben Sie hinausgeworfen, den Krainer auch schon. Also Neuigkeiten gibt es. Das muß in der letzten Stunde passiert sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen dazu nicht nur von einer Mittwoch-Besprechung mit der Bundesregierung berichten, ich darf Ihnen auch von einer Besprechung am Dienstag berichten. An diesem Dienstag hat die Bundesregierung zu einem Gespräch eingeladen, bei dem die neun Länder vertreten waren, um ein Straßensonderbauprogramm zu besprechen. Dieses Straßensonderbauprogramm hat insgesamt Straßenbauvorhaben von 27 Milliarden Schilling enthalten. Die Bundesländer Niederösterreich und Wien vertraten den Standpunkt, daß diesem Programm nicht zugestimmt werden kann, weil es eine äußerst unterschiedliche Bewertung zwischen dem Osten und dem Westen Österreichs gab. Wien hat drei Vorhaben, die Weiterführung der A 23, die B 302 und den Umbau des Gaudenzdorfer Knotens, mit Gesamtkosten von über drei Milliarden Schilling, eingebracht gehabt. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Wo ist der City-Tunnel?) In allen drei Straßenabschnitten haben wir eine Belastung von 70.000 und mehr PKW pro Tag. Diesen drei Straßenbauvorhaben sind Vorschläge der anderen Bundesländer gegenübergestellt, Untertunnelungen und Umfahrungen von Gemeinden - verzeihen Sie mir, daß ich sie hier nicht öffentlich nenne, aber lassen Sie mich die Belastungen sagen -, wo der Schnitt 1.000 Autos pro Stunde beträgt und bis höchsten 20.000 hinaufgeht. Der Schwerpunkt lag bei 6.000 und 7.000, was einem Abstand zwischen den einzelnen PKW von 500 bis 600 Metern auf der Straße entspricht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann den politischen Mut zu haben, zu sagen, daß sich dieses Bundesland vom Bund zuviel geholt hat, ist etwas zuviel des Guten.

Meine Damen und Herren, wir haben Probleme mit dem Straßenausbau des Bundes in den östlichen Bundesländern, weil wir an den forcierten Straßenbauvorhaben der Nord-Süd-Durchquerung Österreichs in den westlichen Bundesländern heute noch zu zahlen haben. Meine Damen und Herren, in allen österreichischen Bundesländern mit Ausnahme von acht österreichischen Städten trägt der Bund die Gesamtkosten des Nahverkehrs. Wenn er in Wien 50 Prozent der Investitionskosten draufzahlt, aber die Wiener Bürger die Betriebskosten zur Gänze allein zu bezahlen haben und sich dann ein ehemaliger Vizebürgermeister dieser Stadt und jetziger Stadtrat herstellt und sagt: "Dieser Stadt geschieht recht, sie hat ohnedies zuviel Geld", dann, meine Damen und Herren, kann man das nicht vorbeigehen lassen, dann muß man den Wienerinnen und Wienern deutlich machen, daß hier wirtschaftlicher Hochverrat an der Stadt betrieben wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben ab Mittwoch Gespräche mit der österreichischen Bundesregierung geführt, wieder alle Länder, auch Gemeinde- und Städtebund waren vertreten. Zur Diskussion gestanden sind die Steuerreform, die Wohnbauförderung und die Aufteilung aus dem künftigen Finanzausgleich.

Bei der Steuerreform hat der Finanzminister den Ländervertretern zum ersten Mal Zahlen über das geschätzte Steueraufkommen des Jahres 1989 nach Durchführung einer Steuerreform gegeben. Diese Zahlen konnten, wie das sonst üblich ist, von den Ländervertretern selbstverständlich nicht geprüft werden, weil kein Finanzreferent oder Beamter in der Lage ist, ein Papier zu überprüfen, das die ganzen gemeinschaftlichen Bundesabgaben enthält, also eine Größenordnung von 260 Milliarden Schilling, oder es während einer Verhandlungsrunde zumindest auf die Plausibilität zu überprüfen. Wir haben daher... (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Mißtrauen Sie Ihrem Finanzminister?) Bitte schön, ich stelle leider fest, daß Sie ein selektives Gehör haben, denn ich habe ausdrücklich gesagt, wie das sonst üblich ist. Die Bundesländer nehmen zunächst einmal eine zahlenmäßige Prüfung vor. Es ist ja nicht so, meine Damen und Herren, daß es sich hier um das kleine Einmaleins handelt, sondern wir haben ja in einer sehr komplexen Materie verschiedene Wirkungen abzuschätzen, gegenüberzustellen und auch das Verhalten der Steuerpflichtigen, die natürlich mit Fug und Recht ein Steuervermeidungsverhalten an den Tag legen, miteinzurechnen. Da sind ja wesentliche Schätzbeträge enthalten. Wir vertrauen dem Finanzminister schon, daß er selbst nach bestem Wissen und Gewissen schätzt, wir wollen aber ganz gerne auch - und würden wir das nicht tun, würden Sie es mir sicher vorwerfen - unsere eigenen Experten zu einer Überprüfung und Gegenschätzung veranlassen und dann die Verhandlungen anhand von beiden Teilen geprüften Zahlen führen. In dieser Frage ist also entschieden worden, daß dieses Papier den Experten zugeleitet wird, die die Schätzungen überprüfen und von beiden Seiten anerkannte Schätzzahlen den weiteren Gesprächen zugrundelegen.

Wie Sie den heutigen Tageszeitungen entnehmen werden, ist es aber bei der Ausformulierung der Steuerreform zu neuerlichen, wie die Zeitungen verschämt schreiben, Formulierungsproblemen gekommen. Tatsächlich steckt dahinter, daß die ÖVP-Fraktion verlangt, daß die Leistungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz, also für jene Menschen, die vorzeitig arbeitslos geworden sind, besteuert werden sollen. In Wirklichkeit ist es eine neuerliche inhaltliche Diskussion, ob die ÖVP ihre Vorstellungen einer Besteuerung von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung durchsetzen kann oder nicht. Man mag das mit Ihren Beteuerungen über soziales Verhalten in Einklang bringen. Das überlasse ich gerne Ihnen. Wir werden die Schätzungen erst durchführen können, wenn wir auch das ausformulierte Gesetz haben. Ich habe jetzt ein wenig gebremst, weil ich noch nicht genau weiß, wird es eine Novelle oder ein völlig neues Gesetz.

Zweitens haben wir in diesem Zusammenhang die Frage der Grundsteuer besprochen. Ich habe einige Male Gelegenheit gehabt, hier darüber zu referieren. 1973 war die letzte Neufeststellung. Ich muß feststellen, daß es die Vertreter des Gemeindebundes, also einer reinen ÖVP-Organisation, abgelehnt haben, daß von den Bürgermeistern politische Verantwortung für die Grundsteuer übernommen wird. Ich habe mich, ich zitiere mich jetzt wörtlich, weil das sehr leicht ist, bei diesen Verhandlungen dann zu dem Zwischenruf hinreißen lassen: "Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß!" Glauben Sie mir, ich meine das ganz ehrlich. Ein Bürgermeister, der nicht bereit ist, auch für die Einnahmenseite seiner Gemeinde den Kopf hinzuhalten, sondern der erwartet, daß ihm Bund oder Land seinen Säckel füllen, ist in meinen Augen kein vollwertiger Bürgermeister. Dazu gehört beides, wenn man politisch tätig sein will. Das Recht in Anspruch zu nehmen, die Steuermittel der Gemeinde ordnungsgemäß zu verwenden, aber auch die Pflicht zu haben, für deren Aufkommen einzutreten. Wer nicht bereit ist, diese Pflicht zu erfüllen, erfüllt seine Funktion nur zur Hälfte.

Dritter Punkt, meine Damen und Herren: Wohnbauförderung. Gestatten Sie mir da auch eine völlig ungeschminkte und klare Darstellung. Ich habe vom Herrn Finanzminister verlangt, daß die Wohnbauförderung aus plötzlichen Schwankungen ihrer Bemessungsbasis herausgenommen wird. Ich darf in Erinnerung bringen, daß etwas weniger als 10 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer zweckgebunden für die Wohnbauförderung sind. Steuerliche Maßnahmen auf dem Sektor der Lohn- und Einkommensteuer müssen daher zu deutlichen Schwankungen der Wohnbauförderungsbeträge führen, was bei einer Veranlagungsart sicher nicht zweckmäßig ist, wenn ich das wirtschaftlich sagen darf, die auf 20 Jahre oder länger geht. Wir haben daher verlangt, daß auf der Basis 1987 minus 10 Prozent ist gleich 100 eine Wert-

sicherung dadurch eintritt, daß dieser Betrag in derselben prozentuellen Entwicklung gesichert wird, in der sich die Summe der gemeinschaftlichen Bundesabgaben entwickelt. Das ist eine wesentlich größere Basis und man kann annehmen, daß bei Veränderungen der Lohn- und Einkommensteuer, also zum Beispiel bei einer Senkung, damit mehr Kaufkraft, auch die Umsatzsteuer steigt, also eine Stabilisierung der Erträge. Der Finanzminister war bereit, einer solchen Lösung zuzustimmen. Die Vertreter der steirischen Landesregierung haben gemeint, man müßte sich überlegen, ob man nicht die alleinigen Bundesabgaben und die gemeinschaftlichen Bundesabgaben als eine Basis nimmt und da vielleicht noch um einige Promillesätze besser fährt, was eine Diskussion ausgelöst hat und damit letzten Endes die Entscheidung in dieser Frage verhindert hat. Es war an sich entscheidungsreif.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß wir hier sehr wohl und mit großem Nachdruck, mit großer Sachkenntnis an die Dinge herangegangen sind. Und jetzt, meine Damen und Herren, bevor ich zur formellen Beantwortung komme, noch eine persönliche Stellungnahme. Einer der Punkte in der dringlichen Anfrage glaubt zu wissen, daß ich verspätet protestiert habe. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte, daß ich meine Funktion als eine politische Funktion innerhalb der Sozialistischen Partei im allgemeinen sehe und mir in dieser Funktion das Recht nehme, zu jeder politischen Frage Stellung zu nehmen, in erster Linie innerhalb meiner Partei und wenn es in dieser Partei meiner Meinung nach nicht genügend Gehör findet, dann auch außerhalb der Partei.

Zweitens habe ich in meiner Funktion als Finanzreferent der Stadt und in der politischen Funktion im allgemeinen den politischen Beschluß meiner Fraktion, meiner Partei herbeigeführt - ich gebe zu, nach internen Vorarbeiten, und weil sie nicht ausreichend beachtet worden sind, nach öffentlichem Protest -, daß Mindereinnahmen aus der Steuerreform in dem Ausmaß auf die Gebietskörperschaften aufgeteilt werden sollen, in dem ihre bisherigen Einnahmen verteilt worden sind. Das gestehe ich gerne zu, dazu bekenne ich mich auch, daß Länder und Gemeinden an den Ausfällen einer Steuerreform mitzutragen haben. Aber bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Ich bin jetzt nicht bereit und werde in Zukunft nicht bereit sein, eine interne Parteidiskussion öffentlich zu führen, solange ich innerhalb meiner Fraktion und Partei Chancen sehe, den Standpunkt Wiens und den persönlichen und gerechten Standpunkt erfolgreich zu vertreten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie nicht über Gebühr aufhalten. Ich komme zur Beantwortung der dringlichen Anfrage.

Zu Punkt 1. Grundsätzlich ist im Rahmen der Steuerreform mit Einnahmenausfällen in den Bereichen Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer zu rechnen, wobei die Länder und Gemeinden unmittelbar durch die Tarifsenkung der Lohn- und Einkommensteuer und durch die Reduzierung des Steuermeßbetrages der Gewerbesteuer betroffen sein werden, da die Körperschaftssteuer eine ausschließliche Bundesabgabe darstellt. Die Tarifsenkung, die für alle Einkommensstufen Geltung haben wird, hätte, ohne zumindest teilweisen Ausgleich durch die radikalen Streichungen und Begünstigungskriterien, Ausfälle zwischen 45 und 46 Milliarden Schilling zufolge. Durch die erwähnte Kürzung von steuerlichen Begünstigungen wird die Höhe der zu erwartenden Einnahmenausfälle aus der Reform der Lohn- und Einkommensteuer auf rund 15 bis 16 Milliarden Schilling verringert. Die Absenkung des Steuermeßbetrages bei der Gewerbesteuer von 5 auf 4,5 Prozent, die Anhebung des Freibetrages für Einzelunternehmungen um 100 Prozent sowie die Möglichkeit, die Vermögenssteuer und das Erbschaftssteueräquivalent bei körperschaftspflichtigen Unternehmungen als Sonderausgaben gewinnmindernd geltend zu machen, werden zu Einnahmenausfällen bei der Gewerbesteuer von rund 500 bis 600 Millionen Schilling führen, wovon zirka 57 Prozent auf die Gemeindegewerbesteuer entfallen. Unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Schließung der Finanzierungslücke würde sich für Wien der Einnahmenausfall aus der Steuerreform aufgrund des derzeitigen Wissensstandes auf zirka 1,1 bis 1,3 Milliarden Schilling pro Jahr belaufen.

Zu Punkt 2. Da der vom Bund für Wohnbauförderung zur Verfügung gestellte Zweckzuschuß hinsichtlich seiner Höhe auch mit dem Aufkommen der Ertragssteuer gekoppelt ist, ergäbe sich hier, ohne Berücksichtigung der noch ausstehenden Regelung der Zinsertragssteuer, ein Minus von 1,2 Milliarden Schilling für alle Bundesländer. Ich darf hier auf die Ausführungen zuerst verweisen.

Zu Punkt 3. Nachdem eine für 2. März 1988 anberaumte Verhandlungsrunde wegen fehlender Übereinstimmung zwischen den Koalitionspartnern abgesagt wurde, hat der Finanzminister zu Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden für den 23. März eingeladen gehabt. Konkretes Zahlenmaterial wurde vom Bund bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorgelegt. Eine Information der Wiener Landesregierung über das, was in den Medien zu hören war, hinaus, war daher bis dorthin nicht möglich.

Zu Punkt 4. Ein Protest konnte nicht verspätet gewesen sein, weil er bereits vor Verhandlungsbeginn, als Medienmeldungen darauf schließen ließen, daß eine länder- und gemeindenbenachteiligende Verteilung der Einnahmehausfälle drohen könnte, erhoben wurde.

Zu Punkt 5. Anlässlich der Verhandlungen am 23. März wurde vom Bundesminister für Finanzen klargestellt, daß eine beteiligungsadäquate Belastung der Gebietskörperschaften mit den Einnahmehausfällen angestrebt werden wird. Eine Beamtenrunde soll, wenn die Entwürfe für die einzelnen zu ändernden Abgabenvorschriften vorhanden sind, die hierfür erforderlichen Berechnungen anstellen und zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften abstimmen. Auf dieser Grundlage sollen dann die Verhandlungen mit dem genannten Ziel geführt werden. Wien wird in diesem Zusammenhang sowohl auf Länder- als auch auf Gemeindeebene seine Interessen zu vertreten verstehen.

Zu Punkt 6. Aufgrund der vom Finanzminister mit den Ländern und Gemeinden am 23. März vereinbarten Verhandlungsziele sind derartige Befürchtungen über eine Benachteiligung der Länder und Gemeinden aus der derzeitigen Sicht nicht angebracht.

Zu Punkt 7. Hinsichtlich der Auswirkung auf die Stadterneuerung wurde auf politischer Ebene Einvernehmen darüber hergestellt, daß die vorgesehene Streichung der vorzeitigen Abschreibung auch im Bereich der Stadterneuerung und des Denkmalschutzes durch andere Begünstigungsmaßnahmen aufgefangen ist. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der bisherigen Begünstigungen sollen ihrem Wesen nach de facto aufrecht bleiben.

Erlauben Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Beantwortung noch mit zwei Sätzen zu kommentieren. Wir haben akzeptiert, daß es infolge der Streichung von Ausnahmsbestimmungen für alle Absetzbeträge nicht systemimmanent wäre, einen solchen Freibetrag auf dem Wohnungs- und Denkmalschutzsektor aufrechtzuerhalten. Der Bund hat uns dafür angeboten, einen 20prozentigen Investitionsfreibetrag einzuführen, was wirtschaftlich zum selben Ergebnis führt. Ich hoffe, Sie werden mit mir übereinstimmen, daß es wie in allen übrigen Punkten der Verhandlungen nicht darauf ankommt, formale Standpunkte zu vertreten, sondern daß es wesentlich und entscheidend war, daß der wirtschaftliche Effekt, den wir gewünscht haben, herbeigeführt wurde. Das haben wir, das hat die Stadt Wien, das haben aber auch die Vertreter der anderen Bundesländer und Gemeinden mit allem Nachdruck getan. Ich bitte daher, die Beantwortung zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan: Danke. Mit dieser Beantwortung ist die Anfrage erledigt.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, daß die von den Abgen. Dr. Ferdinand Maier und Mag. Dipl.-Ing. Roderich Regler eingebrachte, an den Landeshauptmann gerichtete Anfrage, betreffend die skandalösen Vorkommnisse, die in letzter Zeit im Bereich des Landes Wien zutage getreten sind beziehungsweise die Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten, um derartiges in Zukunft auszuschließen, vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde. Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Anfrage zu erfolgen. Ich bitte daher den Schriftführer um Verlesung dieser Anfrage.

Schriftführer Abg. Nettig: "Dringliche Anfrage der ÖVP-Abgeordneten Dr. Ferdinand Maier und Mag. Dipl.-Ing. Roderich Regler an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die skandalösen Vorkommnisse, die in letzter Zeit im Bereich des Landes Wien zutage getreten sind beziehungsweise die Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten, um derartiges in Zukunft auszuschließen.

In den letzten Wochen und Monaten kam es in Wien zu einer Anhäufung von Skandalen, die ihresgleichen sucht. Eine dubiose Affäre nach der anderen kommt an die Oberfläche.

Als Beispiele dafür seien herausgegriffen:

Stadion: Der jüngste Kontrollamtsbericht hat bestätigt, was die Wiener Volkspartei bereits vor vie-

len Monaten befürchtet und wovor sie auch immer eindringlich gewarnt hat: Bei der Generalsanierung des Wiener Stadions kam es zu einer Kostenexplosion von 372 auf 588 Millionen Schilling, deren Ursachen noch immer nicht vollständig geklärt sind. Nachträgliche Umplanungen, Schlampereien, Doppelverrechnungen et cetera werden vom Kontrollamt aufgezeigt.

Wie man erfährt, soll beim Bau des Horr-Stadions, das auch mit Millionenbeträgen von Wien subventioniert wurde, eine ganze Reihe von ähnlichen schwerwiegenden Fehlern passiert sein.

AKH: In die unendliche AKH-Skandalgeschichte reihte sich in jüngster Zeit ein neuerlicher typischer Fall ein: Bei der erstmaligen Inbetriebnahme des 150 Millionen teuren Notstromaggregates wurde festgestellt, daß es sich dabei um de facto wertlosen Schrott handelt. Die Gewährleistungsfrist ist allerdings längst abgelaufen. Es ist nun zu befürchten, daß sich auch unter den anderen, teilweise bereits vor Jahren eingekauften Ausstattungsteilen noch so manche weitere "Leiche im Keller" befindet.

Braun-BFI: Es ist nach wie vor nicht geklärt, ob beziehungsweise wieviel Subventionen aus Bundes- oder Landesmitteln an das BFI von dessen Spitzenfunktionären widmungswidrig und mißbräuchlich verwendet wurden.

Teletheater: Auch der Geschäftsführer dieser Gesellschaft, an der der Bund, aber auch Wien beteiligt ist, sitzt wegen schwerwiegender Vorwürfe in Untersuchungshaft. Die von der Volkspartei schon vor längerer Zeit beantragte Gesamtüberprüfung durch das Kontrollamt wurde durch die Mehrheit des Wiener Gemeinderates jedoch mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Auch hier ist ein allfälliger Schaden für das Land Wien oder den Bund nicht geklärt.

Raimundtheater: Nach wie vor ist nicht geklärt, wer den enormen Schuldenberg, der mittlerweile rund 200 Millionen Schilling beträgt, und der täglich weiterwächst, abtragen soll.

All diese Vorfälle waren nicht zuletzt deshalb möglich, weil die Möglichkeiten der politischen Kontrolle in Wien sehr stark eingeschränkt sind. Immer wieder werden Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen beziehungsweise auf Einschaltung des Kontrollamtes von der Mehrheit niedergestimmt, das heißt, daß die Mehrheit bestimmt, welche Bereiche in Wien kontrolliert werden dürfen. Darüber hinaus wurde auch noch die letzte halbwegs effiziente Möglichkeit, die gemeindeeigenen Betriebe zu kontrollieren, nämlich die Beteiligungskommission, ersatzlos abgeschafft.

Angesichts dieser Anhäufung der Skandale in den letzten Wochen und der Dringlichkeit entsprechender Maßnahmen stellen die gefertigten ÖVP-Abgeordneten gemäß § 39 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag an den Herrn Landeshauptmann folgende dringliche Anfrage:

Erstens. Sind Sie bereit, die politische Verantwortung für die genannten Vorfälle zu übernehmen und welche politischen Konsequenzen werden Sie daraus ziehen?

Zweitens. Haben Sie den Eindruck, daß alle zuständigen Stadträte in den genannten Fällen ihren Pflichten vollinhaltlich nachgekommen sind?

Drittens. Haben Sie sich laufend, oder zumindest ab dem Zeitpunkt, als die Opposition auf die Probleme aufmerksam machte, ausreichend informiert und wodurch haben Sie Ihre Koordinationsaufgaben als Landeshauptmann und Bürgermeister in den genannten Fällen erfüllt?

Viertens. Was werden Sie unternehmen, damit in Hinkunft für eine ordnungsgemäße, sparsame und zweckmäßige Verwendung von Steuergeldern in Wien Sorge getragen wird?

Fünftens. Können Sie schon abschätzen, welcher Schaden dem Land oder der Gemeinde Wien aus den oben genannten Fällen (AKH, Stadion, BFI, Teletheater, Raimundtheater) entstanden ist?

Sechstens. Sind Sie bereit, sofort auch eine Überprüfung über die Verwendung der Wiener Subvention für den Bau des Horr-Stadions zu veranlassen und mit dem Bund entsprechende Koordinationsgespräche zu führen, damit eine umfassende Untersuchung möglich ist?

Siebtens. Sind Sie bereit, in Hinkunft bei allen größeren Bauvorhaben an denen Land oder Gemeinde Wien maßgebend beteiligt sind, eine begleitende Kontrolle einzurichten?

Achtens. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß in Hinkunft qualifizierten Minderheiten (ein Viertel der Abgeordneten) im Wiener Landtag beziehungsweise Gemeinderat die Möglichkeit gegeben wird, notwendige Kontrollmaßnahmen, also etwa die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses oder

die Einleitung einer Untersuchung durch das Kontrollamt, zu veranlassen?

Neuntens. Ist geplant, in den oben genannten Fällen, in denen Bund und Wien betroffen sind, eine zwischen Bund und Wien koordinierte Untersuchung durchzuführen?

Zehntens. Sind Sie bereit, für eine Verbesserung der Kontrolle von Unternehmen, an denen Land oder Gemeinde Wien maßgebend beteiligt sind, zu sorgen (zum Beispiel unter anderem auch durch die Wiedereinsetzung der Beteiligungskommission)?

Elftens. Sind Sie bereit, eine sofortige Untersuchung der bereits vor Jahren angekauften, aber bisher nicht in Betrieb genommenen technischen Ausstattung des neuen AKH im Hinblick auf etwaige Lagerschäden zu veranlassen, und welche Maßnahmen werden Sie setzen, um zu verhindern, daß durch derartige Schäden dem Wiener Steuerzahler ein finanzieller Schaden entsteht?"

Präsident Univ.-Prof. Dr. **Welan**: Danke schön. Bei der nun folgenden Begründung und der anschließenden Debatte darf gemäß § 39 Abs. 8 der Geschäftsordnung kein Redner mehr als zwanzig Minuten sprechen. Ich erteile nun Herrn Abg. Dr. Ferdinand Maier zur Begründung der Anfrage das Wort.

Abg. Dr. Ferdinand **Maier**: Herr Vorsitzender! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzten Jahre in der Wiener Kommunalpolitik könnte man ja an sich als eher skandalfreie Zeit bezeichnen. Gleichzeitig müssen wir aber heute feststellen, daß die letzten Wochen und Monate doch eine Reihe von Skandalen gebracht haben. Ich halte es für notwendig und wichtig, daß wir hier Aufklärung erhalten. Die heutige Diskussion zur ersten dringlichen Anfrage scheint es noch wichtiger zu machen, hier eine Aufklärung zu erhalten, denn auf der Suche nach Steuerschillingen - Finanzstadtrat Mayr hat ja beklagt, daß es durch die Steuerreform weniger Geld gibt - halte ich es für angebracht, zunächst einmal zu schauen, daß im eigenen Bereich Maßnahmen gesetzt werden, damit das Geld nicht wie früher einmal im Wüstensand jetzt im Stadionrasen oder sonstwo versickert.

Ich glaube, daß es notwendig ist, daß in jenen Fällen, bei denen man vermuten kann, daß es hier zu einer Verschwendung von Steuergeld gekommen ist oder die Mittel nicht richtig eingesetzt wurden, wo es im Zusammenhang mit dem Bund geht, daß aus Wiener Sicht und aus der Sicht des Landeshauptmannes Aufklärung geschaffen wird. Wir müssen feststellen - es ist an sich bedauerlich und, lassen Sie mich sagen, eine Schande -, daß in Fällen, wo der Bund im Bereich Wien mitfinanziert, wie zum Beispiel beim AKH, beim Teletheater, beim Stadion, wo das gemeindeeigene Unternehmen EKAZENT aber auch die Stadthalle selbst involviert sind, beim Horr-Stadion und dergleichen mehr, Entwicklungen eingetreten sind, die es angebracht erscheinen lassen, Dringlichkeitsstufe eins auszurufen und hier Aufklärung zu erhalten.

Somit richten wir an den Herrn Landeshauptmann eine Reihe von Fragen, wo er uns sagen soll, wie er die politische Verantwortung sieht, welche politischen Konsequenzen er daraus zieht, welche Maßnahmen gesetzt werden, daß derartige Entwicklungen nicht mehr vorkommen, welche Kontrollinstrumente eingesetzt werden und er künftighin einsetzen wird.

Im Bereich des AKH wissen wir natürlich, daß es unter Umständen nur die Spitze eines Eisberges sein kann und daher richten wir an ihn auch die Frage, ob er bereit ist, eine Untersuchung in diese Richtung zu veranlassen und gleichzeitig auch eine Koordinierung zwischen Wien und dem Bund zu veranlassen, so daß es auch hier zu einer dementsprechenden Koordination kommt. Ich halte es stellvertretend für den Wiener Steuerzahler für sehr wichtig, hier Klarheit zu bekommen, in welchem Rahmen die Schadenssumme gegeben ist und welche schadensbegrenzenden Maßnahmen gesetzt wurden.

Ich hoffe, daß wir hier seitens des Herrn Landeshauptmannes auch die dementsprechenden Antworten erhalten, denn ich halte die Frage der Aufklärung dieser Skandale für unumgänglich und ganz, ganz wichtig. Ich hoffe auch, daß die Antwort des Herrn Landeshauptmannes dementsprechend Klarheit verschafft, so daß der Steuerzahler weiß, wie künftighin die Maßnahmen in dieser Stadt gesetzt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. **Welan**: Für die Debatte über den Gegenstand ist ebenfalls Herr Abg. Dr. Ferdinand Maier gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Ferdinand **Maier**: Herr Vorsitzender! Herr Landeshauptmann! Die politische Diskussion

in den letzten Wochen in Wien, lassen Sie mich sagen seit 8. November, ist eher geprägt von Skandalen und nicht von irgendwelchen Absichten, was in dieser Stadt weitergehen soll. Es wird mit Projekten herumgeworfen, ohne zu wissen, wie sie finanziert werden, ohne zu wissen, wer wirklich dafür zuständig ist und dergleichen mehr. Ich halte es für wichtig, daß wir heute versuchen, von Ihnen im Rahmen dieser dringlichen Anfrage Aufklärung zu erhalten. Denn so leicht, wie es sich die Verantwortlichen dieser Stadt versucht haben zu machen, nämlich durch Information im Ausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik und im Kontrollausschuß, soll man es sich nicht machen. Ich glaube auch nicht, daß man es sich so leicht machen kann, wie es sich die kleine Oppositionspartei hier in diesem Haus macht, nämlich einfach eine mündliche Anfrage in der kommenden Gemeinderatssitzung zu stellen. Es ist die Dringlichkeit gegeben, hier aufzuzeigen, was wirklich los ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich die Entwicklung der letzten Wochen und Monate anschauen, so ist das ja an sich ein Skandalreport Nummer eins, wie es die Berichterstattung über die Wiener Kommunalpolitik gezeigt hat. Ich lade Sie ein, sich nur die Zeitungen dieser Woche vor Augen zu halten.

Am Montag dieser Woche wurde im Magazin "profil" über den möglichen Skandal berichtet, daß ein Notstromaggregat im Bereich des Allgemeinen Krankenhauses bereits Schrott wert hat, obwohl es noch nicht einmal in Betrieb genommen wurde. 150 Millionen Schilling Steuergeld wurden hier beim Fenster hinausgeworfen und die Gefahr besteht, daß das nur die Spitze eines Eisberges ist. Natürlich ist die Gewährleistungsfrist längst abgelaufen und es dürfte auch die Vermutung richtig sein, daß der Lieferfirma natürlich keine Schuld zuzurechnen ist.

Am Dienstag dieser Woche mußten wir dann in den diversen Tageszeitungen feststellen, daß es zu Kostenexplosionen beim Wiener Stadion gekommen ist und hier eine Reihe von gemeindeeigenen Firmen involviert ist.

Am Mittwoch dieser Woche hörten wir dann die Klage des SPÖ-Justizsprechers Rieder, der meint, daß die Dauer der U-Haft bei Ex-Stadtrat Braun unüblich sei, daß das hier eine Justizmaschine sei oder die Justiz unüblich hart agieren würde. (Abg. Hufnagl: Das ist sogar dem Herrn Graff aufgefallen!) Am gleichen Tag lesen wir aber auch in den Zeitungen, daß der Ehrenbeleidigungsprozeß des Noch-Vorsitzenden der Wiener SPÖ Gratz im Zusammenhang mit Pretterebner in zweiter Instanz entschieden ist und die Verurteilung ausgesprochen ist. Hier möchte ich schon den Hinweis machen, daß in der ganzen leidigen Frage Proksch und Lucona das Erscheinungsbild des Nationalratspräsidenten Gratz ein wirklich nicht günstiges ist. Ich frage mich auch, welche Meinung Bundeskanzler Vranitzky im Zusammenhang mit einer Diskussion "Sauberkeit in der Politik" vertritt. Es würde mich auch interessieren, was der Herr Landeshauptmann dazu zu sagen hat.

Am Donnerstag dieser Woche lesen wir dann in den Zeitungen, daß Bundesminister Foregger meint, daß sich Herr Ex-Stadtrat Braun noch ein wenig gedulden müßte. Gleichzeitig gibt es wieder den Hinweis auf Doppelverrechnung und Fehlerrechnung im Bereich des Wiener Stadions.

Heute lesen wir in den Zeitungen, daß Ihr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren der Mehrheitspartei, die Untersuchung unterdrückt hat oder besser gesagt durch eine Ministerweisung veranlaßt hat, daß es zu keiner Überprüfung des Endverbraucherzertifikats in der leidigen Sache Lucona/Proksch gekommen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich feststellen: In den nunmehr fast vier Jahren der Amtszeit des Herrn Landeshauptmannes Zilk sind wir dort, wo wir an sich in den siebziger Jahren oder auch Anfang der achtziger Jahre gewesen sind, nämlich im Bereich von Skandalen, im Bereich von Verschwendung und leider Gottes auch in dem Bereich, daß Korruption wieder diskutiert und vermutet werden muß. Was vor zehn Jahren der Bauringskandal, die ÖKODATA oder das AKH waren, sind heute neuerlich das AKH, die EKAZENT, das BFI, die Stadthalle und andere Firmen, die leider Gottes auch noch involviert sind. Herr Landeshauptmann Zilk, lassen Sie mich hier sagen, daß wir in den letzten Jahren eine Reihe von Anträgen gestellt haben, um zu veranlassen oder zu beantragen, daß es Kontrolle gibt, daß bei verschiedensten Vorhaben eine Kontrolle durchgeführt wird, ob das jetzt bei der EBS oder bei

der Hauptkläranlage war und dergleichen, die aber von der Mehrheitspartei niedergestimmt wurden. Man wollte die Kontrolle offensichtlich nicht. Ich habe langsam den Eindruck, daß hier seit Ihrer Amtszeit die Devise ausgegeben wurde: "SPÖ-Mehrheit heißt gleich Richtigkeit, heißt gleich Wahrheit." Was es wirklich heißt, werden wir sehen. Die Vermutung liegt nahe, daß es auch mit Skandalen zu tun haben kann.

Ich habe auch den Eindruck, Herr Landeshauptmann, daß Sie zwar aufgrund Ihrer Kenntnis der medialen Betätigung noch versuchen, auf der Stelle zu rotieren, leicht polternd zu agieren, aber die Dinge nicht wirklich zu sehen und auch nicht wirklich anzugehen. Daher halte ich es auch nicht für richtig, daß man bei etwaigen Verdachten nach der Staatsanwaltschaft ruft. Ich vermute oft, daß Sie das verwechseln und glauben, daß das Wiener Landesgericht der Austragungsort der Wiener Kommunalpolitik ist. Das kann es wirklich nicht sein.

Ich halte es auch für zu einfach gemacht, wenn man bei einem Skandal, wie es beim Stadion aussieht, einen kleinen Geschäftsführer hernimmt, den hinaushängt und in den Medien als suspendierungswürdig darstellt. Ich glaube, so einfach kann man es sich nicht machen. Man sollte sich hier die Frage stellen, wer denn die politische Verantwortung hat. Bei einer Konstruktion wie dem Stadion, wo drei Holding-Betriebe involviert sind, würde ich Ihnen raten einmal nachzufragen, wer der politisch Verantwortliche in diesem Bereich ist. (Lhptm. Dr. Zilk: Sind!) Hier haben Sie dann die Möglichkeit, dementsprechende Konsequenzen zu ziehen. Ich glaube, daß die politische Verantwortung im Bereich der Wiener Holding beim Herrn Finanzstadtrat Mayr liegt und halte es an sich nicht für richtig, daß Sie dann versuchen, einen kleinen Geschäftsführer hinauszuhängen und damit allenfalls auch glauben, die Angelegenheit zu erledigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtages! Ich glaube, daß die Kostenexplosion, die hier beim Wiener Stadion gegeben ist, von der Wiener Volkspartei rechtzeitig aufgezeigt wurde. Es gibt mehrere Ausführungen meines Kollegen Mandahus und anderer Kollegen, die rechtzeitig und noch vor Beginn dieser Sanierungsarbeiten darauf hingewiesen haben, daß es auch andere Möglichkeiten geben könnte. Ich halte es aber für skandalös, ich halte es geradezu für verantwortungslos, wenn man weiß, daß Sie offensichtlich schon wußten, daß es hier zu einer dementsprechenden Entwicklung kommen wird, denn nicht anders ist es zu erklären, daß die Sachkrediterhöhung für diese skandalöse Entwicklung und Kostenüberschreitung einen Tag nach der Wiener Gemeinderatswahl beamtenmäßig gestellt wurde, wie mir gesagt wurde. Das läßt für mich den Schluß zu, Herr Landeshauptmann, daß Sie - Sie haben einmal in einer Tischrede, ich glaube es war in New York, von der Decke des Schweigens gesprochen, in einem ganz anderen Zusammenhang - hier sehr wohl auch den Versuch unternommen haben, die Decke des Schweigens darüber auszubreiten, um über die Wahl zu kommen (Lhptm. Dr. Zilk: Jetzt haben Sie gezeigt, daß Sie auch Englisch können! Das ist wichtig!) und dann allenfalls auch den Versuch zu unternehmen, jetzt diesen Skandal durch das Hinaushängen eines Geschäftsführers zu egalisieren.

Ich glaube, das ist falsch verstandene Pflicht eines Landeshauptmannes, hier das Vergessen in den Vordergrund zu stellen. Ich glaube eher, daß es notwendig wäre, hier die Konsequenzen zu ziehen und die politischen Konsequenzen aufzuzeigen. (Lhptm. Dr. Zilk: Also mit "vergessen" sollten Sie vorsichtig sein! Da müßten Sie in den eigenen Reihen ganz oben anfangen!) Herr Landeshauptmann, ich möchte Ihnen das ja nur nachliefern. (Lhptm. Dr. Zilk: "Vergessen" ist ein gefährliches Wort!) Ich verstehe, daß es unangenehm ist, daß Sie am 9. November wußten, daß hier die Sachkrediterhöhung kommt. Sie arbeiten eher nach dem Motto, ja keine Fragen, ja keine Kontrolle und hoffen natürlich, daß die Bürger in dieser Stadt vergessen. (Lhptm. Dr. Zilk: Ich bin einverstanden: Reden wir hier über das Vergessen!) Sie arbeiten damit und hoffen, daß die Bürger in dieser Stadt vergessen. (Lhptm. Dr. Zilk: Das ist ein wichtiger Beitrag! Ich freue mich, daß Sie gegen das Vergessen sind! Können wir das generell verstehen?)

Herr Landeshauptmann, lassen Sie mich noch eines sagen, weil vielleicht haben Sie das auch schon vergessen. Sie sind verantwortlich dafür, daß es seit Beginn dieser Legislaturperiode keine Kontrolle mehr im Bereich der Wiener Holding gibt. (Beifall bei der ÖVP. - Lhptm. Dr. Zilk: Reden Sie nicht so einen Unsinn! Das ist ein Holler! Sie können jeden Unsinn behaupten, Sie sind straffrei, Sie wissen

das!) Sie sind verantwortlich dafür, daß die Beteiligungskommission abgeschafft wurde. Und, Herr Landeshauptmann, lassen Sie mich noch eines sagen, weil ich glaube, daß auch das wichtig ist - Sie werden es wieder einmal nicht wissen, aber ich darf es Ihnen sagen: Im Bereich der EKAZENT-Consult, Herr Landeshauptmann, gibt es folgende Entwicklung. (Zwischenrufe zwischen Abg. Dkfm. Dr. Wöber und Lhptm. Dr. Zilk.)

Vielleicht hören Sie mir einmal kurz zu. Ich nehme nicht an, daß Sie das wissen. Es wäre aber gut, denn Sie müssen darauf eingehen und dann auch antworten. (Lhptm. Dr. Zilk: Ich höre dann zu, wenn ich will! Ich bin nämlich so gescheit, Ihnen zuzuhören und mit dem Abg. Wöber zu reden!) Lassen Sie mich eines sagen, Herr Landeshauptmann: Können Sie mir erklären, warum es bei der EKAZENT-Consult keinen Aufsichtsrat gibt? Ich halte das auch für eine ganz falsch verstandene Amtsauffassung, wenn man versucht, die Kontrolle, für die man an sich sein sollte, abzuschaffen. Und wenn man jetzt weiß, daß gerade die Wirtschaftspolizei bei diesem Unternehmen sein soll und der Verdacht der Parteienfinanzierung ja auch nicht auszuschließen ist, dann halte ich es einfach für einen Skandal, daß hier von Ihnen aus die Kontrollmechanismen in dieser Stadt verhindert werden. (Beifall bei der ÖVP. - Lhptm. Dr. Zilk: Die Wirtschaftspolizei ist doch deshalb dort, weil ich das getan habe, was Sie kritisiert haben, nämlich der Staatsanwaltschaft den Akt zu übergeben!)

Herr Landeshauptmann, lassen Sie mich eines sagen und ich glaube, heute ist die Stunde der Wahrheit gekommen: Die Wiener Kommunalpolitik ist nicht das Aufführen von Operetten, sie ist auch nicht das Moderieren von irgendwelchen Stadtgesprächen (Lhptm. Dr. Zilk: Da hätten Sie Schwierigkeiten! Sie können weder gut reden noch singen!), sondern die Frage der Kommunalpolitik in Wien ist einfach ein Umstand, wo es bedarf zu entscheiden, wo es bedarf zu agieren, wo es moderner Managementmethoden bedarf. Alles das haben wir in diesen Fällen, die heute der dringlichen Anfrage zugrunde liegen, leider Gottes von Ihnen nicht gemerkt. (Beifall bei der ÖVP. - Lhptm. Dr. Zilk: Sie hätten in beiden anderen Berufen keine Chance!)

Lieber Herr Landeshauptmann, lassen Sie mich eines sagen: Sie kommen mir vor, wie der Stehgeiger auf der Titanic. Sie stehen da, erkennen gar nicht die Probleme und plaudern irgend etwas hin, in der Hoffnung die Leute wissen es nicht, verstehen es nicht oder vergessen es. Das ist Ihr Stil und mit diesem Stil werden Sie nicht weit kommen. (Lhptm. Dr. Zilk: Dafür haben uns die Wienerinnen und Wiener gewählt, die Sie jetzt alle als dumm bezeichnen! Das ist sehr wichtig, was Sie jetzt sagen!)

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch eines sagen: Ich halte es geradezu für Zynismus, Herr Landeshauptmann, wenn Sie zulassen, daß Ihr Landeshauptmann-Stellvertreter folgende Aussage über das Wiener Stadion trifft. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr hat in diesem Zusammenhang gemeint (Zwischenruf des Abg. Neumann. - Lhptm. Dr. Zilk: Sie sind ganz ruhig vom 1. Bezirk! Sie haben die größten "Erfolge" gehabt! - Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan gibt das Glockenzeichen.), daß der Steuerzahler beim Wiener Stadion-Skandal nicht zur Kasse gebeten wird. Herr Landeshauptmann, Sie müssen selbst darüber lachen (Lhptm. Dr. Zilk: Ich lache, weil das erbarmungswürdig ist!), daß der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter solche Aussagen trifft, daß er nämlich meint, der Steuerzahler wird hier nicht zur Kasse gebeten, weil diese gemeindeeigenen Unternehmen solche Rücklagen gebildet haben. (Lhptm. Dr. Zilk: Fragen Sie Ihren Kollegen von der Holding, der wird Sie aufklären! Ich hoffe, daß sich der Kollege von der Holding dann meldet!) Als ob sie die Rücklagen bilden würden, damit der Stadion-Skandal damit egalisiert wird und als ob sie das schon vor Jahren gewußt hätten. Ich halte es für puren Zynismus, Herr Landeshauptmann, daß Sie eine derartige Argumentation zulassen und bin schon sehr neugierig, was Sie auf unsere Anfrage, wie groß der Schaden ist und welche politischen Konsequenzen Sie ziehen werden, antworten werden.

Im Falle des Allgemeinen Krankenhauses und des am Montag bekanntgewordenen Skandals rund um das Notstromaggregat, Herr Landeshauptmann, bin ich sehr neugierig, welche Maßnahmen Sie hier setzen werden (Lhptm. Dr. Zilk: Ich werde es täglich kontrollieren in Zukunft, mit Ihnen gemeinsam! Ich werde gemeinsam mit Ihnen täglich den Apparat putzen!), um hier eine Untersuchung zu machen.

Es wäre interessant, ob Sie zum Beispiel eine begleitende Kontrolle beim Wiener Stadion veranlaßt

haben und ob Sie sich über die Entwicklung beim Wiener Stadion informieren haben lassen. Offensichtlich sehr gut, denn sonst hätten Sie nicht den Sachkredit (Lhptm. Dr. Zilk: Wahren Sie die Würde des Hauses und versuchen Sie, ernst zu diskutieren, nicht so lächerlich! Das ist des Hauses nicht würdig!) auf den 9. November 1987 hinausgeschoben, um hier, wie ich schon gesagt habe, die Decke des Schweigens darüber zu breiten. Ich erwarte von Ihnen, Herr Landeshauptmann, heute die Antwort, welche politischen Konsequenzen Sie aus diesen Skandalen ziehen werden, welche politische Verantwortung hier zu tragen ist und wie diese Schritte von Ihnen aussehen.

Und ein Letztes noch im Zusammenhang mit dem Stadion. Es ist ja nicht das erste Mal, daß im Bereich der Stadt Wien ein Stadion zu einem Skandal geführt hat. Das war schon beim Weststadion so und beim Horr-Stadion soll es nicht viel anders sein. Herr Landeshauptmann, ich hoffe, daß Sie heute mit Hilfe dieser dringlichen Anfrage jene Maßnahmen nachholen, die Sie in den letzten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit diesen Skandalen bereits längst hätten treffen sollen. (Beifall bei der ÖVP. - Lhptm. Dr. Zilk: Ich danke Ihnen vielmals! Danke schön!)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Welan: Als nächster Redner ist Herr Abg. Mag. Kabas gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Kabas: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht nur traurig, sondern es ist geradezu beklemmend, daß es auch in Wien nicht gelingt, die Kette von Skandalen und Fehlleistungen zu stoppen. Das geht vom AKH bis zum Ausbau des Stadions. Es ist aber auch demokratiepolitisch ein sehr ernstes Thema, denn man darf nicht übersehen, daß eine solche permanente Skandalreihe langfristig auch unser System ernsthaft erschüttern und gefährden könnte. Aber da gehören nicht nur die Skandale dazu, die sich etwa im Bereich des Bundes oder des Landes abspielen, sondern natürlich auch die Skandale, die die ÖVP zu verantworten hat, wie etwa die WBO. Jetzt gerade läuft der Prozeß gegen die Bundesländerversicherung.

Das führt natürlich zu Mißtrauen und Verdrossenheit bei den Staatsbürgern, auch wenn man sieht, daß die Kontrolle etwa beim Kontrollamt dann durchaus funktioniert und letztlich die Fehlentwicklungen auch immer wieder aufgezeigt und in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Die positive Rolle des Kontrollamtes, des Kontrollausschusses und des Vorsitzenden des Kontrollausschusses muß man wirklich herausstreichen. Aber die offensichtliche Hilflosigkeit der Mächtigen und Regierenden dieser Stadt, solches zu verhindern, kommt damit natürlich auch immer wieder zutage. Und das ist das Deprimierende daran, daß man solche Erscheinungen nicht abstellen kann, obwohl es eigentlich gar nicht so schwer sein dürfte, weil es ja immer wieder dieselben Standardsituationen sind, bei denen dann so etwas nach einem bestimmten Verhaltensmuster abläuft. Da müßte doch jeweils, wenn etwa ein Großbauvorhaben in Angriff genommen wird, bei den Verantwortlichen die Alarmklingel schrillen und es müßten taugliche Gegenmaßnahmen gegen solche Erscheinungen getroffen werden. Aber man muß immer wieder feststellen, daß hier die Regierenden versagen.

Aber noch mehr überrascht, wenn man sieht, daß es immer wieder ein amtierendes Stadtregierungsmitglied ist, das von den Fehlleistungen und Skandalen berührt wird. Nehmen wir den Stadion-Skandal als momentan letztes Glied einer langen Skandalkette. Da explodierten die Kosten von ursprünglich 372 Millionen Schilling auf letztlich 588 Millionen Schilling. Es wurde ein Schaden von mindestens 21 Millionen Schilling festgestellt, soweit sich das jetzt noch feststellen läßt, und das Kontrollamt stellt wörtlich in bezug auf die Ausschreibung, Bauabwicklung und Endabrechnung zahlreiche Fehlleistungen fest, die zum Teil als erheblich zu bezeichnen waren. Es waren immerhin zwei Holdingfirmen tätig. Die Stadthalle-Kiba Betriebs- und VeranstaltungsgesmbH. wurde als Geschäftsführer des Wiener Praterstadions im Namen und auf Rechnung der Stadt Wien mit den Sanierungs- und Umbauarbeiten betraut. Die Wiener Stadthalle wiederum hatte ein Zivilingenieurbüro mit der Bauabwicklung, soweit sie die Planung, die statisch konstruktive Bearbeitung sowie die Kostenverfolgung betraf, betraut und die EKAZENT mit der örtlichen Bauaufsicht. Damit wird sich dann mein Fraktionskollege Prinz noch näher befassen. Wenn jetzt die Wiener Stadthalle die Schuld vor allem auf das Zivilingenieurbüro abschieben will, so wird es schon stimmen, daß auch dort ein Teil der Schuld liegt (Abg. Ing. Svoboda: Der Großteil!),

aber letztlich hat sich ja die Stadthalle dieses Büro ausgesucht.

Außerdem stellt das Kontrollamt bei den beiden Holdingfirmen selbst genug Schlampereien und Fehlleistungen fest. Es wird daher nicht genügen, wenn, wie der Herr Bürgermeister angekündigt hat, vielleicht Konsequenzen im Bereich des Managements der beiden Holdingfirmen gezogen werden und gleichzeitig tut man so, als ob es für die Fehlentscheidungen keinen politisch Verantwortlichen gäbe. Es gibt einen solchen, er taucht immer wieder auf und zwar sind seine Geschäftsgruppen, seine Kompetenzbereiche immer wieder in solche Fehlleistungen verwickelt. Die Holding spielt sich in seinem Bereich ab. Es ist der Finanzstadtrat, der dann beim Stadion auch das Kontrollamt eingeschaltet hat, allerdings als alles schon gelaufen ist. Daher kann ihm die politische Verantwortung für diese Fehlleistungen niemand abnehmen.

Er taucht aber nicht nur beim Stadion-Skandal auf, er taucht beim AKH-Skandal auf, er taucht beim EBS-Skandal auf, bei der Sanierung, die ja jetzt in seinem Bereich stattfindet, kommt es zu Terminüberschreitungen und zu Kostenexplosionen, er taucht beim Flugticketskandal auf, er hielt bis zum Schluß an Direktor Engelmayer fest (Rufe bei der SPÖ: Engelberger!) - Engelberger, Entschuldigung es war ein Lapsus linguae -, und Mayr taucht letztlich auch beim Stadterneuerungsfonds auf. Gemeinsam mit Busek hat er ihn ja ins Leben gerufen. Die beiden sind die politischen Väter dieses Fonds. Mayr hat die Dienstverträge mitunterzeichnet, und zwar gegen den Willen der Magistratsdirektion, die schwere Bedenken hatte. Busek und Mayr bestanden aber auf diese Dienstverträge und die beiden haben es dann auch Herrn Direktor Wippl möglich gemacht, nach nur zweijähriger Tätigkeit mit einer Millionenabfertigung von diesem Fonds wegzugehen. (Amtsf. StR. Edlinger: Aber daß er ausgeschieden ist, dafür kann der Mayr wirklich nichts!) Nein. (Abg. Dr. Hirnschall: Daß der Wippl 2,2 Millionen Abfertigung bekommen hat, dafür kann Mayr schon etwas!)

Aber daß die Konstruktion des Vertrages, Herr Stadtrat, so war, daß er nach nur zweijähriger Tätigkeit eine Millionenabfertigung erhalten hat, dafür kann Mayr sehr wohl etwas. (Abg. Daller: Bestellt mit Zustimmung der FPÖ!) Aber wirklich nicht, wirklich nicht. Überall, wo es daneben ging, schaut Finanzstadtrat Mayr hervor. (Amtsf. StR. Edlinger: Der Finanzstadtrat schaut überall hervor, auch wo es gelingt, denn er hat die Kompetenz!) Ja, aber leider hat sich halt sehr viel ereignet, wo es nicht gelungen ist. Und das ist die Schwierigkeit und wahrscheinlich auch die politische Verantwortlichkeit. Darauf komme ich jetzt, Herr Stadtrat. (Zwischenrufe der Abgen. Dr. Goller und Dr. Ferdinand Maier.) Auf zwei Seiten kann ich wirklich nicht replizieren. Ich habe mich jetzt auf Herrn Stadtrat Edlinger konzentriert. (Amtsf. StR. Edlinger: Was haben Sie gesagt?) Ich habe mich auf Sie konzentriert, auf Ihren Zwischenruf und nicht auf die drüben.

Der Finanzstadtrat bekam keine schwierige Situation in den Griff. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Zahlen Sie mit bei der Abfertigung vom Androsch? Das war Ihre Verantwortung!) Daher, glaube ich, muß sich Bürgermeister Dr. Zilk überlegen, in welchem Verantwortungsbereich diese vielen Fehler passieren. Es wird zu wenig sein, nur im Management Konsequenzen zu ziehen, sondern man muß auch die politische Verantwortlichkeit miteinbeziehen. Dr. Mayr wird jetzt zum Wiener SPÖ-Obmann gewählt werden, wie man liest. (Amtsf. StR. Edlinger: Nein, nein, das ist falsch! Der Hans Mayr! Das ist ein Mißverständnis! Der Ferdinand Maier nicht, da gebe ich Ihnen eine Garantie darauf!) Hans Mayr, gut, also der Hans Mayr. (Amtsf. StR. Edlinger: Nicht einmal zum Sektionsleiter!) Ich habe ihm jetzt halt taxfrei den Dokortitel verliehen. Das ist Sache der SPÖ. Er bleibt aber weiterhin Finanzstadtrat und das ist sicher das Problem des Wiener Steuerzahlers. Nach dieser Kette von Fehlern, Fehlentwicklungen, Fehlhaltungen und Skandalen ist es wirklich an der Zeit, daß auch politische Verantwortung zum Tragen kommt. (Beifall bei der FPÖ.)

Die andere Seite liegt darin, daß endlich zielführende Maßnahmen zur Bekämpfung all dieser negativen Erscheinungen ergriffen werden. Es geht hier zweifellos um die Frage der begleitenden Kontrolle, es geht hier um die Projektkontrolle - Dr. Hirnschall hat heute einen solchen Antrag eingebracht - und es geht in diesem Zusammenhang zweifellos auch darum, daß auch in Wien endlich Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden können. Es ist notwendig, daß diese negativen Erscheinungsformen der Poli-

tik wirkungsvoller als bisher bekämpft werden, daß mehr politische Verantwortung greift. Die Politik muß wieder sauberer werden. Nur so werden wir die Bürger wieder an der Politik und an unseren Wahlgängen interessieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. **Welan**: Als nächster Redner ist Herr Abg. Mandahus gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. **Mandahus**: Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vorweg von einem Fall reden, der heute noch nicht erwähnt wurde. Vielleicht ist das besonders wichtig, denn er ist auch im Begriff, ein Skandal zu werden. Vielleicht kann man das noch abbiegen.

Ronacher. Im Fall Ronacher hat es einen Wettbewerb gegeben. Die Auslober für diesen Wettbewerb waren die Firma Maculan und die EKAZENT. Dieser Wettbewerb wurde in zwei Stufen abgewickelt. In der ersten Stufe hat es zwölf Architekten gegeben, die sich beteiligt haben. In der Folge wurden sechs Architekten eingeladen, in der zweiten Stufe ein neues, überarbeitetes Projekt einzureichen. Von diesen sechs Architekten sind fünf diesem Ruf gefolgt. Einer ist ausgeschieden, der Architekt Czech. Die Jury hat eindeutig das Projekt der Gruppe "Coop Himmelblau" als bestes Projekt bewertet. Die Wettbewerbsbedingungen waren an sich sehr gut ausgearbeitet. Es gab nur einen kleinen Fehler und der dürfte jetzt sehr entscheidend werden. Bei den Bedingungen zum Wettbewerb wurden nämlich keinerlei Kostenlimits eingezogen und die Kosten des Siegers, der Gruppe "Coop Himmelblau", wurden mit 780 Millionen sehr exakt ermittelt. Man kann fast sagen: Mit der Seifenfüllung in den Seifenspendern, völlig korrekt und komplett, ein komplettes Anbot. Die Vorprüfung durch Herrn Prof. Schweger aus Hamburg war auch ausgezeichnet. Es hat daher bei der Bewertung der Projekte überhaupt keine Probleme gegeben.

Und jetzt kommt es. Derzeit wird behauptet, daß die Kosten für dieses Projekt wesentlich zu hoch wären. Man spricht von einem Limit von 450 Millionen. Die Frage, warum man das nicht bei der Ausschreibung des Wettbewerbs in die Wettbewerbsbedingungen eingebaut hat, ist natürlich bereits der Beginn dieser Unregelmäßigkeit und dieses unverantwortlichen Vorgehens gegenüber Architektengruppen, die sich im Zuge so eines Wettbewerbs unendlich viel Mühe machen. Es wäre möglich, daß diese Gruppe bei einer zügigen und ordnungsgemäß vorbereiteten Abwicklung eventuell 20 Prozent einsparen könnte. Aber scheinbar ist diese Grenze von 450 Millionen nicht zu erreichen, denn die Gruppe "Coop Himmelblau" ist der Meinung, daß bei dieser Kostenreduzierung das von ihnen vorgeschlagene Konzept nicht mehr betriebswirtschaftlich geführt werden könnte und es in der Folge wieder zu Subventionen ohne Zahl kommen könnte.

Die zweite Zange dieser Schere, neben den Kosten, ist jetzt plötzlich das Denkmalamt. Wir wissen, das Ronacher steht unter Denkmalschutz. Aber bei der Jury war Herr Hofrat Pötschner vom Denkmalamt als Fachberater zugegen. Und er hat gegen das Projekt nichts einzuwenden gehabt. Das heißt, man spielt jetzt die Gruppe "Coop Himmelblau" auf der einen Seite gegen das Denkmalamt, auf der anderen Seite gegen das 450-Millionen-Kostenlimit aus und will scheinbar dem Zweiten, der nun plötzlich auch als Sieger dasteht, obwohl es nur eine Gold- und eine Silbermedaille gibt, die Geschichte zuschieben. Es ist Herr Architekt Potrecca.

Nebenbei wurde die Gruppe "Coop Himmelblau" nach New York ins Museum für Modern Art eingeladen. Teams aus der ganzen Welt sind dort geladen, um die konstruktivistische Entwicklung in der Architektur einmal darzustellen. Der Mittelpunkt der Darstellung der Gruppe "Coop Himmelblau" sollte das Modell Ronacher sein. Sie hat in Anbetracht dieser Entwicklung von der Präsentation des Projekts Ronacher Abstand genommen. Das ist sicherlich nicht sehr vorteilhaft für den Ruf unserer Architektur im Ausland. Ich bitte daher die maßgebenden Stadträte, das noch einmal zu überdenken und dem Sieger tatsächlich die Chance zu geben, denn man hätte ihm vorher sagen müssen, daß das Kostenlimit 450... (Lhptm. Dr. Zilk: Sie sind beide einverstanden mit der Vorgangsweise!) Ich nehme es gerne zur Kenntnis. Ich werde es weitergeben, es freut mich. Vielleicht ist das das einzig Positive am heutigen Tag. Wunderbar, das freut mich sehr.

Und nun zum Stadion. Die Frage Stadion lautet eigentlich: Wie kann es zu so etwas überhaupt kom-

men? Als selbständiger Unternehmer - ich bin an sich sehr sensibel und habe schon sehr, sehr lange mit dem Baugeschehen zu tun - habe ich mir natürlich den Kopf darüber zerbrochen, auch schon vorher, als von dieser Entwicklung noch nicht die Rede war. Ich kann Ihnen nur eines versichern, daß in der Privatwirtschaft so etwas undenkbar wäre. Wenn ich auch manchmal als Generalunternehmer ein großes Anbot abgebe und mich zu einer Summe verpflichte, da muß schon Ungeheuerliches passieren, daß diese Summe überschritten wird, sonst brauche ich dort keinen Fuß mehr hineinsetzen und lande höchstwahrscheinlich vor dem Handelsgericht, wenn ich meinen Vertrag nicht einhalte. Aber hier wird wahrscheinlich sehr locker umgegangen.

Lassen Sie mich einige Hauptgründe aufzählen, die für mich Voraussetzung für diese Entwicklung waren. Das ist einmal in erster Linie, daß es überhaupt keine ordnungsgemäße Bauvorbereitung gegeben hat. Für jeden Großbau, für jeden mittleren Industriebau muß man in der Bauvorbereitung so exakt wie nur möglich sein, damit man die beauftragten Firmen in entsprechende Verträge einspannen kann. Wer da fehlt, der hat das ganze Baugeschehen hindurch darunter zu leiden.

Die Lückenlosigkeit in der Kostenschätzung wurde schon sehr, sehr oft angesprochen. Sie wissen aus den Zeitungen, aus Berichten wie es zu diesen ursprünglichen 372 Millionen gekommen ist, die damals als Fixpreis, als Obergrenze angesehen wurden. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, welche Punkte dazu beigetragen haben, daß es nun zu diesen 588 Millionen gekommen ist. Es waren vor allem die 46,7 Millionen für die Ganzüberdachung und dann die 29,2 Millionen für das sogenannte Sicherheitspaket. Ein Punkt, der bis jetzt noch nicht zur Sprache gekommen ist, auch nicht in den Medien, war der Reihungssturz bei den Anbietern, wo die Zweitbieterfirma, die um 12 Prozent teurer als der Billigstbieter war, mit drei Prozent Nachlaß, also um neun Prozent teurer, den Zuschlag erhalten hat. Ich habe den Kontrollamtsbericht noch nicht gelesen, vielleicht ist das Kontrollamt darauf eingegangen, ich weiß es nicht. Ein Teleskoptunnel, der in jedem modernen Stadion ist, wurde vergessen. Im dritten Rang wurden die Sitzanlagen abmontiert und wieder neu montiert. Die WC-Anlagen im dritten Stock wurden vergessen. Die Trafostation wurde vergessen. Eine Reporterkabine wurde vergessen. Neuinstandsetzung von Fahrwegen im Bereich des Stadions; die haben vorher genauso ausgeschaut wie nachher. Das alles muß ein Planer erkennen, auch schon vor dem Baubeginn. Es ist ganz unmöglich, daß solche Dinge ganz einfach fehlen.

Der schwerwiegendste Punkt war die Sanierung des Tragwerkes. Das war ein Punkt, den ich von der ersten Stunde an bekrittelt habe und auch das Kontrollamt hat auf diesen Punkt hingewiesen. Sie haben ausdrücklich davon gesprochen, daß es sich bei der Tragwerksanierung nur um Näherungswerte handeln kann und die Firmen, die dort beteiligt waren, haben in dieser Wunde sehr genüßlich gewühlt und haben diesen Punkt für die Ausweitung ihres Auftragsvolumens weidlich ausgenützt.

Dann gibt es noch einen Punkt, der mir wichtig erscheint: Die Nichtbeachtung des Übereinkommens zwischen den Partnern, wobei die EKAZENT die Verpflichtung gehabt hat, bei einer Kostenüberschreitung sofort dem Auftraggeber Meldung zu machen. (Abg. Ing. Svoboda: Stimmt nicht!) Es steht ausdrücklich drinnen, daß bei Überschreitung der 372 Millionen zwecks Bedeckung der weiteren Finanzierungsmittel dem Auftraggeber Meldung zu erstatten ist. Und was mir ganz besonders wichtig erscheint, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist folgendes:

Wenn Sie wissen, wie ein Bauvorhaben zwischen einer kleinen Firma und der Gemeinde Wien abgewickelt wird, dann müssen Sie sich wundern, wie es eigentlich dazu kommen kann, daß ohne Genehmigung eines erhöhten Sachkredits derartige Summen an Firmen ausbezahlt werden, ohne daß die Öffentlichkeit überhaupt erfährt, daß es mehr wird. Die erste angeblich endgültige Zahl haben wir im September 1987 anlässlich einer Pressekonferenz vom Herrn Bürgermeister und von Stadtrat Mrkvicka gehört. Das war im September 1987, elf Monate nach der Eröffnung, und die Firmen hatten schon ihr Geld. Wie anders könnte es zu verstehen sein, daß man sich jetzt bemüht, von den Firmen Geld zurückzuerhalten.

Ich werde Ihnen, damit Sie das besser verstehen, erklären, wie eine normale Firma ihr Geld aus den Aufträgen von der Gemeinde bekommt. Sie kriegt überhaupt kein Geld, wenn sie der Teilrechnung

nicht einen Leistungsausweis beilegt. Dieser Leistungsausweis muß von einem Kollaudierer bestätigt sein. Das ist ein Prozeß, der ungefähr vier Wochen dauert. Und dann bekommt sie, wenn alles in Ordnung ist, 90 Prozent, denn 10 Prozent sind Deckungsrücklast, die werden einbehalten, und darüber hinaus in der Regel drei, manchmal zwei, manchmal fünf Prozent, je nach Vereinbarung, Hafrücklaß. Das heißt, sie bekommt ihr Geld bestenfalls mit 88 Prozent ausbezahlt und das wären bei diesen 588 Millionen in etwa 70 Millionen, die noch da hätten sein müssen, bis es zu dieser Krise gekommen ist. Das heißt, es müssen Leistungsausweise dagewesen sein, das heißt, die Firmen und die Verantwortlichen müssen gewußt haben, um wieviel es mehr wird. Uns ist es bis zum September 1987 verborgen geblieben. Die erste Aussage war im September 1987, elf Monate nach der Stadioneröffnung.

Die Mahnungen des Kontrollamtes wurden nicht berücksichtigt. Es wurde auch die Magistratsabteilung 39, die ja eigentlich die geschaffene Abteilung ist, hier Vorschläge, Ratschläge zu erteilen und Beratungen durchzuführen, nicht zu Rate gezogen. Wie soll ich es verstehen, daß plötzlich als Mehrleistung die Oberflächenbeschichtung des dritten Ranges auftaucht? Das hätte vorher auch bekannt sein müssen, wobei noch der Umstand zum Tragen kommt, daß in der Erstphase ja nur eine Teilüberdachung vorgesehen war, also eine für die Oberfläche ungünstigere. Der Umstand, daß wir eine Vollüberdachung bekommen haben, ist ja faktisch ein Schutz für die gesamte Oberfläche. Und jetzt wird plötzlich die Beschichtung der Oberfläche des dritten Ranges erforderlich, obwohl es ein Ganzdach gibt? Ich sehe schon ein, daß es nicht allein Oberflächenwässer sind, die die Oberfläche beanspruchen und beschädigen können, aber der Zustand ohne Dach ist sichtlich schlimmer. Wenn man die Magistratsabteilung 39 schon damals zu Rate gezogen hätte, wäre man sicherlich draufgekommen, ob man beschichten muß, ja oder nein. Die Voraussetzungen sind jetzt bei der Vollüberdachung günstiger und die Notwendigkeit einer Beschichtung mag sehr in Frage gestellt werden. Sie war vorher sicherlich wichtiger als mit dem Voldach.

Und jetzt kommt eigentlich der wichtigste Punkt überhaupt. Im Vertrag steht drinnen, ich kann Ihnen das zitieren: "Die Stadthalle-Kiba hat eine einwandfreie und bedingungsgemäße Herstellung der einzelnen Leistungen durch geeignete Kräfte zu überwachen. Der Stadt Wien bleibt diesbezüglich das volle Überprüfungsrecht vorbehalten." Gestatten Sie mir die Feststellung, daß die Stadt Wien und die verantwortlichen Politiker von diesem Überprüfungsrecht in keiner Weise Gebrauch gemacht haben, sonst hätte es nie so weit kommen können.

Noch einmal: Elf Monate nach der Eröffnung haben wir die letzte Zahl gehört. Wer hat sich darum gekümmert? Es war kein Geheimnis. Die Spatzen haben es von den Dächern gepfiffen, daß im Stadion eine Kostenexplosion zu erwarten ist. Wir haben ununterbrochen darauf hingewiesen. Die Politiker, die zur Überprüfung verpflichtet waren und sich auch das Recht eingeräumt haben, jederzeit überprüfen zu können, hat das überhaupt nicht gerührt. Ich kann mich nicht an eine Wortmeldung irgendeines verantwortlichen Politikers erinnern, der darauf hingewiesen hätte. Wir haben immer nur gehört: Das sind die 372 Millionen, die vorgesehen waren, das sind die 46,7 Millionen für die Vollüberdachung und das sind die 29,2 Millionen für das Sicherheitspaket. Das zweifle ich auch an, denn ein Stadion ohne Sicherheit gibt es ja nicht. Ich möchte konzedieren, daß die Ereignisse im Heysel-Stadion vielleicht noch zusätzliche Maßnahmen erfordert haben, aber von Haus aus war ja dieses Sicherheitspaket nicht ausgeschlossen. Das heißt, es verbleibt nach wie vor eine Summe von zirka 140 Millionen Schilling, die durch diese vielen fehlenden Teilleistungen, was bei einer ordnungsgemäßen Bauvorbereitung ganz einfach nicht passieren darf, nachträglich finanziert werden mußte.

Ich habe heute dem Herrn Vizebürgermeister ein wenig zugehört und muß sagen, daß sich bei diesem Stadion ja die Dummheiten und die Kuriositäten die Hand gegeben haben. Es ist unwahrscheinlich, daß an einer einzigen Baustelle soviel passieren kann. Der Herr Finanzstadtrat hat auch von einem Gelöbnis, von einer Verpflichtung den Wählern gegenüber gesprochen. Ich habe von seiner Verpflichtung, hier nach Recht und Ordnung zu schauen, während der ganzen Stadion-Debatte nichts gehört. Im Gegenteil. Er hat alle, die gewarnt haben, verhöhnt, er hat die Zahlen in den Wind geschlagen, er hat - man kann es ruhig sagen - sich über diese vielen Warnungen lustig gemacht. Also mit der Verantwortung eines

namhaften Politikers hat das überhaupt, aber schon gar nichts zu tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn man dem Herrn Finanzstadtrat zuhört, auch heute wieder im Finanzausschuß, wenn er doziert - er redet ja nicht, er doziert -, dann hat man den Eindruck und er erweckt den Eindruck, daß er die Wirtschaft erfunden hat. Aber zur Praxis hat er ein äußerst gestörtes Verhältnis. Es ist nicht der erste Fall, wo es zu solchen Dingen gekommen ist und wo die Vorzeichen auf Sturm gestanden sind. Beim Hanappi-Stadion, Radstadion, Horr-Stadion und jetzt beim Wiener Stadion hat es ja ähnliche Entwicklungen gegeben. Und beim Horr-Stadion, gestatten Sie mir den Wiener Ausdruck, war die gleiche Partie unterwegs. Auch dort hat es dieses Zivilingenieurbüro gegeben, auch dort hat es die EKAZENT gegeben. Wenn man sagt, aus Schaden wird man klug, dann frage ich, wieviel Schaden noch passieren muß, daß der Herr Finanzstadtrat und der Herr Bürgermeister aus diesen Schäden klug werden. Das Säbelrasseln, wenn der Zug abgefahren ist, bringt überhaupt nichts mehr. Sie sollen nicht von Ihrer eigenen Verantwortung ablenken, sondern zugeben, daß Sie in der Causa Wiener Stadion, um bei dem zu bleiben, eine bedauernswerte Hilflosigkeit an den Tag gelegt haben. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Ing. **Hofmann:** Als nächster Redner ist Herr Abg. Wimmer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. **Wimmer:** Herr Vorsitzender! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtages! Die Österreichische Volkspartei führt zum Unterschied zur Freiheitlichen Partei, die sich sehr lobend über die Tätigkeit des Kontrollausschusses ausgesprochen hat - Kollege Kabas konnte es natürlich nicht ganz wegspielen und mußte auch den Herrn Vorsitzenden besonders einbinden -, Klage darüber, daß die Kontrolle in unserer Stadt nicht so funktioniert, wie sie es gerne hätte, und daß sie vor allem nicht effizient ist, weil die Mehrheitspartei angeblich kein Interesse daran hat. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß diese Unterstellung, und als solche würde ich sie bezeichnen, jederzeit widerlegt werden kann. (Abg. Dr. Goller: Nie! Unseren Antrag haben Sie abgelehnt!) Im Wiener Bereich, Herr Klubobmann, wird zum Unterschied zu anderen Bundesländern der Vorsitzende nicht von der Mehrheitspartei gestellt, sondern sogar von der kleinsten Partei, die im Wiener Landtag vertreten ist. (Abg. Dr. Petrik: Aber die Skandale sind ja nicht weniger geworden!) Und das auch zu einer Zeit, als nur zwei Abgeordnete der Freiheitlichen Partei hier gesessen sind. Die SPÖ als Mehrheitspartei hat auch zu diesem Zeitpunkt der FPÖ zugestimmt. (Abg. Dr. Petrik: Die SPÖ hat eine Mehrheit in dem Ausschuß!) Herr Kollege Petrik! Setzen Sie es durch, daß es in Niederösterreich genauso ist. Machen Sie es. Dort haben Sie Ihre Parteifreunde. Machen Sie es doch! Gestehen Sie uns in Niederösterreich zu, daß der Vorsitzende der Kontrolle ein Sozialist wird, weil dort halt nur zwei Parteien vertreten sind. (Beifall bei der SPÖ.) Dort haben Sie die Möglichkeit. (Abg. Dr. Petrik: Wo sind die Millionen hin, trotz des Vorsitzenden von der FPÖ? Das ist gar keine Argumentation!)

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß aber auch ein weiterer Punkt beweist, daß die Kontrolle in Wien effizient funktioniert. Hätten Sie sonst die Gelegenheit, heute einige Punkte - nicht über alle, denn es betreffen ja nicht alle Punkte, die Sie angeführt haben, den Wiener Bereich oder ausschließlich den Wiener Bereich - zur Sprache zu bringen, mit Unterlagen fundiert, die das Kontrollamt erarbeitet hat, das in den meisten Fällen vom Herrn Bürgermeister oder von den sozialistischen Stadträten mit der Untersuchung der jeweiligen Vorfälle beauftragt wurde? (Abg. Dr. Petrik: Reden wir einmal über die Punkte, die nicht überprüft werden!) Dann hätten Sie es bringen müssen. (Abg. Dr. Petrik: Die sind doch mit Mehrheit abgelehnt worden!) Über die, die Sie heute gebracht haben, werden wir reden. Kollege Regler sitzt im Kontrollausschuß und hat die Möglichkeit, über alle Punkte, die dort besprochen werden, auch zu reden. (Abg. Dr. Petrik: Herr Kollege! Hat die SPÖ die Anträge abgelehnt oder nicht?) Er macht es aber nicht nur selbst, sondern er benützt auch andere Mitglieder Ihrer Fraktion, die dann da im Gemeinderat reden, obwohl er im Kontrollausschuß manche Dinge zur Kenntnis genommen hat. Ich denke nur an die Sache der Fenstersanierung, über die Kollege Fuchs da gesprochen hat und die Herr Kollege Regler im Kontrollausschuß bis zum geht nicht mehr ausgebreitet hat. Das muß man hier ja auch offen und ehrlich sagen, meine Damen und Herren! (Abg. Dkfm. Karl König: Sie lenken vom Thema ab!)

Eines steht jedenfalls fest. Gerade der gestrige Tag - und Kollege Regler, ich hoffe, da werden Sie

mir zumindest zustimmen - hat eigentlich gezeigt, daß sich alle drei Parteien äußerst intensiv mit den Problemfällen befaßt haben, sehr hart in den Fragen gewesen sind und wir uns eigentlich alle einig waren, daß dort, wo Verfehlungen vorgekommen sind, auch Konsequenzen erfolgen müssen. Also es ist nicht so, daß einfach das eine oder andere von uns weggekehrt wird.

Und nun haben Sie gesagt, daß sehr oft Anträge im Kontrollausschuß nicht angenommen werden, weil die Sozialistische Partei das nicht will oder nicht goutiert. So ist es nicht. Ganz, ganz wenige Fälle sind es, die keine Mehrheit finden, wenn Anträge gestellt werden. Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, manches Mal werden halt Anträge von Ihnen gestellt, denen rein rechtlich oder auch von der Zweckmäßigkeit her nicht zugestimmt werden kann. (Abg. Georg Fuchs: Was ist zweckmäßig?) Ich denke hiebei an einen konkreten Fall, an Teletheater, ein Punkt, der heute auch zur Sprache gekommen ist. Hier wurde eine Gesamtüberprüfung der Teletheater beantragt. Wir glauben - und wir haben uns dazu auch bekannt und haben das auch argumentiert -, daß es aus Gründen der Zweckmäßigkeit nicht notwendig ist, denn der Großteil gehört dem Bund und die Stadt Wien ist nur Minderheitsbeteiligter. Es steht daher dem Kontrollamt sicher nicht gut an, Dinge zu kontrollieren, die sich mit einem Reisebüro befassen, mit den Seefestspielen in Mörbisch, mit den Salzburger Festspielen und mit sonstigen Geschäften, die die Teletheater abwickelt. Ich glaube aber, daß auch rechtlich etwas dagegen spricht, nämlich § 73 der Wiener Stadtverfassung, wo vorgesehen ist, daß nicht geprüft wird, wenn eine Minderheitsbeteiligung vorliegt. Sehr wohl wird aber der § 73 Abs. 3 der Wiener Stadtverfassung gehandhabt: In den Bereichen, wo die Stadt Wien durch Subventionen tätig wird, wird geprüft. Das ist auch bei der Teletheater in all den Jahren, wo der Wiener Sommer über die Teletheater abgewickelt wurde, erfolgt und soferne - und das ist im ersten und zweiten Jahr passiert - gewisse Zuordnungsfehler gewesen sind, wurde das vom Kontrollamt aufgezeigt und in Ordnung gebracht.

Nun, meine Damen und Herren, der gleiche Punkt trifft beim BFI zu. Auch hier wird verlangt, das Kontrollamt möge prüfen. Auch hier prüft das Kontrollamt, aber nur den Teil, der vom Kontrollamt zu prüfen ist, nämlich jenen Teil, wo die Stadt Wien Zuschüsse oder Subventionen gegeben hat. Und da sind Sie, meine Damen und Herren, insbesondere von der Österreichischen Volkspartei, auf diese Sachprobleme nicht eingegangen, sondern Sie haben eine Person in den Vordergrund gestellt und haben alles auf ihr aufgehängt. Bitte seien wir doch offen und ehrlich. Wenn wir über die Dinge der Kontrolle reden, kann es nicht nur um Personen und um politische Entscheidungen gehen, sondern es muß auch um Sachprobleme gehen. Die gehören besprochen, die gehören, wenn Kritik angesetzt werden muß, aufgezeigt. Aber bitte lassen wir die aus dem Spiel, die nicht dazugehören. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Stadion. Daß eine Kostenexplosion erfolgt ist, das kann man so und so sehen. Man muß dazu einige Dinge betrachten. Kollege Mandahus hat, nachdem er ja schon mehrere Male über das Stadion und dessen Sanierung gesprochen hat, auch einige Dinge angeführt. Ich möchte sie nicht wiederholen. Ich möchte nur sagen, daß er meiner Meinung nach einen sehr wesentlichen Punkt anzuführen verabsäumt hat, der dazu geführt hat, daß die Kosten gestiegen sind. Im Erstvertrag wurde zugestanden, daß, wenn es zu Wohn- und Baupreiserhöhungen im Laufe der Bauzeit kommt, die auch berücksichtigt werden müssen, und das waren immerhin rund 40 Millionen Schilling. Ich glaube, man sollte das der Fairneß halber auch hier anführen.

Meine Damen und Herren, ohne zu bagatellisieren, daß hier der Kontrollamtsbericht einige Verfehlungen aufzeigt, daß hier Kritik angebracht ist, zu der wir uns auch bekennen und die wir keineswegs unter den Teppich kehren wollen, darf man aber trotzdem sagen, daß neben der Vollüberdachung und den damit verbundenen Erschwernissen, die sich ergeben haben - es ist dadurch ein neuer Kanal zu bauen gewesen, es sind die Träger zu verstärken oder zu verändern gewesen -, ist auch das Sicherheitspaket ein wesentlicher Punkt gewesen, den Kollege Mandahus auch angeführt hat. Darüber hinaus wurde der Raumbedarf für jene Einrichtungen, die den Sporttreibenden der Stadt und den Sportverbänden zur Verfügung stehen, wesentlich über den ursprünglichen Ausbau hinaus erweitert. Ich weiß schon, daß es dazu einer Genehmigung bedurft hätte, aber man soll auch sagen, das ist ja geschehen, es ist etwas wert und es kann ja benützt werden. Daß das auch mit Steigerungen des Preises verbunden ist,

glaube ich, sollte man akzeptieren.

Meine Damen und Herren, es wurde sehr viel über die politische Verantwortung gesprochen, darüber, daß man nicht einen kleinen Geschäftsführer hinaushängen kann und so weiter. Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei, fordern immer: Mehr privat und weniger Staat oder weniger Gemeinde. Die Stadt Wien ist beim Stadion einen anderen Weg gegangen als beim Weststadion und hat einen Privaten, nämlich das Ingenieurbüro Heintz und Bartner, mit der Generalabwicklung beauftragt. Diese Privatfirma hatte den Auftrag, alles zu planen, die Aufträge zu vergeben. Hier hätte sie zeigen können, was sie kann. Sie hat es leider gemacht, nur im negativen Sinn. Selbst Herr Kollege Mandahus hat hier einige Dinge dargebracht, die zu kritisieren waren. Die Planung war unvollständig, war nicht ausgereift. Dinge wurden vergessen oder bewußt vergessen. Ich möchte das nicht untersuchen, ich kann es auch nicht, mir steht es auch nicht zu. Aber eines steht fest, meine Damen und Herren: Wenn die Firma Heintz schon während der letzten Jahre die Betreuung des Stadions im Rahmen des Sicherheitsberichtes in ihrer Obhut hatte, dann mußte sie auch wissen, in welchem Zustand sich das Tragwerk befindet. Dann kann man nicht nachträglich eine gemeindeeigene Firma der Holding dafür verantwortlich machen, daß in der Planung nicht schon von der Firma Heintz die Magistratsabteilung 39 eingeschaltet wurde. Das ist wesentlich später geschehen. Wenn das von Anfang an geschehen wäre, hätten wir uns wahrscheinlich das Nachtragsangebot erspart, das dann dazu geführt hat, daß es einen Reihungssturz gegeben hat. Herr Kollege Mandahus, das ist auch die Erklärung dafür, daß das passiert ist.

Aber es hat noch weitere Dinge gegeben. Die Firma Heintz hat 38 Nachtragsangebote eingeholt und hat damit sicher auch zur Verwirrung jener beigetragen, die im Vollzugsausschuß gesessen sind und auch zur Verwirrung der Firma EKAZENT, die die Bauüberwachung hatte. Die hat ja manchmal nicht einmal gewußt, was die Firma Heintz noch alles an Nachtragsangeboten eingeholt hat. Die EKAZENT hat die Schreiben bekommen, daß das und das noch gemacht wird. Und, meine Damen und Herren, die Firma Heintz hat noch eines gemacht: Sie hat den Vollzugsausschuß immer dahingehend informiert, daß sie gesagt hat, wenn man hier ein bißchen etwas umschichtet und dort ein bißchen etwas umschichtet und wenn man dann das alles berücksichtigt, dann komme sie mit dem ihr zur Verfügung gestellten Budget aus.

Jetzt gestehe ich der Firma Heintz zu, daß sie einen Fehler gemacht hat, nämlich daß sie immer von dem Betrag ausgegangen ist, den sie sich selbst in Form der Nachtragsangebote gestellt hat. Aber hier wäre es Angelegenheit der Privatfirma gewesen, den Vollzugsausschuß, die Firma EKAZENT und die Firma Stadthalle-Kiba darüber zu informieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bekennen uns dazu, daß, wenn hier Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, wenn die Kontrolle nicht in der Form, wie sie absolviert hätte werden sollen, funktioniert hat, dann sicher Konsequenzen zu ziehen sind. Das ist sicher kein Lippenbekenntnis des Herrn Landeshauptmannes und auch seines Stellvertreters, sondern wenn etwas nachgewiesen wird, dann muß es konkrete Maßnahmen geben.

Einige Worte noch zum AKH. Auch hier ist zunächst einmal festzustellen, daß die Firma VAMED jene Firma war, die auf den Fehler aufmerksam gemacht hat. Diese Geräte wurden eingekauft, als die begleitende Kontrolle schon installiert gewesen ist. Und jetzt, meine Damen und Herren der Freiheitlichen Partei, weil immer so viel von politischer Verantwortung und Kontrolle und so weiter gesprochen wird: Der Vorsitzende der begleitenden Kontrolle ist, soweit mir bekannt ist, ein Ihnen sehr nahestehender Mann, nämlich der ehemalige Rechnungshofpräsident Kandutsch. Anscheinend passieren auch einem so gut ausgebildeten Fachmann hin und wieder Fehler. Oder er hat es übersehen, was ja auch passieren kann. Ich möchte nur klar und deutlich herausstreichen, daß man nicht immer nur auf die anderen hinzeigen kann und dann, wenn man selbst auch involviert ist, das einfach wegwischt. So kann es nicht sein. Das muß man dann anerkennen. Wenn man sich bereiterklärt mitzuarbeiten, dann ist es auch notwendig, Mitverantwortung zu tragen. Eines wird sein, meine Damen und Herren: Die Firma VAMED wird sich Gedanken machen müssen, in welcher Form die Gewährleistungsfrist eingehalten werden kann, oder ob

es möglicherweise sogar einen Vertragsrücktritt gibt. Ich glaube auch, daß die Firma Siemens, die das geliefert hat, ein potenter Vertragspartner ist, an dem man sich durchaus ein bißchen schadlos halten kann.

Zum Raimundtheater, meine Damen und Herren. Wenn der Bund sich weigert, seinen Subventionsanteil zu leisten, dann entzieht sich eigentlich der Bund der Mitverantwortung für ein großes Theater in Wien. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, Verhandlungen mit dem Bund weiterzuführen, um jene Beträge, die der Bund aufzubringen hat und die die Stadt Wien schon geleistet hat, vom Bund zu bekommen. Ich glaube nicht, daß die Stadt Wien mit dem, was sie bisher an Theater- und Kulturförderung und insbesondere auf dem Theatersektor gemacht hat, noch zusätzlich belastet werden kann. Es kann nicht im Interesse von uns allen sein, daß sie Aufgaben, die der Bund zu übernehmen hat, selbst übernimmt. Hier möchte ich noch einmal auf den Ausspruch, den auch Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr schon gebracht hat, zurückkommen. Ich glaube, es ist wirklich nicht vorteilhaft, wenn Stadträte der Stadt Wien in den Zeitungen verlautbaren, daß wir angeblich sowieso genug Geld hätten. Dann glaube ich auch, daß der Bund durchaus seine Zusage zu gewissen Dingen zurückziehen oder den Verpflichtungen nicht nachkommen wird. Ich glaube, man sollte als Wiener auch wienerisch denken und selbst wenn es wahr ist, mit derartigen Aussagen etwas zurückhaltender sein.

Auch wenn ich schon zu Broesigke gesprochen habe, meine Damen und Herren, dann möchte ich, insbesondere wenn die Österreichische Volkspartei auf die Holding-Betriebe und auf die Verantwortlichen ein bißchen hinhaut, eines noch bemerken. Die Holding-Betriebe werden - soweit mir bekannt ist - durch einen Aufsichtsrat kontrolliert. Soweit mir bekannt ist, sitzen dort in der Direktion und im Aufsichtsrat auch Vertreter, die von der Österreichischen Volkspartei nominiert wurden. Haben Sie die schon einmal gefragt, in welcher Form sie ihre Kontrollrechte ausnützen und ob sie sie vollziehen? Denn es kann ja nicht sein, daß man das, wenn man dabei ist und etwas nicht so funktioniert wie man es gerne hätte, auf den anderen Partner oder Gegner abschiebt, meine Damen und Herren. Ich glaube, auch hier müßte man einmal vor der eigenen Tür kehren und nicht immer auf die anderen hinzeigen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir Sozialisten dafür Sorge getragen haben, daß in der Vergangenheit das Kontrollinstrument in Wien gut funktioniert hat. Wir Sozialisten werden auch dafür Sorge tragen, daß es in Zukunft so sein wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Ing. **Hofmann:** Frau Stadtrat Dr. Ursula Pasterk hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Amtsführender Stadtrat Dr. Ursula Pasterk: Meine Damen und Herren! Mir liegt an der Klarstellung aller Polemiken zur Frage Ronacher, die hier behauptet wurden. Ich glaube, und das ist wichtig in der Politik, daß die Ehrlichkeit an erster Stelle steht. Wenn sich herausstellt, daß 900-Millionen-Schilling-Projekte im Moment im Kulturbereich in dieser Stadt nicht realisierbar sind, dann halte ich es für fair, diese Fakten auf den Tisch zu legen und zu sagen, daß es für das Ronacher ein Kostenlimit von 450 Millionen Schilling gibt. (Abg. Dr. Goller: Das hätten Sie ja sagen können!) Das ist ein Faktum. Das zweite Faktum ist - es gibt leise Einwände, sagen wir es einmal so, das Bundesdenkmalamt hat nichts mit dem Denkmalamt vom Herrn Pötschner zu tun -, beide Dinge auf den Tisch zu legen und in einer fairen Diskussion auszuräumen, unter Wahrung dessen, was im ersten Gutachterverfahren herausgekommen ist; erster Platz "Coop Himmelblau" und zweiter Platz Architekt Podrecca. Da soll nichts vermauschelt werden und auch niemandem irgend etwas zugespielt werden. Zwei Architekten, nämlich die Gruppe "Coop Himmelblau", haben mir gestern ein Telegramm geschickt, in dem sie sich bedanken, daß ich mich zu ihrem Projekt bekenne. Ich möchte Ihnen das Telegramm gerne vorlesen: "Ungeachtet, daß wir traurig sind, daß sowenig Geld da ist, stehen wir nicht an, Ihnen dafür zu danken, daß Sie sich öffentlich zu unserem Projekt bekennen."

Es wäre sinnlos gewesen, zuerst nur Platz eins einzuladen und zu sagen: "Bringt Ihr das zusammen, könnt Ihr mit 450 Millionen Limit auskommen und gewisse Bedenken des Bundesdenkmalamts ausräumen, oder schafft Ihr das nicht." Und wenn sich nach einem Jahr herausgestellt hat, daß sie es nicht schaffen, dann lädt man Platz zwei ein. An dieser Klarstellung war mir gelegen. (Abg. Dr. Petrik: Frau Stadtrat,

bitte glauben Sie nicht, daß es richtig gewesen wäre, vorher zu sagen, daß es ein Limit gibt und nicht nachher? - Abg. Ing. Svoboda: Darum geht es nicht! - Abg. Dr. Petrik: Na sicher! Es geht nur um das!) Diese Klarstellung war mir wirklich wichtig, denn ich habe es nicht gerne, wenn gesagt wird, daß da irgend etwas gemauschelt wird und darum jetzt irgend jemand zweiter etwas zugespielt bekommt. Dagegen wollte ich mich verwahren. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Ing. Hofmann: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Prinz. Ich erteile es ihm.

Abg. Prinz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie im Vertrag über die Sanierung des Stadions zwischen der Stadt Wien und der Wiener Stadthalle vorgesehen ist, hat sich die Stadthallen-Betriebsgesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben befugter Spezialisten bedient. Diese Spezialisten, der sogenannte Projektant, und die örtliche Bauleitung sollten das Bauvorhaben in technischer und kaufmännischer Hinsicht für die Stadthalle entwickeln. Mit welchem Erfolg, haben wir ja bereits gehört. Es ist nun interessant, die Aufgabenteilung dieser beiden Firmen näher zu betrachten. Der Projektant mußte die gesamte Planung, die statischen Berechnungen, die Leistungsbeschreibung, die Ausschreibung, die Angebotsprüfungen, die Oberbauleitung und die Bauabnahme durchführen. Die Firma EKA-ZENT hatte die Aufmaßkontrolle für die Abrechnung, die Rechnungsprüfung und die Terminkontrolle wahrzunehmen. Beide Firmen waren zur engsten Zusammenarbeit verpflichtet, um, wie es so schön heißt, die Interessen des Auftraggebers in bezug auf die vertragsgemäße Herstellung des Werkes in technischer und kaufmännischer Hinsicht zu wahren. Geendet hat dieses Engagement der Beaufsichtiger mit dem Kostendebakel, und man muß sich fragen, aufgrund welcher Referenzen die Stadthallengesellschaft das Zivilingenieurbüro Heintz und die Firma EKAZENT engagiert hat.

Nimmt man den Bericht des Kontrollamtes als Grundlage zur Beurteilung über die Qualifikation, so ist das Ergebnis niederschmetternd. Der Bericht strotzt geradezu von Versäumnissen, Fehleinschätzungen und fachlicher Disqualifikation der Aufsichtsorgane, so daß man den Eindruck hat, Anfänger - Leute, die man zum ersten Mal an ein großes Bauvorhaben herangelassen hat - seien am Werk gewesen. So kann es ja in Wahrheit nicht gewesen sein. Das Vertrauen der Stadthalle in die Bauleitung muß aus vergangenen, erfolgreich verlaufenen Projekten herrühren und aus Empfehlungen Dritter, die mit diesen Unternehmen gute Erfahrungen hatten.

Nun kann ich mir wirklich nicht vorstellen, daß ein Ingenieurbüro mit Tradition und mit Erfahrung plötzlich alles vergessen hat und keine ordentlichen Mitarbeiter mehr beschäftigt. So kann es doch nicht gewesen sein. Das ganze läßt doch eher auf eine bestimmte Methode schließen. Der Auftraggeber, die Stadthalle, verläßt sich ganz und gar auf seine Fachleute. Was macht der Projektant? Er vergißt in der Ausschreibung eine augenscheinlich notwendige Sanierung der Betonoberflächen und läßt im Zuge des Ausbaues ganze Bauteile abtragen und neu herstellen, obwohl nach Auffassung des Kontrollamtes keinerlei Notwendigkeit bestand. Er stellt es dem Auftragnehmer frei, zur Erleichterung seiner Arbeiten um rund neun Millionen Schilling Sitzanlagen zu entfernen, und dieser Projektant akzeptiert Rechenfehler, die jedem kleinen Bauschreiber auffallen würden. Das ist doch unglaublich.

Aber es kommt noch besser. Die örtliche Bauleitung, deren Hauptaufgabe die Rechnungskontrolle ist, stolpert über die gleichen Fehler. Ich möchte die Feststellungen des Kontrollamtes bezüglich der Endabrechnung noch einmal kurz auflisten:

Erstens: Für Leistungen im Ausmaß von zirka elf Millionen Schilling gibt es keine Nachweise.

Zweitens: Bei einigen Positionen der Schlußabrechnung gibt es Fehlverrechnungen in der Höhe von rund zehn Millionen Schilling.

Drittens: Bei der Abrechnung der Tragwerksanierung gibt es erhebliche Überbezahlungen.

Viertens: Die Ausmaßermittlung für die Sanierung von Stufenanlagen ist nicht nachvollziehbar.

Fünftens: Die Verlegung von Randsteinen wurde doppelt verrechnet.

Sechstens: Für die zusätzliche Beistellung eines Poliers und eines Technikers werden 15 beziehungsweise 16 1/2 Monate verrechnet, obwohl nur sechs beziehungsweise sieben Monate genehmigt waren.

Siebtens: Leistungen werden nach falschen Positionen verrechnet.

Achtens: Für den Abtransport von Sperrmüll werden 640.000 Schilling bezahlt, obwohl eine unentgeltliche Entfernung vorgesehen war, und so weiter.

Und das ist niemandem aufgefallen. Im Gegenteil, die Firma EKAZENT verzichtet, für einzelne Leistungspositionen die erforderlichen Abrechnungsunterlagen zu verlangen, obwohl sie zur detaillierten Überprüfung der Rechnungen verpflichtet wäre, so daß das Kontrollamt zu dem Schluß kommt, daß die örtliche Bauleitung, nämlich die Firma EKAZENT, die ihr übertragenen Aufgaben nicht zufriedenstellend erfüllt hat.

Die Beurteilung des Projektanten, Firma Heintz, ist überhaupt katastrophal. Der Höhepunkt an Einfallsslosigkeit ist aber die Begründung des Rechnungsprüfers EKAZENT, warum etliche Abrechnungsunterlagen nicht angefordert wurden. Das steht im Kontrollamtsbericht. Der Grund dafür ist, daß vom Auftragnehmer, also von der Stadthalle, eine Rechnungsprüfung innerhalb eines guten Monates bedungen wurde, und das, vermeldet man mit Stolz, wurde eingehalten. Das muß man sich einmal vorstellen. Ein Bauwerk mit einem Gesamtwert von mehr als einer halben Milliarde Schilling ist innerhalb eines Monats abzurechnen, husch pfusch, so daß damit niemand zum Nachdenken angeregt wird und keine Zeit zum kleinen Einmaleins bleibt. Eine Jubelmeldung der EKAZENT möchte ich noch zitieren: "Das für den 29. Oktober 1986 schon lange Zeit vorher anberaumte Eröffnungsländerspiel, das somit für alle zu beachtenden Termine zwingender Fixpunkt gewesen ist, konnte auch tatsächlich zum festgesetzten Termin stattfinden." Dem ist wirklich nichts mehr hinzuzufügen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Ing. **Hofmann**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Mag. Dipl.-Ing. Regler. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Dipl.-Ing. **Regler**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Leider kann ich den Herrn Landeshauptmann nicht ansprechen, obwohl die Anfrage an ihn gerichtet ist. (Abg. Dr. Swoboda: Er hört zu!) Er hört zu, gut.

Im Buch Genesis fragt der Herr im Paradies den Adam: "Hast Du von dem Baum gegessen, von dem zu essen ich Dir verboten habe?" Und Adam antwortet: "Die Frau hat mir von dem Baum gegeben." Da wendet sich der Herr an die Frau und fragt Eva: "Was hast Du da getan?", und Eva antwortet: "Die Schlange hat mich verführt." (Abg. Dampier: Das ist aber der falsche Altar!)

Offensichtlich ist man seit Bestehen der Menschheit immer dazu geneigt - wenn es darum geht, den Schuldigen zu finden -, die Schuld beim anderen zu suchen. Daran habe ich auch denken müssen, als ich gestern in der "Kronen-Zeitung" gelesen habe, daß jetzt keiner an dem Millionenskandal rund um das Wiener Praterstadion schuld sein will. Diese Äußerung in den Zeitungen ist offenbar das Ergebnis der Pressekonferenz, die die Holding abgehalten hat und in der die Firmen bereits versucht haben, sich vorsorglich reinzuwaschen (Abg. Dr. Swoboda: Das ist aber nicht unsere Meinung!), obwohl die Kosten von 372 Millionen, die präliminiert waren, über 418 Millionen - das ist der Betrag, der für die Vollüberdachung im Sachkredit genehmigt wurde - schließlich auf 588 Millionen angestiegen sind. Ich konzedere jetzt, Herr Kollege Wimmer hat es schon gesagt, 34 Millionen müssen für die Valorisierung durch Lohn- und Materialpreiserhöhungen als Folge der Veränderung des Baukostenindex noch abgerechnet werden, und somit entfallen 136 Millionen, Hoher Landtag, auf vom Gemeinderat nicht genehmigte Abänderungen des genehmigten Projektes. Kaum, und das habe ich auch sehr interessant gefunden, lag der Kontrollamtsbericht im Kontrollamt auf, kaum jemand hatte ihn gelesen, konnte man darüber schon in den Zeitungen lesen. Daran ist wahrscheinlich nicht - soviel ich bisher in Erfahrung bringen konnte - die böse Opposition schuld, sondern hier hat bereits innerhalb der Stellen, die damit befaßt waren und wo es um die Schuldzuweisung geht, ein Drittabschlagen eingesetzt (Lhptm. Dr. Zilk: Ich darf gelegentlich auch einmal auf zwei Minuten hinausgehen! Ich bin den ganzen Tag da. Aber ich werde in Zukunft fragen wie in der Schule, ob ich auf die Toilette gehen darf!), um irgend jemandem (Lhptm. Dr. Zilk: Das soll ins Protokoll, daß ich im nachhinein gefragt habe, ob ich auf die Toilette gehen darf!) den Schwarzen Peter zuzuspielen. (Lhptm. Dr. Zilk: Ich werde jetzt sehr aufpassen in der nächsten Zeit!) Ich bin allen Fraktionen im Kontrollausschuß dankbar, daß sie sich gestern gegen diese Persil-Reinwaschaktion der Holding verwahrt und festgestellt haben, daß es so nicht geht, daß jetzt jeder teure Fachleute beschäftigt, die bewei-

sen sollen und müssen, daß die Firmen nicht schuld sind. Ich frage mich - die Frage ist gestern im Kontrollausschuß nicht beantwortet worden -, wer nun die Kosten für diese Holdingaktion bezahlen wird; natürlich die Holding und letztlich damit auch der Steuerzahler. Wo liegt nun die Schuld an dieser Misere, in die wir gekommen sind?

Das Kontrollamt hat einmal die Bauaufsicht, also die gemeindeeigene EKAZENT, angeführt. Erstens wird hier vom Kontrollamt festgestellt, daß unrichtig und unzulässig verrechnete Leistungen anerkannt wurden und zweitens die Schlußrechnung in nur 34 Tagen geprüft wird, was natürlich zu Flüchtigkeitsfehlern führen muß. Warum diese Eile?

Drittens kannte man den Kreditrahmen des Auftraggebers Stadt Wien, und man hat nichts dazu beigetragen, darauf aufmerksam zu machen, daß hier der Kreditrahmen nicht eingehalten werden kann.

Viertens weiß man auch von der Mangelhaftigkeit der Planung, aber man sagt, wir waren nicht im Vollzugausschuß, daher haben wir einfach nichts machen können.

Die zweite Firma, die aufgrund ihrer mangelhaften Arbeit in Mißkredit gekommen ist, war das Büro Dipl.-Ing. Heintz und Partner. Hier muß man auch sagen, daß dem Bauherrn ein großer Fehler bei der Auswahl der Firma passiert ist. Hier gibt es eine Culpa in eligendo beim beauftragten Bauherrn. Die schlechte Erfahrung, die man bereits mit dem Horr-Stadion gemacht hatte, hätte eigentlich bei der Firma die Alarmglocken läuten lassen müssen, so daß man ein anderes Unternehmen aussuchen hätte müssen, was man aber nicht gemacht hat.

Und der Bauherr, das ist die gemeindeeigene Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H., was hat er gemacht? Er hat den ungeeigneten Projektanten ausgewählt, hat unkritisch die vorgeschlagenen Firmen beauftragt, obwohl es Reihungsstürze gegeben hat, und hat in einer unvorstellbar naiven Weise den Äußerungen der Firma Heintz und Partner geglaubt, nämlich daß die Folgekosten der Vollüberdachung durch Einsparungen gedeckt werden oder daß die Mehraufwände in den ermittelten Maßen in den Reserven unterzubringen sind. Wer das glaubt, der soll sein Lehrgeld, ganz egal was er gelernt hat, zurückgeben, er ist eindeutig fehl am Platz.

Nicht gewarnt wurde somit die Stadt Wien über die Kostenexplosion. Das ist die eine Seite.

Die zweite Seite aber, und hier komme ich eigentlich zur traurigsten Rolle in diesem ganzen Stadionskandal, spielte der Vollzugausschuß. Neben dem Bund und diesen Gesellschaften waren auch die Magistratsabteilung 4 und die Magistratsabteilung 51 dort Mitglied.

Beginnen wir einmal mit der Magistratsabteilung 51, also mit dem Sportamt. Herr Landeshauptmann, es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, daß am 26. Juni 1985, also Mitte 1985, eine Sachkredit-erhöhung für die Stadionüberdachung beschlossen worden ist. Im Kontrollamtsbericht steht, daß ab 30. Juni 1985, das heißt vier Tage nach der Erhöhung des Sachkredites, laufend in den Ausschusssitzungen dieses Vollzugausschusses berichtet worden ist, daß mit den Kosten nicht das Auslangen gefunden werden kann. In dieser Situation wäre es die Verpflichtung aller zuständigen Stellen gewesen, hierher zu kommen und eine Erhöhung des Sachkredites zu beantragen. Das hat man nicht gemacht. Am 31. März 1986 liegt bereits eine Kostenaufstellung des Projektanten über 495 Millionen Schilling auf. Was haben die verantwortlichen Politiker gemacht, deren Aufgabe es gewesen wäre, hier im Gemeinderat den Sachkredit sicherzustellen? Nichts ist geschehen. Erst am 9. November 1987 ist der zweite Sachkredit-antrag gestellt worden. Zweieinhalb Jahre lang wurden im Vollzugausschuß dafür Zustimmungen erteilt, daß größer beziehungsweise anders gebaut wird und daß die Kosten überschritten werden. Die Verpflichtung, einen Antrag zu stellen, hat man jedoch nicht erfüllt.

Die Magistratsabteilung 51 schreibt daraufhin, daß sie das deshalb nicht gemacht hat, um den Gemeinderat nicht unnötig zu belasten. (Heiterkeit bei einigen Abgeordneten der ÖVP.) Es wäre die unbedingte Pflicht gewesen, hier den Gemeinderat zu belasten, denn dann hätte beispielsweise der zuständige Gemeinderatsausschuß sagen können, diese Zusatzaufwendungen und Zusatzinvestitionen wollen wir nicht, da wir die Kosten im Rahmen halten wollen.

Wer hat nun die Verantwortung für die Magistratsabteilung 51? Es war der damalige Stadtrat Mrkvicka, jedoch hat der Herr Landeshauptmann bereits in gewisser Weise die politische Konsequenz

gezogen. Man hat den zuständigen Verantwortlichen in die Wüste - ich wollte sagen, nicht in die Wüste, sondern in den Nationalrat - geschickt, also jedenfalls ins Ausgedinge. Vielleicht war das die politische Konsequenz, die Sie gezogen haben. (Abg. Ilse Forster: Was soll das? Da gibt es aber auch ein paar andere Dinge!) Jedenfalls ist er uns hier abhanden gekommen. Sonst könnten wir... (Lhptm. Dr. Zilk: Ja, im November! Nach dem 8. November haben Sie ihn ins Ausgedinge geschickt!) Sonst könnten wir... (Lhptm. Dr. Zilk: Sie selbst haben ihn geschickt!) Sonst könnten wir hier über diese politische Verantwortung noch sprechen.

Eine ähnliche Rolle wie die Magistratsabteilung 51 hat aber auch die Magistratsabteilung 4 gespielt, denn auch die war in dem Vollzugsausschuß vertreten. Die Rolle, die die Magistratsabteilung 4 gespielt hat, Herr Landeshauptmann, war aber überhaupt keine. Zweieinhalb Jahre lang, habe ich gesagt, werden dort Kostenüberschreitungen genehmigt und kein Sachkreditantrag gestellt. (Abg. Ing. Svoboda: Nein, keine Kostenüberschreitung!) Herr Vizebürgermeister Mayr hat gestern im Kontrollausschuß gesagt, daß für die Sachkreditantragstellung die Magistratsabteilung 51 zuständig wäre und nicht er.

Also bitte, ich verstehe überhaupt nicht, daß hier zwei Ressortkollegen beisammen sind, wobei der eine zweieinhalb Jahre zuschaut, wie der andere einer Pflicht nicht nachkommt und hier absolut nichts tut. Die volle politische Verantwortung liegt hier auch beim Herrn Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr, zu dem ja auch die Holding-Firmen ressortieren.

Die Frage, die sich uns nun stellt, ist, wie groß der finanzielle Schaden für Wien ist. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr hat gesagt, daß keiner entstanden ist aufgrund der EKAZENT und der Stadthalle. Außerdem gibt es Rücklagen, und das kann ja alles irgendwie gedeckt werden. Ich glaube, daß so eine Aussage nicht... (Abg. Wimmer: Die ausführenden Firmen!) Ja, auch noch, auch noch. Aber letztlich geht das, dort wo Fehlleistungen bei den stadt eigenen Firmen geschehen sind, zu Lasten der Steuerzahler.

Wenn ich gesagt habe, daß hier zwei Mitglieder des Stadtsenates dafür verantwortlich waren, so gibt es noch einen nach der Wiener Verfassung, der dafür verantwortlich ist, und das ist derjenige, der die Koordinations- und Weisungskompetenz hat, nämlich der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister. Die Wiener ÖVP hat bereits durch GR. Mandahus vor Jahren darauf aufmerksam gemacht, welches Desaster sich hier abzeichnet. Der Herr Landeshauptmann hat sich jedoch in der Rolle des jetzigen Bundeskanzlers, der das so ähnlich macht, gefallen, in der er als Zuschauer und als Kommentator fungiert, aber nicht eingegriffen hat, daß das geschieht, was nach unserer Verfassung notwendig wäre. Herr Landeshauptmann, wir fragen Sie heute, waren Sie immer der Meinung, daß die Stadträte Mayr und Mrkwicka die Dinge voll in der Hand beziehungsweise die Kosten wirklich im Griff haben, und was haben Sie getan, um die politische Verantwortung hier wahrzunehmen?

Jetzt rächt es sich, daß man versucht hat, die Opposition möglichst von der Kontrolle auszuschalten. Es ist schon gesagt worden, daß man die Beteiligungskommission abgeschafft hat, denn man will ja gar nicht, daß die böse Opposition einen zu großen Einblick bekommt, damit die Fehlleistungen nicht so stark auffallen. Vielleicht war das auch deshalb, weil einige ÖVP-Abgeordnete in der vergangenen Legislaturperiode - ich erinnere beispielsweise nur an den Wiener Hafen - auf Fehlleistungen hingewiesen und bereits im vorhinein gesagt haben, wie groß der Schaden sein wird, der dann leider tatsächlich so groß war. Was macht man? Man zieht nicht die Konsequenzen, sondern schafft die Kommission ab, die das ganze zu überprüfen hat. Wir fragen Sie daher heute noch einmal, Herr Landeshauptmann: Werden Sie zustimmen, daß die Beteiligungskommission wiedereingesetzt wird? Wann wehrt sich in manchen Fällen die SPÖ gegen Untersuchungen des Kontrollamtes?

Ich möchte nur einen Fall von heuer erzählen. Als wir nämlich den Antrag gestellt haben, das Kontrollamt möge die Kalkulationen der Gas- und E-Werke überprüfen, weil wir den begründeten Verdacht hegen, daß hier vom Bürger mehr verlangt wird als eigentlich notwendig wäre - und Sie wissen ja, daß der amtlich genehmigte Preis ein Höchstpreis ist und wir in diese Kalkulationen nicht Einblick nehmen können -, da waren Sie auf einmal dagegen. Ja, vielleicht kommt einmal der Rechnungshof, aber in der

Zwischenzeit (Die Abgen. Jank und Wimmer: Es überprüft ja ohnedies der Rechnungshof!) zahlen die Wienerinnen und Wiener wesentlich mehr als notwendig wäre. (Beifall bei der ÖVP.) Hier wartet man, bis man das Körbergeld echt lukriert hat, und dann soll der Rechnungshof überprüfen.

Ebenso wehren Sie sich gegen die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, wenn wir aus einem bestimmten Anlaß so etwas vorschlagen. Ich glaube, wenn es einen Untersuchungsausschuß gegeben hätte, der bereits beim AKH die ganze Zeit parallel gearbeitet hätte, wäre Wien viel Schaden erspart worden. Sind Sie nun bereit, Anträge bereits mit einem Viertel der Mandatare zwingend zum Durchbruch zu verhelfen, in denen verlangt wird, daß ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird oder das Kontrollamt prüft?

Wir sind auch nicht ganz einverstanden, Herr Landeshauptmann, mit der derzeitigen Auffassung des Kontrollamtes, daß nämlich dann, wenn die Mehrheit im Kontrollausschuß eine Prüfung ablehnt, das Kontrollamt tatsächlich nicht prüft. Der Kontrollausschuß ist nicht das Oberamt über dem Kontrollamt. Wenn ein Verdacht besteht, dann hat das Kontrollamt tätig zu werden und kann nicht sagen, ich kann hier nichts tun, weil die Mehrheit in diesem Haus sich gegen die Kontrolle wehrt.

Und so frage ich Sie noch, Herr Landeshauptmann, wie Sie es mit der begleitenden Kontrolle halten. Sind Sie bereit (Amtsf. StR. Dr. Häupl: Ja, mehr als bereit!), in Hinkunft für Großbauvorhaben eine begleitende Kontrolle einzusetzen, damit es nicht wieder zu solchen finanziellen Debakeln kommt, wie es jetzt leider wieder der Fall ist?

Herr Landeshauptmann, die Wiener ÖVP wartet gespannt, welche Maßnahmen Sie nun wirklich setzen werden. Sie haben sich in den Medien als Saubermacher profiliert und gesagt, daß Sie als Saubermacher Wien zur Umweltmusterstadt machen und dafür sorgen werden, daß alle Skandale rückhaltlos aufgedeckt und die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden. Sie haben hier, Herr Landeshauptmann, die Gelegenheit zu zeigen, daß es Ihnen mit dieser Ankündigung wirklich ernst ist, indem Sie dafür sorgen, daß die politische Verantwortung tatsächlich wahrgenommen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Ing. Hofmann: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Prochaska. Ich erteile es ihm.

Abg. Prochaska: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Berufsförderungsinstitut, eine Einrichtung von AK und ÖGB und von hohen Subventionen getragen, hat seit Anfang dieses Jahres leider negative Schlagzeilen vom Bodensee bis zum Neusiedler See in der Medienlandschaft hervorgerufen. Die Rede war und ist von veruntreuten und mißbräuchlich verwendeten Geldern in Millionenhöhe. Auf der Strecke blieb dabei der an sich gute Ruf der vom BFI betriebenen Bildungseinrichtungen und eines der mächtigsten Männer der Wiener Sozialisten, des hohen Gewerkschaftsfunktionärs, früheren Nationalrates, nachmaligen Amtsführenden Stadtrates und Parteivorsitzenden der Favoritner Sozialisten Helmut Braun.

Ich darf wohl annehmen, daß die bisher aufgehellten Hintergründe dieses für die Rathausmehrheit so wenig schmeichelhaften Falles so weit bekannt sind, so daß ich hier nicht Einzelheiten über illegale Konten und mißbräuchliche Entnahme im einzelnen aufbereiten muß. Auch die tragikomischen Schuldzuweisungen unter den Genossen: Braun gegen Schmiedl, Schmiedl gegen Braun und Ingrisch gegen beide, sind wahrscheinlich nur für krasse Außenseiter, für "AZ"-Leser oder besonders naive Parteigänger der Sozialisten ein Novum allerersten Ranges. (Abg. Dr. Swoboda: Primitiver geht es nicht mehr!)

Also Herr Kollege Swoboda, daß ausgerechnet Sie heute etwas von primitiv sagen, ist eine Zumutung allerersten Ranges! (Beifall bei der ÖVP.) Was uns aber hier als Ärgernis im Moment zu beschäftigen hat... (Lhptm. Dr. Zilk: Eigentlich sind wir bis jetzt sehr nobel; wir sind nicht Ruso hier!) Sie kommen auch noch dran, Herr Landeshauptmann! (Lhptm. Dr. Zilk: Sie aber auch! - Davor fürchte ich mich schon seit Jahren!)

Was uns hier als Ärgernis im Moment zu beschäftigen hat, ist die offensichtliche Sorglosigkeit und die generöse Oberflächlichkeit, mit der sich der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister dieser Angelegenheit annimmt - das heißt eigentlich nicht annimmt. Obwohl der Rechnungshof schon 1985 auf einem der jetzt inkriminierten Konten eine eigenartige Subventionszahlung feststellte, erhöhte die Stadt Wien

die Subventionen von damals bis zu 1,5 Millionen jährlich auf 10 Millionen im Jahr 1986 und auf 20 Millionen plus 40.000 im Jahr 1987. In Zeiten wie diesen und unter dem Eindruck des fast monatlichen Skandals in Wien, liegt es ja auf der Hand, daß in den Medien Spekulationen angestellt werden, ob das vielleicht mit den Monatszahlungen an den früheren Leiter Schmiedl von über 100.000 Schilling im Monat oder mit dem beträchtlich teureren Bau in der Brigittenau, wo anfangs auch der Name Sekanina auftauchte, zusammenhängen müsse oder etwa damit, daß eines dieser Schwarzkonten auf ausdrückliche Anordnung Brauns für die Auszahlung von Beträgen an Parteien, Hilfsorganisationen und sonstige besondere Zwecke gewidmet war. All diese Fragen und noch viel mehr werden natürlich erst dann brandaktuell werden, wenn es zu einer Anklageerhebung gegen die früheren Spitzenfunktionäre des BFI kommen sollte. (Abg. Ilse Forster: Das glaube ich auch!) Und daß es dazu kommen wird... (Abg. Dr. Svoboda: Reden Sie auch über die "Bundesländer"!)

Was hat denn der Herr Landeshauptmann mit der Bundesländer zu tun, ist er dort im Aufsichtsrat? (Abg. Dr. Svoboda: Über den Abg. Fürst, der sitzt ja auch herinnen! - Lhptm. Dr. Zilk: Fürst von der ÖVP!) Ich kann ihn nur etwas fragen, wofür er verantwortlich ist, das müßte auch Ihnen klar sein! (Lhptm. Dr. Zilk: Die "fürstliche" ÖVP!) Wenn er nicht dafür verantwortlich ist, könnte er sich der Antwort entschlagen und würde das auch selbstverständlich tun! Wenn Sie selbst Fragen haben, steht es Ihnen jederzeit frei eine Anfrage zu richten. (Abg. Dr. Svoboda: Was hat der Fürst mit der "Bundesländer" gemacht! - Lhptm. Dr. Zilk: Wir können auch über die "Bundesländer" ausführlich reden!)

All diese Fragen, meine Damen und Herren, und noch viel mehr, werden also dann brandaktuell werden, wenn es zu einer Anklageerhebung kommen sollte. Und daß dies ernsthaft untersucht wird - und das sei auch ausdrücklich hier festgestellt -, ist auch der Wende in der Justizpolitik, weg von der Amtsführung Broda oder auch Ofner, zu verdanken. Was uns aber erschüttert, meine Damen und Herren, ist, wie wenig die Sozialisten diesen Skandal - der ja bis jetzt ausschließlich einige der Ihren als Geber und Nehmer kennt - eigentlich ernst nehmen. (Abg. Ilse Forster: Darf das noch wahr sein!) Der jetzige Juso-Chef Christian Cap - das ist der Bruder des von Ihnen schon domestizierten Josef Cap - erklärt, daß die Leute dies alles bis obenhin schon satt hätten und über dem Vorsitzenden irgendwann die Wellen zusammenschlagen werden. Aber die jetzige BFI-Chefin, Genossin Hilde Seiler, begibt sich just zu dem Zeitpunkt, wo es besonders brenzlich wird, auf Urlaub, ebenso wie dies die BFI-Kuratoriumsvorsitzende Genossin Helga Stubianek schon ist. Und dies zu dem Zeitpunkt, wo Hilde Seiler selbst festgestellt hat, daß dem BFI österreichweit immerhin fast eine Milliarde Schilling für verschiedene Zwecke zur Verfügung gestellt würde.

Als Helmut Braun nach erfolglosem Leugnen und Platzen aller Ausreden, wie unterschobene und gefälschte Unterschriften, letztendlich die Konsequenzen ziehen mußte, meinte der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister diese selbstverständliche Vorgangsweise mit den Worten "besonders vornehm, unösterreichisch" - ein sehr seltsames Österreichbild - und "als Ausdruck eines gewissen neuen britischen Stils in der Politik" belobigen zu müssen. (Abg. Ing. Svoboda: Herr Kollege! Das ist noch nicht klargestellt und Sie behaupten es, als wäre es schon so! Zum Unterschied von Fürst, der Geld genommen hat!) Der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister hat den selbstverständlichen Rücktritt Brauns (Abg. Ing. Svoboda: Unter falschen Voraussetzungen!) als vornehm, unösterreichisch und typisch britisch bezeichnet. Meine Damen und Herren, die in diesem Haus ja nicht gerade mit Lob und Anerkennung überschüttete Margaret Thatcher (Abg. Gertrude Stiehl: Sie verdrehen die Tatsachen!) würde sich für so eine "typisch britische" Leihgabe der Prägung Wiener SPÖ wohl herzlichst bedanken.

Aber in der Folge wurde es eng und enger. (Abg. Ing. Svoboda: Und bei der ÖVP macht das nichts? Das ist eine Ungeheuerlichkeit! Vorurteile! Die öffentlichen Gerichte sind nicht immer gleich!) Also bitte, daß die Untersuchungshaft verlängert wurde, wird ja auch Ihnen bekannt sein. Vielleicht steht es nicht in der "AZ", aber bekannt müßte es Ihnen eigentlich trotzdem sein.

In der Folge wird es eng und enger. Die Haftprüfung bringt keineswegs die Entlassung Brauns, sondern die Haft wird verlängert mit dem Hinweis auf eine mögliche, viel größere Dimension des Falles. Für Helmut Zilk ist das immer noch kein Anlaß, auf eine Überprüfung der Subventionsanweisung durch das

Kontrollamt zu bestehen. In der Fragestunde des letzten Gemeinderates verlautebarte er von diesem Platz hier, daß die Subventionen Wiens in den letzten fünf Jahren - immerhin fast 35 Millionen Schilling - nicht der allgemeinen Vereinstätigkeit, sondern spezifischen Aktionen auf Wiener Boden zugute gekommen wären. Und genau darum, meine Damen und Herren, geht es aber in den meisten Bundesländern, um die Kosten für "spezifische Aktionen", um die zusätzlichen Mittel für Kurse, die ohnehin vom Sozialministerium bezahlt wurden, und um jene Dinge, die in anderen Bundesländern teilweise doppelt verrechnet wurden, und zwar einmal dem Bund und einmal dem Land. Das alles, meine Damen und Herren, muß nicht so sein, aber es kann auch in Wien so stattgefunden haben. Deshalb darf man es sich nicht so leicht und so billig machen, wie der Herr Landeshauptmann dies versucht hat, als er am 29. Februar hier erklärte, er habe erstens keine Meinung zu haben und zweitens würden zuerst die Wirtschaftspolizei und die Finanz prüfen, die ja über das viel bessere Instrumentarium verfügten.

Erlauben Sie mir das wienerische Wort: "Na, zum Nachwassern mit einem schlechten Instrumentarium halten wir uns ja das Kontrollamt gerade nicht." Es hätte nämlich, meine Damen und Herren, vorher die Aufgabe gehabt, auf raschestem Wege klarzulegen, auf welche Konten des BFI respektive des Kuratoriums die Wiener Gelder überwiesen wurden und ob ordnungsgemäße Abrechnungen vorgelegt worden sind. Dazu konnte, durfte oder wollte man sich bei der Rathausmehrheit nicht aufrufen.

Die Arbeiterkammer ist nicht so zimperlich. Denn trotz der gleichzeitigen Prüfung durch die Wirtschaftspolizei hat auch innerhalb der Arbeiterkammer eine Überprüfung stattgefunden und wie man hört, bis jetzt mit durchaus befriedigenden Ergebnissen für diesen Subventionsgeber. Warum sich der Herr Bürgermeister und Landeshauptmann lieber an den Herrn Dr. Ingrisch vom BFI hält, der sagt, es gäbe keine Abzweigungen und die Bilanzen würden alle von der Wirtschaftspolizei geprüft werden, ist umso unverständlicher, als es ja ein Kennzeichen für die inkriminierten Konten ist, daß sie als dunkle Kanäle nicht in den Bilanzen aufscheinen. So bleibt uns, meine Damen und Herren, nur die Schlußfolgerung, daß der Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister nicht in der Lage oder nicht willens ist, von sich aus einen anständigen Beitrag zur Aufklärung des Falles Braun, BFI und Stadt Wien-Subventionen zu leisten. (Lhptm. Dr. Zilk: Dafür haben wir Gott sei Dank Sie!) Gott sei Dank, haben Sie mich. Das ist richtig. (Lhptm. Dr. Zilk: Ihr Wollen in den letzten zehn Jahren erinnert mich an das Motto von Horvath!) Daß er nicht willens ist, hier mitzuziehen und eine anständige Aufklärung zu betreiben (Lhptm. Dr. Zilk: Es erinnert mich an das Motto "G'schichten aus dem Wienerwald"! Ich zitiere es aber nicht, sonst bekomme ich einen Ordnungsruf!), beweist, daß er es nicht mit dem Briefkopf des BFI hält, wo es heißt: "Erfolgsicher im Beruf". Er handelt so, als ob er unsicher wäre. (Beifall bei der ÖVP. - Lhptm. Dr. Zilk: Lesen Sie es nach! Jetzt muß ich leider wieder einen Sprung hinaus - darf ich das?) Ich bin so froh, daß Sie bei mir anwesend waren! (Lhptm. Dr. Zilk: Es gibt hier so wenig Unterhaltung, aber Sie sorgen dafür! Nicht der Inhalt macht es, sondern das Formale!)

Präsident Ing. Hofmann: Zum Wort gemeldet ist Frau Stadtrat Hampel-Fuchs. Ich erteile es ihr.

Stadtrat Maria Hampel-Fuchs: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Unterhaltung, glaube ich, ist bei den heute angeschnittenen Themen nicht allzu groß. Es geht nämlich um wahnsinnig ernste Probleme, wenn man bedenkt, daß es hier um hunderte Millionen geht und wir noch in keiner Weise Aufklärung bis jetzt bekommen haben. Ich darf ein Zitat bringen... (Abg. Dr. Swoboda: Sie fragen ja nicht!) Wir haben elf Fragen gestellt und warten schon sehr gespannt, wie Sie die beantworten werden. (Abg. Dr. Swoboda: Sie reden ja dauernd!) Natürlich wollen wir eine Antwort haben, denn wir werden ja nicht umsonst hier stundenlang diskutieren, wenn wir keine Antwort wollen.

Ich möchte kurz etwas aus einem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 1984 zitieren, in der mein Gemeinderatskollege Worm zum AKH Stellung genommen hat. Das Zitat lautet: "Wie alle mit der Haustechnik und AKH-Problematik Befassten wissen, zeigen sich schon jetzt sehr gravierende Mängel an diversen technischen Bauteilen. So sind schwere Schäden an den verlegten Estrichen und Bodenbelägen, Verrostungen an den Installationsrohren und neuerliche Schäden an den bereits behobenen Schadensstellen festzustellen.

Wir wissen über Mängel an Wasserboilern und von gravierenden Fehlplanungen berichten die

periodisch erscheinenden VAMED-Berichte, die jetzt schon sehr lange nicht mehr gekommen sind. (Amtsf. StR. Univ.-Prof. Dr. Stacher: Das stimmt ja nicht! Die Berichte kommen laufend!) Alles in allem erreichen diese Mängelpakete schon jetzt die Höhe von 700 Millionen Schilling, obwohl sie allesamt noch nicht die komplizierte Haustechnik betreffen. Wenn diese Banalschadensfälle schon derart explodieren, ist nicht auszudenken was passiert, wenn Haustechnik, Elektrik und Elektronik irgendwann einmal in Betrieb gehen sollen.

In der letzten Ausschußsitzung mußte die VAMED bekennen, daß die Gasturbinen für die Notstromversorgung bedenkliche Stickstoffoxidemissionen produzieren. Man will, da der Abluftstutzen auf gleicher Höhe wie der Luftansaugstutzen der Klimaanlage lag, den Schornstein nun um 26 Meter erhöhen. Diese Maßnahme ist aber rein umweltschutztechnisch unzumutbar, da es bei gewissen Witterungssituationen dennoch zum Ansaugen von NO_x kommen wird. Der Umwelthygieniker, Prof. Josef Möse aus Graz, stuft diese Stickstoffverbindungen als genetisch bedenklich und krebsfördernd ein. Die NO_x -Emission in einem Zentralkrankenhaus ist daher im Sinne der Gesundheitsvorsorge auf alle Fälle zu unterbinden und ich beschwöre Sie von der Mehrheit dieses Hauses daher, den Einbau einer NO_x -Entsorgungsanlage zu verlangen. Es läge in Ihrer Macht, diese Forderung auch durchzusetzen." Zitat Ende.

Dem "profil" vom 21. März 1988 entnehme ich, also dreieinhalb Jahre später, daß diese Notstromanlage, von der damals die Rede war, gar nicht in Betrieb gehen kann, weil sie schon beim ersten Probeauf ihren Geist aufgegeben hat. Eine Gasturbine ging ganz zu Bruch, an den restlichen Turbinen traten Haarrisse auf und eine Begutachtung ergab, daß die Anlage schrottreif ist. Sicher wird hinter den Kulissen ein langjähriger Prozeß geführt werden, wer denn jetzt haftet, nur wird die Wiener Bevölkerung vermutlich auf die Entscheidung nicht warten können, sondern in der Zwischenzeit diesen zusätzlichen Aufwand zumindest zu 50 Prozent zahlen müssen.

Im 33. Planungsjahr und im 26. Baujahr des längsten Spitalbaues der Welt mußten die sich bis dahin in Sicherheit wägnenden zukünftigen Patienten zur Kenntnis nehmen, daß bereits vor Inbetriebnahme die Sanierungsmaßnahmen einsetzen. Die ÖVP hat seit Jahren eindringlich auf diese Gefahr und auch auf diese Kosten hingewiesen. (Amtsf. StR. Univ.-Prof. Dr. Stacher: Sie haben vor den Turbinen gewarnt?) Wir haben vor dem ganzen Debakel gewarnt, das mit dem AKH verbunden ist. Bei einer Bauzeit von 26 Jahren kann man sich vorstellen, daß bei diversen Geräten und Bauten bereits Sanierungsmaßnahmen notwendig sind und wir haben ja den besten Beweis dafür geliefert bekommen. Wir haben gewarnt und leider Gottes sind unsere Warnungen, früher als wir befürchtet haben, eingetroffen. 170 Millionen wird der Steuerzahler für den Moloch AKH und für die Fehlplanung vergangener Jahre aufzubringen haben. Die VAMED saniert auftragsgemäß. Offen sind die politischen Konsequenzen.

Ich zitiere wieder: "Sie von der Mehrheit haben bereits bekundet, alles so lassen zu wollen, wie es ist, es ist dann alles ausschließlich Ihre alleinige Verantwortung. Sie wurden aber, und das ist jetzt neuerlich durch das Protokoll festgeschrieben, rechtzeitig und eindringlich gewarnt." Ich möchte darauf hinweisen, daß solange es Sparmaßnahmen im Sozialbereich geben muß... (Lhptm. Dr. Zilk: Die Besteuerung der Sozialunterstützung, die Ihre Partei verlangt! Die Besteuerung der Sozialunterstützung!) Aufgrund des Sozialhilfegesetzes der Stadt Wien wird in jenen Bereichen... (LhptmSt. Mayr: Nicht stören lassen! Wenn Ihnen nichts einfällt, lassen Sie sich nicht stören!) Herr Finanzstadtrat, ich lasse mich nicht stören, denn ich habe nur begrenzt Zeit. Außerdem muß ich sagen, daß wir sehr wohl einen Antrag eingebracht haben und daß man sich von der Stadt Wien her überlegen muß, was bezüglich der Langzeitarbeitslosen zu tun wäre. Es gibt hier eine große Gruppe... (LhptmSt. Mayr: Sie sollten auf die Frage Antwort geben! - Abg. Dkfm. Dr. Wöber: Es ist nicht Fragestunde!) Ja, das ist eine Maßnahme. Es soll also vielfach möglich sein, unter Umständen bei Durchrechnung eines Jahreseinkommens besser dazustehen als jeder Arbeitnehmer. Das ist sicher eine Frage, die man sich mit Recht stellen kann. Ich habe dort nichts zu beschließen. (LhptmSt. Mayr: Sie bejahen das also?) Ich kommentiere das nur. Ich bin leider für Wien und nicht für den Bund zuständig.

Solange es Einsparungen im Sozialbereich gibt, und zwar im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes, im Ermessensbereich maßgeblich gespart wird, solange keine wirkliche Hauskrankenpflege in Wien

eingeführt wird, solange unsinnige Einsparungsmaßnahmen in den Kindergärten vorgesehen werden und solange kein Heizkostenzuschuß für bedürftige Senioren zur Verfügung steht, ist die Vergabe eines neuerlichen Auftrages und die Verschwendung von 170 Millionen Schilling eine Provokation für alle Bürger und diese Provokation können wir nicht hinnehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Ing. Hofmann: Als nächster Redner ist Herr Mag. Kauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Kauer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige Bemerkungen des Kollegen Wimmer und der Frau Kulturstadtrat machen es doch erforderlich, auf ein Projekt, das mich, seit ich in diesem Saale bin, begleitet, etwas näher einzugehen. Es wird niemanden wundern, daß es sich dabei um das Ronacher handelt, denn das Ronacher ist ein typischer Fall für die zugrundeliegende Misere. Das ist auch der Anlaß für diese heutige dringliche Anfrage. Denn am Anfang der Misere steht meistens oder fast immer ein Mann, der Herr Bürgermeister und Landeshauptmann, der, weil es so schön ist, den Glanz der Kulturstadt auf den Lippen durch die Welt zu tragen, sich als Retter von Kulturgut sieht und sich in dieser Rolle sonnt und rettet.

Besonders gern - mindestens einmal jährlich - rettet er das Ronacher. Das ist ihm schon zur lieben Gewohnheit geworden, denn wenn er dann beim Retten ist, rettet er auch gleich noch weiter. Das Grassalkovicz-Schlüssel - wahrscheinlich wird es ihm irgendwann einmal leid und er schenkt es dem Fritz Hahn -, das Palais Harrach und das Schloß Neugebäude werden auch mitgerettet. Wahrscheinlich wird demnächst das Ronacher das Fest seiner zehnjährigen Rettung begehen können, das Harrach und das Grassalkovicz-Schlüssel werden noch ein bißchen warten müssen und beim Schloß Neugebäude macht das nichts, weil es ohnehin schon jahrhundertlang auf seine Rettung wartet.

Aber keine Rettung ohne Dornen, denn anstatt dem Retter zuzujubeln - wie sich das ja gehörte -, erfreuen sich in wirklich unverständlicher und unverschämter Weise die Wiener Volkspartei und der böse Kauer, mit Fingern auf die seit vielen Jahren immer wieder als gerettet erklärten Kulturgüter zu zeigen und zu behaupten, da geschähe nichts und des Bürgermeisters, pardon des Kaisers, neue Kleider gäbe es nur in der Phantasie, sozusagen in den Zeitungsschlagzeilen. Man könnte sagen, das ist zwar richtig, aber was ist denn Böses daran. Gönn doch dem armen Mann seine kargen Schlagzeilen. Wenn es nur die Schlagzeilen wären, aber es ist leider mehr.

Zunächst einmal ist es das Geld der Steuerzahler und das ist bekümmertlich genug. Denn um das Geld der Steuerzahler mußte partout, weil wieder einmal Rettungszeit ausgerufen war, das Ronacher zugänglich gemacht werden, damit sich der Herr Bürgermeister dort um das Geld der Steuerzahler Cagliostro vorspielen lassen konnte. Ausgerechnet Cagliostro, aber vielleicht hat der ganze Vorgang überhaupt etwas mit Gaukelei zu tun. Weiters mußten um das Geld der Steuerzahler das viel zu teure Palais Harrach und das Grassalkovicz-Schlüssel gekauft werden, weil da irgend etwas zu sanieren war, und um zehn Millionen Schilling mußte der Baubestand des Neugebäudes erhoben und seine Revitalisierung verkündet werden.

Man leistet sich ja um das Geld der Steuerzahler etwas, wie zum Beispiel das 100.000 Schilling-Buffer im Keller des Schlosses, so daß zeitgerecht vor der letzten Wahl auch die Rettung des Neugebäudes verkündet werden konnte.

So geht es fröhlich weiter, von Schlagzeile zu Schlagzeile, demnächst Eröffnung des Messepalastes, ein "Centre Zilkidou" (Heiterkeit bei einigen Abgeordneten der ÖVP.) und die Eröffnung des Raimundtheaters. Zilk tritt persönlich auf, präsentiert einen Bariton als Theaterdirektor und sichert damit die nächste Schlagzeile. Nun kann auch das Raimundtheater wieder gerettet werden, die dazu nötigen 200 Millionen werden zwar noch gesucht, aber sie werden sicher gefunden, nämlich in der Tasche des Steuerzahlers natürlich, was wieder eine nette Schlagzeile gibt.

Wissen Sie Herr Kollege Wimmer, dann zu sagen, der Bund müsse seiner Verpflichtung nachkommen, nachdem man das originelle Managementkonzept "Learning by doing" bei der Besetzung dieser Direktorenstelle realisiert hat und nun vor 200 Millionen Schilling Schulden steht, die Zinsen für den Kredit sind dabei noch nicht miteingerechnet, das ist ein bißchen einfach, um kein anderes Wort zu nennen.

Aber bitte sehr, da die Frau Bundesminister der Partei des Herrn Kollegen Wimmer angehört, nehme ich schon an, daß er es ihr plausibel und verständlich machen wird.

Weil es so schön ist, alleine Schlagzeilen zu machen, das Retten aber ein bißchen schwieriger ist, so will man zum wirklichen Retten das Geld vom Bund und daher gibt es jetzt schon in diesem Bereich, wie wir gestern staunend im Kontrollausschuß hören konnten, ein ganzes Sanierungspaket. In diesem Sanierungspaket ist nicht nur das Bißchen vom Raimundtheater enthalten, sondern das Volkstheater, die Gruppe 80 und das Ensembletheater. Schön langsam frage ich mich, wie es hier mit der Verantwortung steht. Denn Schlagzeilen zu machen, Rettung zu verkünden, zu sagen, das Ronacher ist gerettet und nicht zu wissen, wie man das zahlt, das ist ein starkes Stück.

Die Frau Stadtrat hat gesagt, sie müsse zum Ronacher etwas sagen, nämlich, daß man einen Plafond von 450 Millionen Schilling einziehen müsse, und daß das das absolute Limit sei. Ich erinnere mich noch sehr genau, daß ich just an dieser Stelle einmal einen Plan ausgepackt, hergezeigt und vermutet habe, daß die Renovierung vielleicht 200 Millionen Schilling kosten werde. Ein Sturm der Entrüstung hat mich fast von diesem Platz weggespült. 200 Millionen war eine Horrorzahl, aber 450 Millionen sind normal.

Das ganz Normale allerdings war die Schätzung, die sich im Mai 1984 ergeben hat, und zwar im Altstadterhaltungsfonds, wo schon ein Akt über die Revitalisierung vorgelegen und dann zurückgezogen worden ist. Damals hat die ganze Renovierung - aber um das Geld kann das ja nichts gewesen sein! - 55 Millionen Schilling gekostet. Ich verstehe, daß dieser Akt zurückgezogen werden mußte, denn das war einfach zu billig.

Das sind nur die Fakten, die schon anstößig oder skandalös genug sind. Für mich kommt noch eine zweite Dimension dazu, nämlich der Vorgang, der mir der eigentliche Skandal zu sein scheint. Eine Schlagzeile ist rasch geboren und vielleicht könnte man so etwas Ähnliches wie eine Haftpflicht für politische Erklärungen, die verkündet werden, einführen. Dann hätten wir wahrscheinlich weniger Schlagzeilen und auch weniger Schulden.

Hier ist ein Amtsführender Stadtrat gestanden, der erklärt hat, daß das Stadion nicht einen einzigen Schilling mehr kosten wird, und einem Stadtrat wird man doch glauben dürfen. Mit Erklärungen dieser Art, daß hier gerettet, dort eingehalten wird, passiert eigentlich etwas sehr viel Ärgeres, das uns allen - und zwar ohne Unterschied der Fraktion - auf den Kopf fällt. Es wird nämlich damit das Vertrauen in Politik und in Politiker zerstört. Was soll man denn noch glauben? Jedes Jahr wird das Ronacher gerettet, nur wenn man hinget, weiß das Ronacher nichts davon. Ebenso wie das Grassalkovicz-Schlüssel weiß auch das Stadion nichts davon, daß es nicht einen Schilling mehr kosten wird. Eine solche Vorgangsweise ist meiner Meinung nach der eigentliche Skandal, und es ist mir völlig unverständlich von ihrer demokratischen Tradition her, daß die sozialistische Mehrheitsfraktion hier mitmacht und das alles deckt. Ich verstehe es nicht, aber es wird mir jetzt gleich jemand erklären. (Abg. Dr. Swoboda: Falsche Dinge muß man nicht verstehen!)

Ich meine, um einen Weg in die Zukunft und aus der Situation beziehungsweise der Resignation der Bürger zu finden, die sich das alles anschauen und anhören, wäre eine neue politische Kultur notwendig. Dazu gehört Anstand, nur das zu sagen, was auch gehalten werden kann. Den Anstand zu haben, auch dem anderen Platz zu lassen und - das ganz besonders - die Wahrheit zu sagen. (Lhptm. Dr. Zilk: Immer die Wahrheit sagen! Der Kauer gehört auch dazu!) Jawohl Herr Bürgermeister und Landeshauptmann, die Wahrheit zu sagen. (Lhptm. Dr. Zilk: Nur die Wahrheit sagen! Das gilt für alle!) Ja, das gilt für alle, sowohl für Bürgermeister und Landeshauptleute (Lhptm. Dr. Zilk: Sowieso! Aber für Sie auch! Denn Sie reden nur nicht von solchen Sachen!) als auch für mich. Wollen Sie irgend etwas sagen? (Lhptm. Dr. Zilk: Ich rede dann, wenn ich es für richtig halte! Das Wort erteile ich mir selber! Aber Magister habe ich schon lange nicht gesagt! Sie geben es heute aber billig!) Ich warte nur bis der Herr Bürgermeister einatmet, dann habe ich eine Chance. (Lhptm. Dr. Zilk: Ein verhinderte Lehrer! Sie sagen zu mir "Oberlehrer", aber Sie sind der "Hauptlehrer"! - Amtsf. StR. Edlinger: Ich sage nur "Bundesländerversicherung!")

Herr Bürgermeister und Landeshauptmann, man kann natürlich die politische Dimension dieses

ganzen Vorganges herunterspielen, um nicht das schöne wienerische Wort "verblödeln" zu verwenden. Man kann das alles auch nicht ernst nehmen. (Lhptm. Dr. Zilk: Die Sache ist ernst, aber Sie verhindern ihn ja! Das ist eine persönliche Frage und keine sachliche!) Ich meine, daß eine erneuerte politische Kultur mit politischem Anstand zu tun hat und dazu gehört, glaube ich auch, daß in einer Debatte, wenn einer ernst auf diese Dimension hinweist, ihm nicht sofort vor die Nase gehängt wird, lieber Freund, eigentlich bist du ein Lügner. Ich unterstelle zunächst jedem, daß er die Wahrheit sagt. Was ich hier bekümmert feststelle ist, daß sich die Fakten nicht an die Erklärungen halten, wie zum Beispiel im Falle des Stadions. (Lhptm. Dr. Zilk: Ich habe ihm zugestimmt, Herr Kauer!) Ich meine, daß zu dieser politischen Kultur auch das Wort der politischen Verantwortung gehört, das offensichtlich zuwenig ernst genommen wird. Denn es kann ja nicht sein, daß auch jetzt im Falle des Stadions überhaupt keiner politisch dafür verantwortlich ist. Wir haben uns gestern drei Stunden lang im Kontrollausschuß bemüht, die technischen und kaufmännischen Zuständigkeiten zu klären und festzustellen, wie sich der Fall verhält. Aber das ist ja nur der eine Teil. Hier in diesem Saal müßte die politische Verantwortung abgehandelt werden, und in dieser Stadt, mit dieser Stadtverfassung und fast monarchischen Machtfülle, die ihr zugeordnet ist, trägt auch der Bürgermeister und Landeshauptmann die politische Verantwortung dafür. Nehmen Sie sie wahr, Herr Prof. Zilk. (Lhptm. Dr. Zilk: Ja! - Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Ing. Hofmann: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Landeshauptmann hat sich zur mündlichen Beantwortung der Anfrage zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Dr. Zilk: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gerne auf die Debattenbeiträge eingehen, aber das ist nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe ist es, Ihre Fragen zu beantworten. Ich werde das tun. Sie haben mich in Ihrer dringlichen Anfrage zu fünf Vorgängen, eigentlich sind es sechs, weil das Horr-Stadion dazugekommen ist, um meine Verantwortung als Politiker befragt und zehn Fragen dazu formuliert. Ich fasse das Ergebnis der vorangegangenen Debattenbeiträge wie folgt aus meiner Sicht zusammen:

Zum Praterstadion: Bei Gesamtkosten von 588 Millionen Schilling wurde vom Kontrollamt ein Betrag in der Höhe von zirka 20 Millionen Schilling als aufklärungsbedürftig angesehen. Die Wiener Holding untersucht diese Bemängelung im Rahmen eines Prüfungsausschusses und wird dafür eintreten, daß sämtliche dabei festgestellte Ansprüche von den Auftragnehmern abgedeckt werden. Rund 17 Millionen Schilling sind nicht, wie hier mehrfach gesagt wurde, von den Steuerzahlern, sondern von offenen Honoraren vorsorglich zurückbehalten worden, so daß ein erheblicher Teil oder der größte Teil an sich gesichert erscheint. Eine Abdeckungsnotwendigkeit aus Steuermitteln wird sich daher für die Stadt Wien nicht ergeben. Ich habe nach Kenntnis des Kontrollamtsberichtes selbst die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Die Prüfung ist im Gange. Die Wirtschaftspolizei hat heute eine Reihe von Untersuchungen und Hausdurchsuchungen vorgenommen und selbstverständlich werden wir nach Vorliegen der Prüfberichte die von mir angekündigten Konsequenzen in der Sache, aber auch im Persönlichen zu ziehen haben.

Beim Horr-Stadion hat sich bei der Abrechnung einer dem Wiener Fußballbund gewährten Subvention eine Verzögerung ergeben. Bedauerlicherweise mit derselben Firma EKAZENT, weshalb der Magistrat einer Verlängerung der Frist bis 31. März zugestimmt hat. Ich habe jedenfalls den Auftrag gegeben, auch hier unmittelbar nach Einlangen dieser Abrechnung das Kontrollamt einzuschalten und diese Abrechnung zu überprüfen.

Zum Allgemeinen Krankenhaus. Die Lieferung der kritisierten Anlagen durch die Firma Siemens erfolgte sukzessive ab 1982. Seit November 1980 besteht im Rahmen des AKH die Institution der begleitenden Kontrolle, die hier mehrfach angeführt, mehrfach befragt und als offenes Allheilmittel angesehen wurde. Also beim Allgemeinen Krankenhaus ist diese begleitende Kontrolle seit 1980 eingerichtet, in den Anfängen sogar unter der Leitung des Rechnungshofpräsidenten außer Dienst Dr. Kandutsch. Die begleitende Kontrolle war daher in den Vergabevorgang eingeschaltet. Sowohl die Installierung als auch die nunmehr gesetzten Schritte zur Schadensminimierung erfolgten unter Einbeziehung dieser beglei-

tenden Kontrolle.

Derzeit werden von der VAMED Überlegungen angestellt, Gewährleistungsansprüche geltend zu machen oder überhaupt vom Vertrag zurückzutreten. Darüber hinaus wurde eine gerichtliche Beweissicherung beantragt. Mir ist nicht bekannt, woher die Fragesteller ihr Wissen über fehlende Gewährleistungsansprüche haben. Die VAMED ist jedenfalls hier anderer Meinung. Daß wir heute diese Frage besprochen und von Ihnen gestellt bekommen haben, ist ein Ergebnis der begleitenden Kontrolle der VAMED beziehungsweise der begleitenden Kontrolle des Allgemeinen Krankenhauses. Es wird niemandem gelingen, das AKH neuerlich zu skandalisieren, weil uns sogar der Rechnungshof bestätigt hat, daß sich der derzeitige Baufortschritt an den Plan hält und wir unter den Kosten liegen, die vor zwei oder drei Jahren festgelegt worden sind.

Zum BFI: Der Gegenstand der Erörterung im Landtag kann wohl nicht sein, was mit Subventionen des Bundes oder anderer Subventionsgeber an Vereine, Verbände und Institute, die nicht im Einflußbereich der Stadt Wien stehen, geschehen ist. Was die Leistungen der Stadt betrifft, hat die von mir in Anfragebeantwortungen angekündigte Prüfung - das war doch im letzten Gemeinderat eine Frage von Ihnen - durch das Kontrollamt bereits eingesetzt, soweit es sich um die von der Stadt Wien geleisteten Beiträge handelt. Also hinsichtlich der Verwendung der von der Stadt Wien geleisteten Beiträge. Es sind daher mehrere Anfragen gestellt worden. Ich habe diese mehrfach beantwortet und ich kann dem nichts hinzufügen. Wir werden Ihnen diesen Bericht unmittelbar nach seinem Vorliegen zugänglich machen. Ich lege selbst großen Wert darauf und glaube auch, daß wir von der Übung der Auflage für den nächsten Kontrollausschuß abgehen sollten und allen Abgeordneten diesen Bericht unmittelbar und ohne Zeitverzögerung zur Verfügung stellen sollten und das auch werden. Die letzte dieser Anfragen werde ich in der verfassungsgemäß vorgeschriebenen Form schriftlich beantworten.

Zum Teletheater: Sie werfen mir vor, die von der Volkspartei schon vor längerer Zeit beantragte Gesamtüberprüfung durch das Kontrollamt mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt zu haben. Diese fadenscheinigen Argumente ergeben sich aus dem § 73 der Wiener Stadtverfassung, der die Prüfrechte des Kontrollamtes und die Einschaurechte, wenn die Stadt Wien an einer Gesellschaft nicht Mehrheits-eigentümer ist, regelt. Eine Vereinbarung über eine freiwillige Prüfung wurde nicht angestrebt, da für jene Bereiche, in denen die Stadt Wien Leistungen in Anspruch genommen hat, nämlich beim Sommertheater - und ich möchte Sie daran ausdrücklich erinnern, daß es sich um die Operettenaufführungen in den Staatstheatern handelt, die ja auf ausdrücklichen Wunsch der Wirtschaft organisiert worden sind -, das Kontrollamt 1985 und 1986 bereits eine Prüfung durchgeführt hat und keine Schäden für die Stadt Wien festgestellt hat. Diese Leistungen der Stadt Wien 1985 und 1986 wurden ordnungsgemäß im Sinne der Aufgaben verwendet.

Zum Raimundtheater: Wenn in den bisherigen Fällen - darf ich vielleicht noch rückschauend sagen - Fehlleistungen zu verzeichnen waren, so machen sich hier die Fragesteller beim Raimundtheater nicht einmal mehr die Mühe, solche zu behaupten. Allein die Tatsache, daß die Schulden bestehen, reichen bereits, um die politische Verantwortung zu zitieren. Im übrigen reichen mir die 167 Millionen Schilling, die es mit dem heutigen Tag sind. Herr Mag. Kauer, es sind nicht 200 Millionen. 200 Millionen sind der Kreditrahmen, der aber nicht ausgeschöpft wurde, aber ich gebe zu, daß mir die 167 Millionen, wie wahrscheinlich auch Ihnen, reichen. Dabei steht außer Zweifel, daß die Stadt Wien keinen Augenblick daran gedacht hat, ihre gegenüber dem Theaterunternehmen bestehenden Verpflichtungen nicht zu erfüllen. Außer Zweifel steht ebenso, daß von seiten der Republik der Versuch unternommen wird, sich, wie in vielen anderen Gebieten, aus dieser Verpflichtung dem Raimundtheater gegenüber auf Kosten der Stadt Wien zu entziehen.

Wenn hier von politischer Verantwortung gesprochen wird, dann wäre auf die öffentliche Erklärung eines Stadtrates einzugehen, der der Meinung ist, daß die Stadt Wien ohnehin über genügend Geld verfügt und daher die Mittel des Bundes nicht in Anspruch nehmen müßte, auch ein Unikum unter den neun Bundesländern. Meine Damen und Herren, wir werden selbstverständlich, auch wenn uns solche Erklärungen in unserer Verhandlungsposition dem Bund gegenüber nicht stärken, auf die Leistungen des Bun-

des nicht verzichten.

Vorfälle dieser Art mit einem Kontrolldefizit in Wien in Verbindung zu bringen, ist meines Erachtens mehr als gewagt, denn Wien verfügt neben der vollen parlamentarischen Kontrolle im Sinne der österreichischen Bundesverfassung über ein äußerst wirksames Kontrollamt, dessen Direktor erst vor wenigen Wochen aufgrund meines Vorschlages weisungsfrei bestellt worden ist, wenn ich daran geziemend erinnern darf. Die Mehrheit dieses Hauses hat in keinem Fall, außer es lag eine Sache mit Begründung vor, Prüfanträge der beiden anderen Fraktionen abgelehnt. Wie im übrigen oberflächlich und fallweise ausschließlich auf Öffentlichkeitswirksamkeit orientierte Anträge gestellt und begründet werden, habe ich beim Teletheater bereits deutlich ausgeführt. Im übrigen ist es bei uns selbstverständlich, daß der Vorsitzende des Kontrollausschusses ein Vertreter der Opposition ist. Meine Herren der ÖVP, ich lade Sie ein, die Kontrollmöglichkeiten in Niederösterreich zu vergleichen, wo die stärkste den Landeshauptmann stellende Partei selbstverständlich auch den Vorsitz im Kontrollausschuß für sich in Anspruch nimmt. Gott bewahre, was Sie sagen würden, wenn wir in diesem Hause so verfahren würden. (Abg. Dr. Goller: Die Mehrheit bestimmt!) Für uns war das nie eine Frage und ich habe deshalb auch wieder vorschlagen, daß ein Vertreter der kleinen Oppositionspartei dieses Amt übernimmt. Ich selbst habe mich, meine Damen und Herren, um die frühzeitige Einschaltung des Kontrollamtes gekümmert. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen - es wird Ihnen sicher im Zuge der Jahre und Monate entgangen sein -, daß ich in 28 Fällen während meiner Amtszeit als Bürgermeister Prüfaufträge erteilt und in 13 Fällen sogar die Staatsanwaltschaft eingeschaltet habe. Ich bin heute dafür kritisiert worden. Da ich mir der besonderen Strenge der Anzeigen bewußt bin, baue ich damit jenen unterschwelligen Verdächtigungen vor, die im Zusammenhang mit Fehlleistungen auftauchen, und gegen die sich die Betroffenen letztlich nicht zur Wehr setzen können. Mich beruhigt es übrigens, daß bisher in keinem der von mir angezeigten Fälle eine Anklageerhebung geschehen ist und sich herausgestellt hat, daß die Betroffenen strafrechtlich voll rehabilitiert sind. Wenn ich aber die Staatsanwaltschaft nicht eingeschaltet hätte, hätte man immer gesagt, daß wir uns mit dem Kontrollamtsbericht begnügen und nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen. Ich werde daher auch in Zukunft selbstverständlich so verfahren und das weiß die Oberstaatsanwaltschaft in Wien. In diesem Sinne habe ich ja auch den Bericht des Kontrollamtes sofort weitergegeben und, wenn die Staatsanwaltschaft und die Wirtschaftspolizei ermitteln, so ist das zweifellos auch ein Ergebnis meiner Aktivität, lange bevor Sie Ihre dringliche Anfrage überhaupt geplant haben.

Nun zu den einzelnen Punkten.

Zu Punkt 1: Ich habe nie Zweifel dahingehend offengelassen, daß ich jederzeit bereit bin, die politische Verantwortung für schwerwiegende Fehlleistungen und für Mängel im Rahmen der Stadt und des Landes Wien zu übernehmen. Das kann sich selbstverständlich nur auf Aufgaben des Bürgermeisters und Landeshauptmannes ab September 1984 beziehen. Allerdings lege ich aber besonderen Wert auf die Feststellung, daß das nur für tatsächliche Geschehnisse Geltung haben kann und nicht für Behauptungen, Vermutungen oder Schlüsse, die aus politisch motivierten Darstellungen in der Öffentlichkeit gezogen werden, gilt. Konsequenzen trage ich nur dort, wo sowohl der Sachverhalt als auch die Verantwortung eindeutig geklärt sind, wie zum Beispiel bei der Feststellung des Kontrollamtes, der Wirtschaftspolizei oder der einschlägigen Gerichte.

Zu Punkt 2: Ich habe keine Anhaltspunkte für etwaige Pflichtverletzungen auf Stadtratsebene.

Zu Punkt 3: In allen in der Anfrage angeführten Bereichen wurden zu dem Zeitpunkt, als sie von der Opposition aufgegriffen wurden, bereits Maßnahmen oder zumindest bereits Untersuchungsmaßnahmen in die Wege geleitet, und zwar ausnahmslos zu allen Fragen, die Sie heute gestellt haben. Beim Stadion ist seit dem Sommer 1987 das Kontrollamt eingeschaltet. Beim AKH erfolgte die Feststellung der Mängel bei im Rahmen der vertraglichen Verpflichtung der VAMED durchgeführten Probeläufen. Im Falle des BFI erfolgte die personelle Konsequenz auf Stadtratsebene innerhalb von 24 Stunden, lange vor dem entsprechenden Prüfungsbegehren der Opposition. Die Frage Teletheater wurde durch eine Prüfung des Rechnungshofes aktualisiert, und insofern - wie schon früher gesagt - das Sommertheater betroffen ist, war das Kontrollamt schon 1985 und 1986 tätig und hat keine Schäden festgestellt. Zum

Raimundtheater habe ich bereits ausführlich Stellung genommen.

Zu Punkt 4: Ich habe mich vom ersten Tag meiner Tätigkeit an um die sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Mittelverwendung bemüht und dafür gibt es auch in der Öffentlichkeit Beweise. Diese Handlungsweise werde ich selbstverständlich auch in Zukunft beibehalten, so daß eine Änderung daher nicht notwendig ist.

Zu Punkt 5: Aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes wird beim Stadion der Stadt Wien kein Schaden entstehen, da die Auftragnehmer für etwaige Schäden eintreten müssen. Beim AKH werden von der VAMED rechtliche Schritte in dieselbe Richtung unternommen. Beim BFI ist kein Schaden bekannt. Beim Teletheater wurde, wie schon ausgeführt, das für die Stadt Wien relevante Sommertheater vom Kontrollamt 1985/1986 geprüft und kein Schaden festgestellt. Beim Raimundtheater wäre ein Schaden für die Stadt Wien erst dann gegeben, wenn die Stadt Wien die Verpflichtungen des Bundes freiwillig übernimmt. Da diese Absicht nicht besteht, wird mit dem Bund noch weiterhin verhandelt. Sollte sich jedoch in den genannten Fällen im Zuge der Kontrollen und Prüfungen ein anderes Ergebnis zeigen, so muß auch hier wie überall eine Schadensgutmachung durch die Verursacher erfolgen.

Zu Punkt 6: Das war der zugefügte Fall des Kontrollamtes. Ein Prüfauftrag an das Kontrollamt ist bereits ergangen. Koordinierungsgespräche mit dem Bund werden in allen Fällen, in denen es notwendig erscheint, geführt. Wir werden den Prüfungsbericht des Kontrollamtes unmittelbar nach Fertigstellung veröffentlichen.

Zu Punkt 7: Die Frage läßt sich aus der Begründung der dringlichen Anfrage insofern nicht ableiten, als bei zwei der erwähnten Beispiele eine begleitende Kontrolle eingesetzt war, nämlich beim Allgemeinen Krankenhaus und beim Stadion. Andererseits jedoch werden viele Großprojekte der Stadt Wien ohne begleitende Kontrolle durchgeführt, ohne daß dabei wesentliche Beanstandungen erfolgen. Ich darf an die Donauinsel und an den Bau der Rudolfstiftung erinnern, ich bitte Sie aber, auch an den U-Bahn-Bau zu denken. Sollte sich für ein Projekt das Erfordernis hinsichtlich der Einrichtung einer begleitenden Kontrolle ergeben, steht dem von meiner Seite nichts entgegen, da ich selbst - ich möchte das ausdrücklich betonen und unterstreichen - ein Befürworter solcher Kontrollen bin.

Zu Punkt 8: Ihnen ist sicher bekannt, daß über Minderheitenrechte Verfassungsgespräche geführt wurden und auch werden. Die Frage parlamentarischer Rechte und Pflichten kann nur auf Ebene des Landtages beziehungsweise des Gemeinderates einer Lösung zugeführt werden. Ich bin durchaus ein Freund der Minderheitenrechte, das habe ich durch mein persönliches Eintreten für die Betrauung eines Abgeordneten der Opposition mit dem Vorsitz im Kontrollausschuß wohl sehr deutlich bewiesen, und ich weise noch einmal auf den Unterschied zum Bundesland Niederösterreich hin.

Zu Punkt 9: Das ist die Frage, ob eine koordinierte Untersuchung mit dem Bund geplant ist. Eine solche Koordination muß nicht geplant werden, da sie in jedem Fall stattfindet. Ich erinnere hier an ein Beispiel, das Sie offenbar vergessen haben, in Ihrer Frageliste zu zitieren, nämlich das Theater der Jugend. Überall dort, wo mit dem Bund gemeinsam vorzugehen ist, wird auch gemeinsam vorgegangen.

Zu Punkt 10: Es sollte Ihnen bekannt sein, daß derartige Unternehmungen der Prüfung des Kontrollamtes unterworfen sind. Darüber hinaus hat Herr Vizebürgermeister Mayr in der Sitzung des Finanzausschusses vom 22. Februar in einem Brief an den Herrn Klubobmann Dr. Goller dahingehend geantwortet, daß über Fragen, die den Holdingbereich betreffen, im Rahmen der Sitzungen des Finanzausschusses diskutiert werden kann. Ihre Frage und den Wunsch nach der Wiedereinführung der Beteiligungskommission möchte ich damit kontern, daß alle Fragen, die Sie aufgeworfen und kritisiert haben und die nicht genügend kontrolliert wurden, in der Zeit des Bestehens der Beteiligungskommission entstanden sind. (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Im Gemeinderat haben wir das zur Sprache gebracht! Sie haben nicht zugehört!) Die Effizienz können Sie sich selbst geben. Die Wiedereinsetzung der Beteiligungskommission steht ja in Ihrer Frage drinnen. Sie haben offensichtlich Ihre Frage nicht gelesen. Ich antworte genau und korrekt auf Ihre Frage, Sie haben die Beteiligungskommission zitiert und ich beantworte sie.

Eine erste Realisierung dieser Zusage erfolgte in der Sitzung des Finanzausschusses am 18. März 1988, in der Generaldirektor Dr. Kraus über Fragenbereiche aus der Holding, unter anderem zum Fragen-

komplex Stadion, referierte und den Abgeordneten zur Verfügung stand. (Abg. Dr. Goller: Das Horr-Stadion war nie unter begleitender Kontrolle!) Durch das Horr-Stadion hat sich eine Verschiebung ergeben, Herr Stadtrat, ich bitte um Entschuldigung, wir sind jetzt bei Punkt 11.

Zu Punkt 11: Hier handelt es sich um die Untersuchung der bereits vor Jahren angekauften und bisher nicht in Betrieb genommenen Geräte. Eine sofortige Untersuchung halte ich nicht für sinnvoll, da aufgrund der entsprechenden Beschlüsse des Gemeinderates gesichert ist, daß die Kontrolle durch die VAMED laufend erfolgt. Als Beispiel dafür sei der in der Anfrage aufgezeigte Fall der Gasturbinenanlage angeführt. Der Mangel wurde nämlich im Zuge einer solchen Prüfung festgestellt. Wenn er nicht bei einer solchen Prüfung festgestellt worden wäre, hätte er heute hier nicht zur Diskussion gestellt werden können. Wir können daher davon ausgehen, daß dies auch in Zukunft geschehen wird.

Ich möchte zum Schluß noch zwei persönliche Bemerkungen machen. Es reizt mich, auf die Feststellung des Herrn Kollegen Kauer einzugehen. Ich möchte nur sagen, daß Sie das vergessen haben, denn das Wilhelminenbergsschloß ist in der von uns vorgestellten Zeit fertig geworden. Daher war es auch nicht mehr interessant.

Weiters möchte ich zum Ronacher sagen, daß, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, als ich im Jahr 1979 kam, das Ronacher nicht mehr stehen würde, wie es jetzt steht. Das Ronacher ist gerettet. Als ich kam, war ein unterschrittsreifer Abtragungsbescheid bereits vorhanden. Ich sage das nur, weil das ein persönliches Engagement von mir ist.

Meine Damen und Herren! Außerdem bin ich nicht unzufrieden mit den Vorgängen und mit der Form der Überprüfung der begleitenden Kontrolle, wie es anhand eines Holding Betriebes, der EKAZENT, im Zusammenhang mit den heute erfolgten Beispielen dargestellt worden ist. Ich werde deshalb einige unabhängige Fachleute beauftragen, zu überlegen, in welcher Form Detailplanung, Planung, Durchführung und Kontrolle von städtischen Bauvorhaben neu überdacht und in eine neue Form gegossen... (Abg. Dr. Goller: Ganz einfach, unseren Antrag realisieren!) Herr Dr. Goller, Sie wissen über alles Bescheid, darum sind Sie für mich kein Fachmann. Es gibt andere Fachleute in dieser Stadt, die sich auf diesem Gebiet auskennen! Ich stehe daher nicht an zu sagen, daß ich... (Abg. Dr. Goller: Nehmen Sie unseren Antrag und realisieren Sie ihn!) Ich stehe daher nicht an, zu sagen, daß wir eine Reihe unabhängiger Fachleute beauftragen werden, Vorschläge zu unterbreiten. Ich werde diese Vorschläge dann auch in diesem Hohen Haus mitteilen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Ing. Hofmann: Danke. Mit dieser Beantwortung ist die dringliche Anfrage erledigt.

Meine Damen und Herren! Ich gestatte mir einige Bemerkungen zu der Tatsache, daß während der Diskussion der heutigen Landtagssitzung zweimal der Begriff "Mafia" verwendet wurde. Herr Dr. Svoboda hat im Zusammenhang mit seinem Debattenbeitrag gesagt, ich habe mir das Stenographische Protokoll angesehen: "Ja muß dann unbedingt die niederösterreichische Mafia immer bestehen." Nach Protestrufen der ÖVP hat er weitergesprochen: "Wenn es Ihnen gefällt, nehme ich den Ausdruck zurück." (Abg. Dr. Goller: Das ist ja unglaublich!) Herr Dr. Ferdinand... (Abg. Dr. Goller: Das hat er sich sehr einfach gemacht!) Herr Dr. Ferdinand... (Abg. Ing. Svoboda: Zuhören! - Abg. Dr. Goller: Ich bin ja nicht in der Volksschule, Herr Kollege Svoboda!) Herr Dr. Ferdinand Maier hat gesagt, daß einer der Vorsitzenden der SPÖ in einem Skandal verbandelt ist, wobei die Mafia sehr wohl vorkommt. Ich habe Herrn Dr. Ferdinand Maier ersucht, daß er genauso wie Dr. Svoboda diesen Ausdruck zurücknimmt. Er hat sich dazu nicht bereiterklärt. Ich muß ihm daher für den Ausdruck "Mafia" den Ordnungsruf erteilen. (Zwischenrufe von Mitgliedern der ÖVP-Fraktion: Das ist ja unglaublich!)

Meine Damen und Herren! Heute in der Diskussion ist die Frage der politischen Kultur öfters vorgekommen und ich glaube, daß es gut wäre, wenn wir uns endlich zu einer Hebung der politischen Kultur bemühen würden. (Abg. Dr. Neubert: Die sieht man beim Kollegen Svoboda, die politische Kultur!)

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 15.24 Uhr.)

